

ANHANG C. RAUMVERTRÄGLICHKEITSSTUDIE

C.1

TABELLEN

C.1.1

RELEVANZPRÜFUNG

Übersicht der folgenden Tabellen:

Nr.	Thema	Seiten- anzahl
C.1.1.1	Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 2017	13
C.1.1.2	Regionalplan Düsseldorf, 2018	17
C.1.1.3	Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln - Teilabschnitt Region Köln, 2012	20

Erläuterung zu den folgenden Tabellen

Kapitelnr.:	Kapitelnummer des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/der Grundsatz der RO genannt ist.
Kapitel:	Kapitelbezeichnung des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/ der Grundsatz der RO genannt ist.
Sachthema / Belang:	Zuordnung des im jeweiligen Plan/Programm aufgeführten Kapitels zu den gem. Tabelle 6.2-1 übergeordneten raumordnerischen Sachthemen und den zu prüfenden raumordnerischen Belangen.
Seite:	Seitenangabe des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/ der Grundsatz der RO genannt ist.
Status:	Kennzeichnung als Ziel (Z), Grundsatz (G) der RO oder nachrichtliche Übernahme (N)
Nr.:	Nummer des Z, G, N aus dem jeweiligen Plan/Programm
Ziele und Grundsätze:	Formulierung der jeweiligen Z, G, N aus dem jeweiligen Plan/Programm (z.T. gekürzt (...))
Maßgeblich:	Ergebnis der Maßgeblichkeitsprüfung. Die Ermittlung der Maßgeblichkeit eines Z, G erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.6.5
Auswirkung raumbedeutsam:	Die potenziellen Auswirkungen des geplanten Vorhabens weisen eine Raumbedeutsamkeit auf. „Nein“ bedeutet hier, dass die potenziellen Auswirkungen des geplanten Vorhabens im Hinblick auf das Erfordernis nur punktuell oder bauzeitlich sind.
inhaltlich konkretisiert:	Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist inhaltlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. „Nein“ bedeutet hier, dass das Erfordernis allgemeine programmatische Aussagen enthält, die keine Bewertung der Konformität mit einem konkreten Vorhaben ermöglichen.

**kartographisch
abgrenzbar:**

Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist räumlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. Das Erfordernis bezieht sich dabei auf festgelegte Gebiete und weist damit einen konkreten, von der Regionalplanung bestimmten und kartographisch abgrenzbaren Raumbezug auf. „Nein“ bedeutet hier, dass der Plan keine kartographischen Festsetzungen enthält.

textlich herleitbar:

Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist räumlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. Das Erfordernis bezieht sich dabei nicht auf kartographisch festgelegte aber auf spezielle, textlich konkretisierte Gebiete und weist damit einen konkreten, von der Regionalplanung bestimmten und textlich herleitbaren Raumbezug auf (nicht kartographisch abgrenzbar). „Nein“ bedeutet hier, dass der Plan keine kartographischen Festsetzungen enthält.

Begründung:

- 1) Begründung zur Abschichtung von Erfordernissen der Raumordnung im Rahmen der Maßgeblichkeitsprüfung (gem. Methode Kap. 6.1.6.5).
- 2) Begründung zur Abschichtung von Erfordernissen der Raumordnung im Rahmen der Relevanzprüfung (gem. Methode Kap. 6.1.6.6).

Eine Begründung ist nicht gegeben, wenn Z/G als maßgeblich und relevant eingeschätzt werden.

Relevanz:

Ergebnis der Relevanzprüfung. Die Ermittlung der Relevanz eines Z, G erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.6.6 anhand der Tabelle 6.1-2.

Im U-Raum:

Ergebnis der Prüfung auf Lage des jeweiligen kartographisch abgrenzbaren und relevanten Zieles/Grundsatzes der RO im Untersuchungsraum; i.d.R ist dies der Trassenkorridor (vgl. Methode Kapitel 6.5.6). Sollte eine Aufweitung des Untersuchungsraumes aufgrund der Definition des Erfordernisses notwendig sein, wird dies spezifisch vermerkt.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG sind die in Aufstellung befindlichen Ziele bereits als Grundsätze der Raumordnung einzustufen. Somit fallen die in Aufstellung befindlichen Grundsätze im Rahmen der Prüfung zur Raumverträglichkeit nicht ins Gewicht. Die Grundsätze der in Aufstellung/im Entwurf befindlichen Pläne sind daher in hellgrauer Schrift ergänzend aufgeführt.

C.1.1.1

LANDESENTWICKLUNGSPLAN NORDRHEIN-WESTFALEN

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2	Räumliche Struktur des Landes	Raum- und Siedlungs- struktur	Zentrale Orte	10	Z	2-1	Zentralörtliche Gliederung Die räumliche Entwicklung im Landesgebiet ist auf das bestehende, funktional gegliederte System Zentraler Orte auszurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2	Räumliche Struktur des Landes	Raum- und Siedlungs- struktur	Zentrale Orte	10	G	2-2	Daseinsvorsorge Zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes sind Erreichbarkeiten und Qualitäten von Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung, der Sicherung wirtschaftlicher Entwicklungschancen und guter Umweltbedingungen auf das funktional gegliederte System Zentraler Orte auszurichten. Davon ausgenommen ist das Netz der digitalen Infrastruktur. Die digitale Infrastruktur ist unabhängig von dem System zentraler Orte flächendeckend auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2	Räumliche Struktur des Landes	Raum- und Siedlungs- struktur	Siedlungs- entwicklung	10	Z	2-3	Siedlungsraum und Freiraum Als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung ist das Land in Gebiete zu unterteilen, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen oder erfüllen werden. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinden vollzieht sich innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche. Unberührt von Satz 2 kann sich in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung vollziehen; die Siedlungsentwicklung in diesen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe auszurichten. Ausnahmsweise können im regionalplanerisch festgelegten Freiraum Bauflächen und -gebiete dargestellt und festgesetzt werden, wenn - die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes dies erfordert oder - die jeweiligen baulichen Nutzungen einer zugehörigen Freiraumnutzung deutlich untergeordnet sind.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
3	Erhaltende Kulturlandschaftsent- wicklung	Raum- und Siedlungs- struktur	Kulturlandschaft	15	Z	3-1	Die Vielfalt der Kulturlandschaften und des raumbedeutsamen kulturellen Erbes ist im besiedelten und unbesiedelten Raum zu erhalten und im Zusammenhang mit anderen räumlichen Nutzungen und raumbedeutsamen Maßnahmen zu gestalten. Dabei ist die in Abbildung 2 dargestellte Gliederung des Landes in 32 historisch gewachsene Kulturlandschaften zu Grunde zu legen. In den Regionalplänen sind für die Kulturlandschaften jeweils kulturlandschaftliche Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung ihrer prägenden Merkmale festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
3	Erhaltende Kulturlandschaftsent- wicklung	Raum- und Siedlungs- struktur	Kulturlandschaft	15	G	3-2	Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche Die in Abbildung 2 gekennzeichneten 29 "landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche" sollen unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes entwickelt werden. Ihre wertgebenden Elemente und Strukturen sollen als Zeugnisse des nordrhein-westfälischen landschafts-, bau- und industriekulturellen Erbes erhalten werden. Ihre landesbedeutsamen archäologischen Denkmäler und Fundbereiche sollen gesichert oder vor notwendigen Eingriffen erkundet und dokumentiert werden. In der Regionalplanung sollen ergänzend weitere "bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche" mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen berücksichtigt werden.	Ja	Ja	Ja	Landesbedeutsame Kulturlandschafts- bereiche	-		Ja	Nein
3	Erhaltende Kulturlandschaftsent- wicklung	Raum- und Siedlungs- struktur	Denkmalschutz	15	G	3-3	Historische Stadtkerne, Denkmäler und andere kulturlandschaftlich wertvolle Gegebenheiten Bei der weiteren Siedlungsentwicklung sollen Struktur und Erscheinungsbild historischer Stadt- und Ortskerne gewahrt werden. Denkmäler und Denkmalbereiche einschließlich ihrer Umgebung und der kulturlandschaftlichen Raumbezüge sowie kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsteile, Landschaftselemente, Orts- und Landschaftsbilder sollen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Sinne der erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung berücksichtigt werden. Dabei sollen angemessene Nutzungen ermöglicht werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen	Nein	-
3	Erhaltende Kulturlandschaftsent- wicklung	Raum- und Siedlungs- struktur	Kulturlandschaft	15	G	3-4	Neu zu gestaltende Landschaftsbereiche In beeinträchtigten Landschaftsbereichen, die in großem Umfang umgenutzt oder saniert werden, sollen Möglichkeiten zur Gestaltung hochwertiger, neuer Kulturlandschaftsbereiche genutzt werden. Dabei sollen Zeugnisse der früheren Nutzung sichtbar bleiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	Raum- und Siedlungs- struktur	Klimaschutz	20	G	4-1	Klimaschutz Die Raumentwicklung soll zum Ressourcenschutz, zur effizienten Nutzung von Ressourcen und Energie, zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen, um den Ausstoß von Treibhausgasen soweit wie möglich zu reduzieren. Dem dienen insbesondere - die raumplanerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung, insbesondere für Standorte zur Nutzung und Speicherung erneuerbarer Energien sowie für Trassen für zusätzliche Energieleitungen; - die Nutzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme; - eine energiesparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Sinne einer Verminderung der Siedlungsflächenentwicklung und einer verkehrsreduzierenden Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur; - die Sicherung und Vermehrung sowie nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern und die Sicherung von weiteren CO2-Senken wie z. B. Mooren und Grünland.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	Freiraumschutz	Klimaschutz	20	G	4-2	Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung) Bei der Entwicklung des Raumes sollen vorsorgend die zu erwartenden Klimaänderungen und deren Auswirkungen berücksichtigt werden. Hierzu sollen insbesondere beitragen - die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen, - die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen, - die Milderung von Hitzefolgen in Siedlungsbereichen durch Erhaltung von Kaltluftbahnen sowie innerstädtischen Grünflächen, Wäldern und Wasserflächen, - die langfristige Sicherung von Wasserressourcen sowie - die Sicherung eines Biotopverbundsystems als Voraussetzung für die Erhaltung der Artenvielfalt bei sich räumlich verschiebenden Verbreitungsgebieten von klimasensiblen Pflanzen- und Tierarten.	Ja	Nein	-	-	-	Durch Maßnahmen im Schutzstreifen ist bei Waldquerungen eine Beeinflussung des Lokalklimas vorstellbar. Raumbedeutsame Auswirkungen können jedoch ausgeschlossen werden.	-	-
4	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	Freiraumschutz	Klimaschutz	20	G	4-3	Klimaschutzkonzepte Vorliegende Klimaschutzkonzepte und den Klimaschutz betreffende Fachbeiträge sind in der Regionalplanung zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5	Regionale und übergreifende Zusammenarbeit	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	23	G	5-1	Regionale Konzepte in der Regionalplanung Regionale Entwicklungskonzepte sowie Maßnahmen und Projekte für die regionale Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Regionalentwicklung, die von kommunalen, regionalen und/oder staatlichen Institutionen auch in Zusammenwirken mit privaten Akteuren erarbeitet worden sind, sollen wie Fachbeiträge von der Regionalplanung berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5	Regionale und übergreifende Zusammenarbeit	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	23	G	5-2	Europäischer Metropolraum Nordrhein-Westfalen Der Metropolraum Nordrhein-Westfalen soll durch verstärkte regionale Kooperationen entwickelt werden. Dies betrifft insbesondere die internationalen Standortvoraussetzungen in den Bereichen Infrastruktur, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Wirtschaft, Wissenschaft, sowie Kultur, Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus. Im gesamten Land sollen vorhandene Ansätze internationaler Metropolfunktionen in regionalen, z. T. grenzübergreifenden Kooperationen aufgegriffen und entwickelt werden. Das Land wird aus Sicht des Landes besonders wichtige Kooperationen besonders unterstützen. Kooperation und funktionale Arbeitsteilung sollen in den Metropolregionen Ruhr und Rheinland sowie in den mittelstandsgeprägten Wachstumsregionen in Westfalen-Lippe Synergien ausschöpfen und dazu beitragen, die metropolitanen Funktionen im gesamten Metropolraum Nordrhein-Westfalen gezielt auszubauen. Bei internationalen Darstellungen und Wettbewerben soll die Stärke und Leistungsfähigkeit des gesamten Metropolraums Nordrhein-Westfalen präsentiert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5	Regionale und übergreifende Zusammenarbeit	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	23	G	5-3	Grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit Durch grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit soll die Raumentwicklung in Europa mitgestaltet und insbesondere in den grenznahen Räumen eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung gewährleistet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	Z	6.1-1	Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung Die Siedlungsentwicklung ist flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturndschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Regionalplanung legt bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen fest. Sofern im Regionalplan bereits bedarfsgerecht Siedlungsraum dargestellt ist, darf Freiraum für die regionalplanerische Festlegung neuen Siedlungsraums in Anspruch genommen werden, wenn zugleich an anderer Stelle ein gleichwertiger, bisher planerisch für Siedlungszwecke vorgesehener Bereich im Regionalplan wieder als Freiraum festgelegt oder eine gleichwertige Baufläche im Flächennutzungsplan in eine Freifläche umgewandelt wird (Flächentausch). Bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, sind wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-2	Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung" Die Regional- und Bauleitplanung soll die flächensparende Siedlungsentwicklung im Sinne des Leitbildes, in Nordrhein-Westfalen das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf "Netto-Null" zu reduzieren, umsetzen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-3	Leitbild "dezentrale Konzentration" Die Siedlungsstruktur soll dem Leitbild der "dezentralen Konzentration" entsprechend weiterentwickelt werden. Dabei ist die zentralörtliche Gliederung zugrunde zu legen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	Z	6.1-4	Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen Bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen sind ebenso zu vermeiden wie Splittersiedlungen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-5	Leitbild "nachhaltige europäische Stadt" Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden und das jeweilige Zentrum stärken. Regional- und Bauleitplanung sollen durch eine umweltverträgliche, geschlechtergerechte und siedlungsstrukturell optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens beitragen. Große Siedlungsbereiche sollen siedlungsstrukturell und durch ein gestuftes städtisches Freifächensystem gegliedert und aufgelockert werden. Dies soll auch Erfordernisse zur Anpassung an den Klimawandel erfüllen. Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-6	Vorrang der Innenentwicklung Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die gezielte Erhaltung und Neuschaffung von Freiflächen im Innenbereich aus städtebaulichen Gründen ist hiervon unbenommen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-7	Energieeffiziente und klimagerechte Siedlungsentwicklung Planungen von neuen Siedlungsflächen und des Umbaus bzw. der Sanierung von Siedlungsgebieten sollen energieeffiziente Bauweisen, den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie Möglichkeiten der passiven und aktiven Nutzung von Solarenergie und anderen erneuerbaren Energien begünstigen. Die räumliche Entwicklung soll die bestehende Vulnerabilität des Siedlungsraums gegenüber Klimafolgen – insbesondere Hitze und Starkregen – nicht weiter verschärfen, sondern die Widerstandsfähigkeit des Siedlungsraums stärken und dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	27	G	6.1-8	Wiedernutzung von Brachflächen Durch Flächenrecycling sollen Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden. Dabei sollen isoliert im Freiraum liegende Flächen einer Freiraumnutzung zugeführt werden. Zu den Nachfolgenutzungen regionalbedeutsamer Brachflächen soll frühzeitig ein regionales Konzept erarbeitet werden. Im Hinblick auf die Wiedernutzung ggf. belasteter Brachflächen soll der Altlastenverdacht im Planungsprozess frühzeitig geklärt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	27	G	6.1-9	Vorausschauende Berücksichtigung von Infrastrukturkosten und Infrastrukturfolgekosten Wenn beabsichtigt ist, Flächen für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen, sollen von den Kommunen zuvor die Infrastrukturkosten und auch die Infrastrukturfolgekosten dem Stand der Planung entsprechend ermittelt und bewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.2	Ergänzende Festlegungen für Allgemeine Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	36	G	6.2-1	Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche Die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden soll auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet werden, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche). Erforderliche neue Allgemeine Siedlungsbereiche sollen unmittelbar anschließend an vorhandenen zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen festgelegt werden. Stehen der Erweiterung zentralörtlich bedeutsamer Siedlungsbereiche topographische Gegebenheiten oder andere vorrangige Raumfunktionen entgegen, kann die Ausweisung im Zusammenhang mit einem anderen, bereits im Regionalplan dargestellten <u>Allgemeinen Siedlungsbereich</u> erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.2	Ergänzende Festlegungen für Allgemeine Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	37	G	6.2-2	Nutzung des schienegebundenen öffentlichen Nahverkehrs Vorhandene Haltepunkte des schienegebundenen öffentlichen Nahverkehrs sollen bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.2	Ergänzende Festlegungen für Allgemeine Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	37	G	6.2-3	Steuernde Rücknahme nicht mehr erforderlicher Siedlungsflächenreserven Eine bedarfsgerechte Rücknahme Allgemeiner Siedlungsbereiche im Regionalplan oder entsprechender Bauflächen im Flächennutzungsplan soll vorrangig außerhalb der zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche realisiert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.3	Ergänzende Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	Z	6.3-1	Flächenangebot Für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.3	Ergänzende Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	39	G	6.3-2	Umgebungsschutz Regional- und Bauleitplanung sollen dafür Sorge tragen, dass durch das Heranrücken anderer Nutzungen die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe innerhalb bestehender Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen nicht beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.3	Ergänzende Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	39	Z	6.3-3	Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen sind unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Davon abweichend kann eine im Freiraum liegende Brachfläche als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden, wenn über eine ergänzende Zweckbindung bzw. ein ergänzendes textliches Ziel sichergestellt wird, dass nur eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich vorhandener Infrastruktur erfolgt und die auf dieser Brachfläche vorhandenen naturschutzwürdigen Teilflächen von der Nachnutzung ausgenommen werden und eine kurzwegige verkehrliche Anbindung gegeben ist. Eine Erweiterung solcher Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit Zweckbindung ist nicht möglich. Weiterhin kann ausnahmsweise ein anderer im Freiraum gelegener Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden, wenn eine Festlegung unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen aus folgenden Gründen nicht möglich ist: - topographische und naturräumliche Gegebenheiten oder - andere entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen oder die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz nicht möglich ist und keine raumordnerischen Festlegungen entgegenstehen. Dabei sind vorrangig geeignete Brachflächen mit kurzwegiger Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.3	Ergänzende Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	39	G	6.3-4	Interkommunale Zusammenarbeit Bevor ein anderer im Freiraum gelegener Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt wird, ist eine interkommunale Zusammenarbeit an Standorten in anderen Gemeinden, die unmittelbar an vorhandene Allgemeine Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen anschließen, anzustreben. Auch bei der Umsetzung von unmittelbar an vorhandene Allgemeine Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen anschließenden Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen <u>sollen die Chancen interkommunaler Zusammenarbeit genutzt werden.</u>	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.3	Ergänzende Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	39	G	6.3-5	Anbindung neuer Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen Auch neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen, die nicht isoliert im Freiraum liegen, sollen dort festgelegt werden, wo eine kurzwegige Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) vorhanden oder geplant ist. Multimodale Schnittstellen sollen dabei von der Regionalplanung vorrangig für eine bedarfsgerechte Festlegung von Flächen für Logistikstandorte genutzt werden. Darüber hinaus sollen neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen dort festgelegt werden, wo die Nutzung vorhandener Wärmepotenziale oder erneuerbarer Energien möglich ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.4	Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	42	Z	6.4-1	Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben Als Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben werden festgelegt: 1. Datteln/Waltrop, 2. Euskirchen/Weilerswist, 3. Geilenkirchen-Lindern, 4. Grevenbroich-Neurath. Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben sind in dem in den Erläuterungen genannten <u>Flächenumfang zu sichern.</u>	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-
6.4	Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	43	Z	6.4-2	Inanspruchnahme von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben Die landesbedeutsamen Standorte für flächenintensive Großvorhaben sind für raumbedeutsame Vorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorbehalten, die industriell geprägt sind und einen Flächenbedarf von mindestens 80 ha haben. Diese Größenordnung bezieht sich auf die geplante Endausbaustufe eines Vorhabens. Ausnahmsweise kann für Vorhabenverbünde mehrerer Betriebe ein Standort in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt ist, dass: - die einzelnen Teilvorhaben funktionell miteinander verbunden sind und - die erste Ansiedlung eines Vorhabenverbundes durch ein Produktionsunternehmen mit einem Flächenbedarf von mind. 10 ha erfolgt.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.4	Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	43	G	6.4-3	Entwicklung der Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben Die Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben sollen von Land und Kommunen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geplant, entwickelt und vermarktet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	45	Z	6.5-1	Standorte des großflächigen Einzelhandels nur in Allgemeinen Siedlungsbereichen Kerngebiete und Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung dürfen nur in regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen dargestellt und festgesetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	45	Z	6.5-2	Standorte des großflächigen Einzelhandels mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur in zentralen Versorgungsbereichen Dabei dürfen Kerngebiete und Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur: - in bestehenden zentralen Versorgungsbereichen sowie - in neu geplanten zentralen Versorgungsbereichen in städtebaulich integrierten Lagen, die aufgrund ihrer räumlichen Zuordnung sowie verkehrsmäßigen Anbindung für die Versorgung der Bevölkerung zentrale Funktionen des kurz-, mittel- oder langfristigen Bedarfs erfüllen sollen, dargestellt und festgesetzt werden. Zentrenrelevant sind - die Sortimente gemäß Anlage 1 und - weitere von der jeweiligen Gemeinde als zentrenrelevant festgelegte Sortimente (ortstypische Sortimentsliste). Ausnahmsweise dürfen Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten auch außerhalb zentraler Versorgungsbereiche dargestellt und festgesetzt werden, wenn nachweislich: - eine Lage in den zentralen Versorgungsbereichen aus städtebaulichen oder siedlungsstrukturellen Gründen, insbesondere der Erhaltung gewachsener baulicher Strukturen oder der Rücksichtnahme auf ein historisch wertvolles Ortsbild, nicht möglich ist und - die Bauleitplanung der Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten dient und - zentrale Versorgungsbereiche von Gemeinden nicht wesentlich beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	45	Z	6.5-3	Beeinträchtigungsverbot Durch die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit zentrenrelevanten Sortimenten dürfen zentrale Versorgungsbereiche von Gemeinden nicht wesentlich beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	45	G	6.5-4	Nicht zentrenrelevante Kernsortimente: Verkaufsfläche Bei der Darstellung und Festsetzung von Sondergebieten für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten soll der zu erwartende Gesamtumsatz der durch die jeweilige Festsetzung ermöglichten Einzelhandelsnutzungen die Kaufkraft der Einwohner der jeweiligen Gemeinde für die geplanten Sortimentsgruppen nicht überschreiten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	Z	6.5-5	Nicht zentrenrelevante Kernsortimente: Standort, relativer Anteil zentrenrelevanter Randsortimente Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten dürfen nur dann auch außerhalb von zentralen Versorgungsbereichen dargestellt und festgesetzt werden, wenn der Umfang der zentrenrelevanten Sortimente maximal 10 % der Verkaufsfläche beträgt und es sich bei diesen Sortimenten um Randsortimente handelt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	G	6.5-6	Nicht zentrenrelevante Kernsortimente: Verkaufsfläche zentrenrelevanter Randsortimente Der Umfang der zentrenrelevanten Randsortimente eines Sondergebietes für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten soll außerhalb von zentralen Versorgungsbereichen 2.500 m ² Verkaufsfläche nicht überschreiten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	Z	6.5-7	Überplanung von vorhandenen Standorten mit großflächigem Einzelhandel Abweichend von den Festlegungen 6.5-1 bis 6.5-6 dürfen vorhandene Standorte von Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung außerhalb von zentralen Versorgungsbereichen als Sondergebiete gemäß § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung dargestellt und festgesetzt werden. Dabei sind die Sortimente und deren Verkaufsflächen in der Regel auf die Verkaufsflächen, die baurechtlichen Bestandsschutz genießen, zu begrenzen. Wird durch diese Begrenzung die zulässige Nutzung innerhalb einer Frist von sieben Jahren ab Zulässigkeit aufgehoben oder geändert, sind die Sortimente und deren Verkaufsflächen auf die zulässigen Verkaufsflächenobergrenzen zu begrenzen. Ein Ersatz zentrenrelevanter durch nicht zentrenrelevante Sortimente ist möglich. Ausnahmsweise kommen auch geringfügige Erweiterungen in Betracht, wenn dadurch keine wesentliche Beeinträchtigung zentraler Versorgungsbereiche von Gemeinden erfolgt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	Z	6.5-8	Einzelhandelsagglomerationen Die Gemeinden haben dem Entstehen neuer sowie der Verfestigung und Erweiterung bestehender Einzelhandelsagglomerationen außerhalb Allgemeiner Siedlungsbereiche entgegenzuwirken. Darüber hinaus haben sie dem Entstehen neuer sowie der Verfestigung und Erweiterung bestehender Einzelhandelsagglomerationen mit zentrenrelevanten Sortimenten außerhalb zentraler Versorgungsbereiche entgegenzuwirken. Sie haben sicherzustellen, dass eine wesentliche Beeinträchtigung zentraler Versorgungsbereiche von Gemeinden durch Einzelhandelsagglomerationen vermieden wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	G	6.5-9	Regionale Einzelhandelskonzepte Regionale Einzelhandelskonzepte sind bei der Aufstellung und Änderung von Regionalplänen in die Abwägung einzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.5	Großflächiger Einzelhandel	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	46	Z	6.5-10	Vorhabenbezogene Bebauungspläne für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung Vorhabenbezogene Bebauungspläne für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung sind, soweit von § 12 Absatz 3a Satz 1 Baugesetzbuch kein Gebrauch gemacht wird, nur zulässig, wenn sie den Anforderungen der Festlegungen 6.5-1, 6.5-7 und 6.5-8 entsprechen; im Falle von zentrenrelevanten Kernsortimenten haben sie zudem den Festlegungen 6.5-2 und 6.5-3, im Falle von nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten den Festlegungen 6.5-3, 6.5-4, 6.5-5 und 6.5-6 zu entsprechen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
6.6	Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtungen	57	G	6.6-1	Ausstattung der Siedlungsbereiche mit Bewegungsräumen und Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen Die Siedlungsbereiche sollen bedarfsgerecht und angepasst an die zentralörtliche Gliederung mit möglichst vielfältig zu nutzenden Bewegungsräumen und Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen ausgestattet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.6	Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeit-einrichtungen	57	Z	6.6-2	Standortanforderungen Raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen einschließlich neuer Ferien- und Wochenendhausgebiete sind umwelt-, sozial- und zentrenverträglich festzulegen. Neue Ferien- und Wochenendhausgebiete bzw. -bereiche sind dabei unmittelbar anschließend an Allgemeinen Siedlungsbereichen festzulegen. Andere neue raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen sind in der Regel innerhalb von beziehungsweise unmittelbar anschließend an Allgemeine Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Ausnahmsweise können für die Planung auch andere im Freiraum liegende Flächenpotenziale in Frage kommen, wenn: - es sich um Brachflächen (z. B. militärische Konversionsflächen) handelt - sofern sie sich für eine solche bauliche Nachfolgenutzung eignen – oder um geeignete Ortsteile und - vorrangige Freiraumfunktionen beachtet werden und - Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Boden- und Grundwasserschutzes, des Immissionschutzes, des Denkmalschutzes und die natürliche Eigenart der Landschaft einschließlich des Orts- und Landschaftsbildes sowie ihr Erholungswert berücksichtigt werden und - eine leistungsfähige, kurzwegige Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) vorhanden oder geplant ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	-	59	G	7.1-1	Freiraumschutz Der Freiraum soll erhalten werden; seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktionen sollen gesichert und entwickelt werden. Der Erhalt der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Leistungen und Funktionen des Freiraums als - Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum biologischer Vielfalt, - klimatischer und lufthygienischer Ausgleichsraum, - Raum mit Bodenschutzfunktionen, - Raum mit bedeutsamen wasserwirtschaftlichen Funktionen, - Raum für Land- und Forstwirtschaft, - Raum weiterer wirtschaftlicher Betätigungen des Menschen, - Raum für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, - Identifikationsraum und prägender Bestandteil historisch gewachsener Kulturlandschaften und - als gliedernder Raum für Siedlungs- und Verdichtungsgebiete.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Der Grundsatz beinhaltet eine Vorgabe zur Planung von linearen Infrastrukturen im Freiraum, die auf eine möglichst weitgehende Minimierung von neuen Inanspruchnahmen von Freiraum abzielt. Somit ist dieses Erfordernis zu berücksichtigen (s.auch Kapitel 6.1.4.10 Konformität mit den Erfordernissen der Raumordnung). Es kann aufgrund seines fehlenden konkreten Raumbezugs jedoch nicht flächenscharf abgebildet werden. Die Auswertung erfolgt verbal-argumentativ.	Ja	Ja
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft / Naturschutz	59	Z	7.1-2	Freiraumsicherung in der Regionalplanung Die Regionalplanung hat den Freiraum insbesondere durch Festlegung von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen, Waldbereichen und Oberflächengewässern zu sichern. Sie hat den Freiraum durch Festlegung spezifischer Freiraumfunktionen und -nutzungen zu ordnen und zu entwickeln und Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen im Freiraum zu treffen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	59	G	7.1-3	Unzerschnittene verkehrsarme Räume Die Zerschneidung bisher unzerschnittener verkehrsarmer Freiräume soll vermieden werden. Insbesondere bisher unzerschnittene verkehrsarme Räume, die eine Flächengröße von mindestens 50 km ² haben, sollen nicht durch eine linienhafte Verkehrsinfrastruktur zerschnitten werden.	Ja	Ja	Ja	UZVR	-	-	Ja	Ja
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Bodenschutz	59	G	7.1-4	Bodenschutz Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind die Leistungsfähigkeit, Empfindlichkeit und Schutzwürdigkeit der Böden zu berücksichtigen. Geschädigte Böden, insbesondere versiegelte, verunreinigte oder erosionsgeschädigte Flächen sollen auch im Freiraum saniert und angemessenen Nutzungen und Freiraumfunktionen zugeführt werden. Bei der Festlegung von neuen Siedlungsgebieten in erosionsgefährdeten Gebieten soll ausreichende Vorsorge zur Vermeidung von erosionsbedingten Schäden getroffen werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Böden sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Böden sind auszuschließen. Eine Berücksichtigung der Bodenbelange erfolgt indirekt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft. Dieser für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz wird zudem verbalargumentativ aufgenommen.	Nein	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Freiraumverbund	59	Z	7.1-5	Grünzüge Zur siedlungsräumlichen Gliederung sind in den Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen. Sie sind auch als - siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, - Biotopverbindungen und - in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten und zu entwickeln. Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	60	G	7.1-6	Ökologische Aufwertung des Freiraums Freiraum, der nur noch wenige natürliche Landschaftselemente aufweist oder in seiner Landschaftsstruktur oder in seinem Erscheinungsbild geschädigt ist, soll durch geeignete landschaftspflegerische Maßnahmen aufgewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Naturschutz / Landschaftsschutz	60	G	7.1-7	Nutzung von militärischen Konversionsflächen Auf überwiegend landschaftlich geprägten militärischen Konversionsflächen (beispielsweise Truppenübungsplätze) sollen vorrangig Festlegungen und Maßnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes und/oder der Nutzung für erneuerbare Energien zum Tragen kommen. Dabei sollen insbesondere die Flächen, die nicht baulich überprägt sind, für Freiraumnutzungen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	nicht (ausreichend) räumlich verortet	Nein	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung	60	G	7.1-8	Landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen Bereiche, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die naturverträgliche und landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung besonders eignen, sollen für diese Nutzungen gesichert und weiterentwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	nicht (ausreichend) räumlich verortet	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
7.2	Natur und Landschaft	Freiraumschutz	Biotopverbund	64	Z	7.2-1	Landesweiter Biotopverbund Landesweit sind ausreichend große Lebensräume mit einer Vielfalt von Lebensgemeinschaften und landschaftstypischen Biotopen zu sichern und zu entwickeln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Sie sind funktional zu einem übergreifenden Biotopverbundsystem zu vernetzen. Dabei ist auch der grenzüberschreitende Biotopverbund zu gewährleisten.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Zielformulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert. Jedoch wird das Ziel über Gebiete für den Schutz der Natur im LEP adressiert. Die Vernetzung ist nicht kartographisch abgrenzbar und wird daher verbal-argumentativ adressiert.	Ja	Ja
7.2	Natur und Landschaft	Freiraumschutz	Naturschutz	64	Z	7.2-2	Gebiete für den Schutz der Natur Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren. Die Bereiche zum Schutz der Natur sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln. Das im LEP zeichnerisch festgelegte Gebiet für den Schutz der Natur, welches das Gebiet des bestehenden Nationalparks Eifel überlagert, ist durch Festlegungen der Regionalplanung in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt zu erhalten und zu entwickeln. Das im LEP zeichnerisch festgelegte Gebiet für den Schutz der Natur, welches das Gebiet des derzeitigen Truppenübungsplatzes Senne überlagert, das sich im Eigentum des Bundes befindet, ist durch Festlegungen der Regionalplanung in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt als einer der bedeutendsten zusammenhängenden Biotopkomplexe in Nordrhein-Westfalen so zu erhalten, dass die Unterschutzstellung als Nationalpark möglich ist.	Ja	Ja	Ja	Gebiete für den Schutz der Natur	-	Die Bereiche werden in den landesweiten Biotopverbund aufgenommen. Die Umsetzung durch die Regionalpläne erfolgte mit den Bereichen für den Schutz der Natur. Nationalpark Eifel und Truppenübungsplatz Senne liegen nicht im Untersuchungsraum	Ja	Ja
7.2	Natur und Landschaft	Freiraumschutz	Naturschutz	64	Z	7.2-3	Vermeidung von Beeinträchtigungen Vorbehaltlich weitergehender naturschutzrechtlicher Regelungen darf ein Gebiet für den Schutz der Natur oder Teile davon für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen nur in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des betroffenen Gebietes dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.	Ja	Ja	Ja	Gebiete für den Schutz der Natur	-	Dieses Erfordernis wird verbal argumentativ für die Vorranggebiete berücksichtigt.	Ja	Ja
7.2	Natur und Landschaft	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung	65	G	7.2-4	Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen in Gebieten für den Schutz der Natur Gebiete für den Schutz der Natur sollen auch dem Naturerleben und der naturverträglichen Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung dienen, sofern dies den jeweiligen Erhaltungszielen und dem Schutzzweck nicht widerspricht.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.2	Natur und Landschaft	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	65	G	7.2-5	Landschaftsschutz und Landschaftspflege Auch außerhalb von Gebieten für den Schutz der Natur soll Freiraum, der sich durch eine hohe Dichte an natürlichen oder kulturlandschaftlich bedeutsamen Elementen, an für gefährdete Arten und Lebensräume bedeutsamen Landschaftsstrukturen oder durch besondere Eigenart und Schönheit auszeichnet, vor Inanspruchnahmen bewahrt werden, durch die seine Leistungs- und Funktionsfähigkeit oder besondere Wertigkeit erheblich beeinträchtigt werden kann.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Nein	-
7.3	Wald und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	68	Z	7.3-1	Walderhaltung und Waldinanspruchnahme Wald ist insbesondere mit seiner Bedeutung für die nachhaltige Holzproduktion, den Arten- und Biotopschutz, die Kulturlandschaft, die landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung, den Klimaschutz und wegen seiner wichtigen Regulationsfunktionen im Landschafts- und Naturhaushalt zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dazu werden in den Regionalplänen entsprechende Waldbereiche festgelegt. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche für entgegenstehende Planungen und Maßnahmen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn für die angestrebten Nutzungen ein Bedarf nachgewiesen ist, dieser nicht außerhalb des Waldes realisierbar ist und die Waldumwandlung auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	nicht (ausreichend) räumlich verortet. Die Thematik wird durch die "Waldbereiche" in den Regionalplänen aufgegriffen.	Nein	-
7.3	Wald und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	68	G	7.3-2	Nachhaltig und ordnungsgemäß bewirtschaftete Wälder Durch nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft sind standortgerechte, ökologisch intakte, leistungsstarke Waldbestände zu erhalten, zu vermehren und zu entwickeln. Naturnahe Waldbestände sollen in ihrem Bestand und in ihrer Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt erhalten und vermehrt werden. Teile des Waldes sollen im Rahmen des Waldnaturschutzes durch Nutzungsverzicht zu Wildnis entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.3	Wald und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	68	G	7.3-3	Waldarme und walddreiche Gebiete In walddreichen Gebieten soll als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen vornehmlich die Struktur vorhandener Waldbestände verbessert werden. In waldarmen Gebieten soll im Rahmen der angestrebten Entwicklung auf eine Waldvermehrung hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.4	Wasser	Freiraumschutz	Gewässerschutz	71	G	7.4-1	Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Gewässer Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Gewässer mit ihren vielfältigen Leistungen und Funktionen als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut nachhaltig zu sichern und zu entwickeln.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
7.4	Wasser	Freiraumschutz	Gewässerschutz	71	G	7.4-2	Oberflächengewässer Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass strukturreiche und ökologisch hochwertige, natürliche oder naturnahe Oberflächengewässer erhalten und entwickelt werden. Oberflächengewässer sollen auch für Erholungs-, Sport- und Freizeitzwecke genutzt werden können, soweit nicht erhebliche wasserwirtschaftliche oder naturschutzfachliche Belange entgegenstehen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
7.4	Wasser	Wasserwirtschaft	Trinkwassergewinnung	71	Z	7.4-3	Sicherung von Trinkwasservorkommen Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen, sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Sie sind in ihren für die Trinkwassergewinnung besonders zu schützenden Bereichen und Abschnitten in den Regionalplänen als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
7.4	Wasser	Wasserwirtschaft	Trinkwassergewinnung	72	Z	7.4-4	Talsperrenstandorte Die im LEP zeichnerisch festgelegten Standorte geplanter Talsperren sind in den Regionalplänen einschließlich der bei geplanten Trinkwassertalsperren schutzbedürftigen Einzugsbereichen zeichnerisch festzulegen und als langfristige Option für ggf. künftig notwendig werdende Talsperren zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
7.4	Wasser	Wasserwirtschaft	Trinkwasser- gewinnung	72	G	7.4-5	Talsperrenstandorte zur Energieerzeugung und -speicherung Bestehende oder geplante Talsperren sollen nach Möglichkeit in Regionalplänen und Flächennutzungsplänen zugleich als Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
7.4	Wasser	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	72	Z	7.4-6	Überschwemmungsbereiche Die Überschwemmungsbereiche der Fließgewässer sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Die Überschwemmungsbereiche sind von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Ausnahmen von den Festlegungen der Absätze 2 und 3 sind möglich für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, für die auch das Wasserhaushaltsgesetz oder das Landeswassergesetz entsprechende Ausnahmemöglichkeiten vorsehen. Standorte von raumbedeutsamen Hochwasserrückhaltebecken sind in den Regionalplänen als Überschwemmungsbereiche zu sichern und vorsorglich von Nutzungen, welche die wasserwirtschaftliche Zweckbestimmung gefährden können, freizuhalten.	Ja	Ja	Ja	Überschwemmungs- bereiche	-		Ja	Ja
7.4	Wasser	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	72	Z	7.4-7	Rückgewinnung von Retentionsraum Zur Vergrößerung des Rückhaltevermögens sind an ausgebauten und eingedeichten Gewässern hierfür geeignete Bereiche vorsorgend zu sichern und nach Prüfung durch entsprechende Planungen und Maßnahmen als Retentionsraum zurückzugewinnen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.4	Wasser	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	72	Z	7.4-8	Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren In deichgeschützten und von Extremhochwasser erreichbaren Gebieten soll bei der räumlichen Nutzung die potenzielle Überflutungsgefahr berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
7.5	Landwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	77	G	7.5-1	Räumliche Voraussetzung der Landwirtschaft Im Rahmen der Sicherung des Freiraums sollen die räumlichen Voraussetzungen dafür erhalten werden, dass sich die Landwirtschaft in allen Landesteilen, insbesondere in den überwiegend ländlich strukturierten Räumen Nordrhein-Westfalens, als raumbedeutsamer und für die Kulturlandschaft bedeutsamer Wirtschaftszweig entwickeln kann. Einer flächengebundenen, multifunktionalen Landwirtschaft, die auch besondere Funktionen für den Naturhaushalt, die Landschaftspflege, sowie die Gestaltung und Erhaltung der ländlichen Räume erfüllt, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
7.5	Landwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	77	G	7.5-2	Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Die im Freiraum liegenden, von der Landwirtschaft genutzten Flächen sollen, als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden. Wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für eine landwirtschaftliche Nutzung sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden. Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten gesichert werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Gegebenheiten sollen bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Schienenverkehr / Straßenverkehr	84	G	8.1-1	Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung Siedlungsräumliche und verkehrsinfrastrukturelle Planungen sollen aufeinander abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Straßenverkehr / Schienenverkehr	84	Z	8.1-2	Neue Verkehrsinfrastruktur im Freiraum Für neue raumbedeutsame Verkehrsinfrastruktur darf Freiraum nur in Anspruch genommen werden, wenn der Bedarf nicht durch den Ausbau vorhandener Infrastruktur gedeckt werden kann. Davon ausgenommen sind die Infrastruktur für nichtmotorisierte Mobilität sowie neue Schieneninfrastruktur, die der Verlagerung von Güterverkehren aus Siedlungsbereichen dient.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Straßenverkehr / Schienenverkehr	84	G	8.1-3	Verkehrstrassen Die für den überregionalen und regionalen Verkehr bedarfsgerecht zu sichernden Trassen sollen flächensparend gebündelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Straßenverkehr / Schienenverkehr	84	G	8.1-4	Transeuropäisches Verkehrsnetz Für die Trassen und funktional zugeordneten Flächen der Verkehrsachsen des Transeuropäischen Verkehrsnetzes sowie der entsprechenden Bedarfspläne des Bundes und des Landes soll die Regionalplanung planerische Flächenvorsorge betreiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Straßenverkehr / Schienenverkehr	84	G	8.1-5	Grenzüberschreitender Verkehr Im Grenzraum zu den Nachbarländern und -staaten sollen die Verkehrsverbindungen grenzüberschreitend entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	84	Z	8.1-6	Landesbedeutsame bzw. regionalbedeutsame Flughäfen in Nordrhein-Westfalen Landes- bzw. regionalbedeutsame Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind: die landesbedeutsamen Flughäfen: Düsseldorf (DUS) und Köln/Bonn (CGN) sowie Münster/Osnabrück (FMO) sowie die regionalbedeutsamen Flughäfen: Dortmund (DTM), Paderborn/Lippstadt (PAD) und Niederrhein: Weeze-Laarbruch (NRN). Die landesbedeutsamen Flughäfen des Landes sind einschließlich der Flächen für die Flughafeninfrastruktur sowie für flughafenaffines Gewerbe bedarfsgerecht zu entwickeln. Die Sicherung und Entwicklung der regionalbedeutsamen Flughäfen und sonstigen Flughäfen erfolgt im Einklang mit der Luftverkehrskonzeption des Landes und der Entwicklung der landesbedeutsamen Flughäfen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	84	Z	8.1-7	Schutz vor Fluglärm Die Bevölkerung ist vor negativen Umweltauswirkungen des Flugverkehrs, insbesondere Fluglärm, zu schützen. Aus diesem Grund ist in den Regionalplänen im Umfeld der landes- und regionalbedeutsamen Flughäfen und der Militärflugplätze Geilenkirchen und Nörvenich eine Erweiterte Lärm-schutzzone, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultiert, in den Regionalplänen festzulegen. Ergänzend sind die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	85	G	8.1-8	Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung Die Erweiterte Lärmschutzzone ist in der Abwägung bei der regionalen und kommunalen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	85	Z	8.1-9	Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen In den folgenden Städten befinden sich Standorte der für NRW landesbedeutsamen öffentlich zugänglichen Häfen: Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Emmerich, Hamm, Köln, Krefeld, Minden, Neuss, Rheinberg, Voerde und Wesel. In diesen landesbedeutsamen Häfen sind zur Ansiedlung von hafenorientierten Wirtschaftsbetrieben die erforderlichen Standortpotenziale zu sichern und von der Regionalplanung in bedarfsgerechtem Umfang Hafenflächen und Flächen für hafenauffines Gewerbe festzulegen. Die landesbedeutsamen Häfen sind als multimodale Güterverkehrszentren zu entwickeln und sollen ihre Flächen für hafenauffines Gewerbe vorhalten. Sie sind vor dem Heranrücken von Nutzungen zu schützen, die geeignet sind, die Hafennutzung einzuschränken. Die Wasserstraßen und mit ihnen in funktionalem Zusammenhang stehende Flächen sind so zu entwickeln, dass sie die ihnen zugeordneten Funktionen im multimodalen Güterverkehr (Wasser, Schiene, Straße) angemessen erfüllen können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Schieneverkehr/ Schiffsverkehr	85	G	8.1-10	Güterverkehr auf Schiene und Wasser Zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs soll vorrangig die Infrastruktur des Schieneverkehrs und der Binnenschiffahrt entwickelt werden. Die Entwicklung des Wasserstraßennetzes soll bedarfsgerecht auf die wirtschaftlichen Erfordernisse des Gütertransports mit dem Großmotorgüterschiff ausgerichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Schieneverkehr	85	Z	8.1-11	Öffentlicher Verkehr Die Mittel- und Oberzentren des Landes sind bedarfsgerecht an den Öffentlichen Verkehr anzubinden. Das Schiennetz ist so leistungsfähig zu entwickeln, dass es die Funktion des Grundnetzes für den Öffentlichen Personennahverkehr wahrnehmen kann. Zur leistungsstarken Erschließung der Städteregion Rhein-Ruhr ist der Rhein-Ruhr Express (RRX) zu verwirklichen. Nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienerwege sind von der Regionalplanung als Trassen zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Schieneverkehr	86	Z	8.1-12	Erreichbarkeit In allen Teilräumen des Landes ist von den Kommunen und den Aufgabenträgern des öffentlichen Verkehrs die Erreichbarkeit der Zentralen Versorgungsbereiche der Grund-, Mittel- und Oberzentren von den Wohnstandorten ihres Einzugsbereiches mit dem Öffentlichen Personennahverkehr in angemessener Zeit zu gewährleisten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Hoch- / Höchstspannungsleitungen, Rohrleitungen	91	G	8.2-1	Transportleitungen Die überregionalen und regionalen Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte sollen gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dies gilt auch für den Verbund der Fernübertragungsnetze mit den Nachbarländern und -staaten. Die Transportleitungen sollen in Leitungsbändern flächensparend und gebündelt geführt und an bereits vorhandene Bandinfrastrukturen im Raum angelehnt werden. Der Ausbau des bestehenden Netzes unter Nutzung vorhandener Trassen hat Vorrang vor dem Neubau von Leitungen auf neuen Trassen. Die Leitungen sollen so geplant werden, dass die von ihnen wechselseitig ausgehenden spezifischen Gefahren für Umgebung und Leitung gleichermaßen so gering wie möglich gehalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Hoch-/ Höchstspannungsleitungen	91	G	8.2-2	Hochspannungsleitungen Bei der raumordnerischen Planung von neuen Trassen für neue Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 kV oder weniger sollen die energiewirtschaftlichen Möglichkeiten zur Erdverkabelung genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben ist Höchstspannungsleitung mit 380 kV	-	-
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Hoch-/ Höchstspannungsleitungen	91	G	8.2-3	Bestehende Höchstspannungsfreileitungen Bei der bauplanungsrechtlichen Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch, die dem Wohnen dienen oder in denen Anlagen vergleichbarer Sensibilität - insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen - zulässig sind, soll nach Möglichkeit ein Abstand von mindestens 400 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen mit 220 kV oder mehr eingehalten werden. Bei der Ausweisung von Außenbereichssatzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB soll nach Möglichkeit ein Abstand von mindestens 200 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen mit 220 kV oder mehr eingehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Hoch-/ Höchstspannungsleitungen	91	Z	8.2-4	Neue Höchstspannungsfreileitungen Neue Höchstspannungsfreileitungen auf neuen Trassen mit einer Nennspannung von 220 kV und mehr, die nicht unmittelbar neben einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung errichtet werden, sind so zu planen, - dass ein Abstand von 400 m zu Wohngebäuden und Anlagen vergleichbarer Sensibilität - insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen - eingehalten wird, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder im unbeplanten Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB liegen und diese Gebiete dem Wohnen dienen, - dass ein Abstand von 200 m zu Wohngebäuden eingehalten wird, die im Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB liegen. Ausnahmsweise kann dieser Abstand unterschritten werden, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.	Ja	Ja	Ja	Abstand zu Wohngebäuden	-		Ja	Ja
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Hoch-/ Höchstspannungsleitungen	91	G	8.2-5	Unterirdische Führung von Höchstspannungsleitungen Bei der Planung des Neubaus von Höchstspannungsleitungen sollen die bundesrechtlichen Möglichkeiten zur unterirdischen Führung genutzt werden.	Ja	Ja	-	-	-	Eine Erdverkabelung ist für das Vorhaben gem. BBPlG nicht vorgesehen (vgl. Kapitel 3.1.4).	Nein	-
8.2	Transport in Leitungen	Energieversorgung	Rohrleitungen	91	G	8.2-6	Regionale Fernwärmeschienen Regionale Fernwärmeschienen sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Insbesondere sollen bestehende Wärmenetze verbunden und ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.3	Entsorgung	Entsorgung	Abfallwirtschaft	95	Z	8.3-1	Standorte für Deponien Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sind in den Regionalplänen zu sichern. Bei der Planung neuer Deponiestandorte ist die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
8.3	Entsorgung	Entsorgung	Abfallwirtschaft	95	Z	8.3-2	Standorte von Abfallbehandlungsanlagen Standorte für neue Abfallbehandlungsanlagen sind innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zu errichten. Hiervon ausgenommen sind Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
8.3	Entsorgung	Entsorgung	Abfallwirtschaft	95	Z	8.3-3	Verkehrliche Anbindung von Standorten Standorte für Abfallbehandlungsanlagen und Deponien sind verkehrlich umweltverträglich anzubinden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
8.3	Entsorgung	Entsorgung	Abfallwirtschaft	95	G	8.3-4	Entstehungsortnahe Abfallbeseitigung Die räumliche Verteilung der Standorte von Deponien und Abfallbehandlungsanlagen soll eine möglichst entstehungsortnahe Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle ermöglichen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.1	Lagerstättensicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	97	G	9.1-1	Standortgebundenheit von Rohstoffvorkommen Bei allen räumlichen Planungen soll berücksichtigt werden, dass Vorkommen energetischer und nichtenergetischer Rohstoffe (Bodenschätze) standortgebunden, begrenzt und nicht regenerierbar sind. Ebenso sollen Qualität und Quantität sowie die Seltenheit eines Rohstoffvorkommens Berücksichtigung finden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
9.1	Lagerstättensicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	97	G	9.1-2	Substitution Die Regionalplanungsbehörden sollen bei der Festlegung von Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze die mögliche Substitution primärer Rohstoffe durch Recyclingbaustoffe und industrielle Nebenprodukte berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
9.1	Lagerstättensicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	97	G	9.1-3	Flächensparende Gewinnung Der Rohstoffabbau soll im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung möglichst umweltschonend erfolgen und sich auf das Maß beschränken, das den ökonomischen und sozialen Erfordernissen unter Berücksichtigung der möglichen Einsparpotenziale entspricht. Nach Möglichkeit sollen eine flächensparende und vollständige Gewinnung eines Rohstoffes und eine gebündelte Gewinnung aller Rohstoffe einer Lagerstätte erfolgen. Entsprechend sollen auch vor Ablagerung von Fremdmaterial am gleichen Ort vorhandene Bodenschätze möglichst vollständig abgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-1	Räumliche Festlegungen für oberflächennahe nichtenergetische Rohstoffe In den Regionalplänen sind Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-2	Versorgungszeiträume Die Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe sind für einen Versorgungszeitraum von mindestens 20 Jahren für Lockergesteine und von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-3	Fortschreibung Die Fortschreibung der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe hat so zu erfolgen, dass ein Versorgungszeitraum für Lockergesteine von 10 Jahren und für Festgesteine von 25 Jahren nicht unterschritten wird. Mit der Fortschreibung ist wieder der Versorgungszeitraum gemäß Ziel 9.2-2 herzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-4	Nachfolgenutzung Flächen, die dem Abbau oberflächennaher Bodenschätze dienen, sind abschnittsweise und zeitnah zu rekultivieren bzw. wiedernutzbar zu machen. In den Regionalplänen ist die Nachfolgenutzung für diese Flächen zeichnerisch festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	G	9.2-5	Standorte obertägiger Einrichtungen Für Standorte obertägiger Einrichtungen zur Gewinnung nichtenergetischer Bodenschätze untertage soll eine größtmögliche Verträglichkeit mit anderen Raumnutzungen angestrebt werden. Dabei sollen Möglichkeiten der Konfliktminderung genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.3	Energetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	101	Z	9.3-1	Braunkohlenpläne Raumbedeutsame Flächenansprüche, die mit dem Braunkohlenabbau im Zusammenhang stehen, sind in Braunkohlenplänen bedarfsgerecht zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.3	Energetische Rohstoffe	Rohstoffe	Bergbaufolgegebiete	101	Z	9.3-2	Nachfolgenutzung für Standorte des Steinkohlenbergbaus Standorte von obertägigen Betriebsanlagen und -einrichtungen des Steinkohlenbergbaus sind nach Beendigung der bergbaulichen Nutzung unverzüglich einer Nachfolgenutzung zuzuführen, die mit den umgebenden Raumnutzungen und -funktionen im Einklang steht. Sofern diese Standorte für die Nutzung als unterirdische Energiespeicher oder sonstige energetische Zwecke vorgesehen sind, ist der obertägige Zugang zu den heimischen Steinkohlenlagerstätten ausnahmsweise zu erhalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.1	Energiestruktur	Erneuerbare Energie	-	103	G	10.1-1	Nachhaltige Energieversorgung In allen Teilen des Landes soll den räumlichen Erfordernissen einer Energieversorgung Rechnung getragen werden, die sich am Vorrang und den Potenzialen der erneuerbaren Energien orientiert. Dies dient einer ausreichenden, sicheren, klima- und umweltverträglichen, ressourcenschonenden sowie kostengünstigen, effizienten Energieversorgung einschließlich des Ausbaus von Energienetzen und Speichern. Es ist anzustreben, dass vorrangig erneuerbare Energieträger eingesetzt werden. Diese sollen, soweit erforderlich und mit den Klimaschutzzielen vereinbar, durch die hocheffiziente Nutzung fossiler Energieträger flexibel ergänzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.1	Energiestruktur	Energieversorgung	-	103	G	10.1-2	Räumliche Voraussetzungen für die Energieversorgung Es sind die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und für eine sparsame Energienutzung zu schaffen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.1	Energiestruktur	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	103	G	10.1-3	Neue Standorte für Erzeugung und Speicherung von Energie Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie sollen in den Regional- und Bauleitplänen festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.1	Energiestruktur	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	103	Z	10.1-4	Kraft-Wärme-Kopplung Die Potenziale der kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung und der Nutzung von Abwärme sind zum Zwecke einer möglichst effizienten Energienutzung in der Regional- und Bauleitplanung zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	-	105	Z	10.2-1	Halden und Deponien als Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien Halden und Deponien sind als Standorte für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu sichern, sofern die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen und fachliche Anforderungen nicht entgegenstehen. Ausgenommen hiervon sind Halden und Deponien, die bereits für Kultur genutzt werden. Fachliche Anforderungen stehen einer Nutzung für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen auch dann entgegen, wenn für Halden und Deponien in einem regional abgestimmten und beschlossenen städtebaulichen Nachnutzungskonzept Nutzungen im Bereich Kunst und Kultur vorgesehen sind.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	Z	10.2-2	Vorranggebiete für die Windenergienutzung Entsprechend der Zielsetzung, bis 2020 mindestens 15 % der nordrhein-westfälischen Stromversorgung durch Windenergie und bis 2025 30% der nordrhein-westfälischen Stromversorgung durch erneuerbare Energien zu decken, sind proportional zum jeweiligen regionalen Potenzial Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	G	10.2-3	Umfang der Flächenfestlegungen für die Windenergienutzung Die von den Trägern der Regionalplanung zeichnerisch festgelegten Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie sollen mindestens folgende Flächenkulisse regionalplanerisch sichern: Planungsgebiet Arnsberg 18.000 ha, Planungsgebiet Detmold 10.500 ha, Planungsgebiet Düsseldorf 3.500 ha, Planungsgebiet Köln 14.500 ha, Planungsgebiet Münster 6.000 ha, Planungsgebiet des Regionalverbands Ruhr 1.500 ha.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	G	10.2-4	Windenergienutzung durch Repowering Regional- und Bauleitplanung sollen das Repowering von älteren Windenergieanlagen, die durch eine geringere Anzahl neuer, leistungstärkerer Windenergieanlagen ersetzt werden, unterstützen. Kommunale Planungsträger sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen schaffen, um die Repowering-Windenergieanlagen räumlich zusammenzufassen oder neu ordnen zu können.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Solarenergie	106	Z	10.2-5	Solarenergienutzung Die Inanspruchnahme von Freiflächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie ist zu vermeiden. Ausgenommen hiervon sind Freiflächen-Solarenergieanlagen, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um - die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen, - Aufschüttungen oder - Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung handelt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	109	Z	10.3-1	Neue Kraftwerksstandorte im Regionalplan In Regionalplänen erfolgt die Festlegung neuer Standorte für die Energieerzeugung (Kraftwerksstandorte) als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für zweckgebundene Nutzungen "Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe" als Vorranggebiete ohne Eignungswirkung. Neue Standorte dienen auch dazu, die Integration der erneuerbaren Energien in das Energiesystem aktiv zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	109	G	10.3-2	Anforderungen an neue, im Regionalplan festzulegende Standorte Regionalplanerisch neu festzulegende Standorte sollen - einen elektrischen Kraftwerks-Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent oder die hocheffiziente Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit einem Gesamtwirkungsgrad von 75 Prozent mit KWK ermöglichen, - so auf vorhandene und geplante Strom- und Wärmenetze ausgerichtet werden, dass möglichst wenig Flächen für neue Leitungstrassen und bauliche Anlagen der Leitungsnetze in Anspruch genommen werden und - gewährleisten, dass ein geeigneter Netzanschlusspunkt vorhanden ist.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	110	G	10.3-3	Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte Kraftwerksstandorte, die im Regionalplan zeichnerisch als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit der Zweckbindung "Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe" festgelegt sind, sollen durch geeignete Planungen und Maßnahmen vor dem Heranrücken von Nutzungen, die mit der Kraftwerksnutzung nicht vereinbar sind, geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Höchstspannungsfreileitungen sind nicht unvereinbar mit der Kraftwerksnutzung.	-	-
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Rohstoffe	Rohstoffabbau	110	Z	10.3-4	Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten Die Gewinnung von Erdgas, welches sich in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten befindet, mittels Einsatz der Fracking-Technologie ist ausgeschlossen, weil durch den Einsatz der Fracking-Technologie erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen und seiner Umwelt zu besorgen sind und die Reichweite hiermit verbundener Risiken derzeit nicht abschätzbar ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Änderungen des LEP NRW (Entwurf - Stand 18. Januar 2019)

2	Räumliche Struktur des Landes	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	10	Z	2-3	<p>Siedlungsraum und Freiraum Als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung ist das Land in Gebiete zu unterteilen, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen oder erfüllen werden.</p> <p>Die Siedlungsentwicklung der Gemeinden vollzieht sich innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche.</p> <p>Unberührt von Satz 2 kann sich in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung vollziehen; die Siedlungsentwicklung in diesen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe auszurichten.</p> <p>°In den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unberührt von Satz 2 eine Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 2-4 möglich.</p> <p>Ausnahmsweise können im regionalplanerisch festgelegten Freiraum Bauflächen und -gebiete dargestellt und festgesetzt werden, wenn</p> <ul style="list-style-type: none">° diese unmittelbar an den Siedlungsraum anschließen und die Festlegung des Siedlungsraums nicht auf einer deutlich erkennbaren Grenze beruht,° es sich um angemessene Erweiterungen oder Nachfolgenutzungen vorhandener Betriebsstandorte oder um eine Betriebsverlagerung zwischen benachbarten Ortsteilen handelt,° es sich um die angemessene Weiterentwicklung vorhandener Standorte von überwiegend durch bauliche Anlagen geprägten Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen einschließlich der Ferien- und Wochenendhausgebiete für diese Zwecke handelt,° es sich um die angemessene Folgenutzung zulässig errichteter, erhaltenswerter, das Bild der Kulturlandschaft prägender Gebäude oder Anlagen handelt,° es sich um Tierhaltungsanlagen handelt, die nicht mehr der Privilegierung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB unterliegen,- die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes °sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert oder- die jeweiligen baulichen Nutzungen einer zugehörigen Freiraumnutzung deutlich untergeordnet sind.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
---	-------------------------------	-----------------------------	----------------------	----	---	-----	--	------	---	---	---	---	--	---	---

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.1	Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	6.1-2	Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung". Die Regional- und Bauleitplanung soll die flächensparende Siedlungsentwicklung im Sinne des Leitbildes, in Nordrhein-Westfalen das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf "Netto-Null" zu reduzieren, umsetzen.								
6.4	Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	43	Z	6.4-2	Inanspruchnahme von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben Die landesbedeutsamen Standorte für flächenintensive Großvorhaben sind für raumbedeutsame Vorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorbehalten, die industriell geprägt sind und einen Flächenbedarf von mindestens 80*50 ha haben. Diese Größenordnung bezieht sich auf die geplante Endausbaustufe eines Vorhabens *einzelnen Großvorhabens oder eines Vorhabenverbundes. Ausnahmsweise kann für Vorhabenverbünde mehrerer Betriebe ein Standort in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt ist, dass: - die einzelnen *Vorhaben funktionell miteinander verbunden sind und - die erste Ansiedlung eines Vorhabenverbundes durch ein Produktionsunternehmen mit einem Flächenbedarf von mind*estens 10 ha erfolgt.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-
6.6	Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtungen	57	Z	6.6-2	*Anforderungen für neue Standorte * Neue Standorte für raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen einschließlich neuer Ferien- und Wochenendhausgebiete sind umwelt-, sozial- und zentrenverträglich festzulegen. Neue Ferien- und Wochenendhausgebiete bzw. -bereiche sind dabei unmittelbar anschließend an Allgemeinen Siedlungsbereichen festzulegen. Andere neue raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen sind in der Regel innerhalb von beziehungsweise unmittelbar anschließend an Allgemeine Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Ausnahmsweise können für die Planung *neue Standorte für andere neue raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrich-tungen auch andere im Freiraum liegende Flä-chenpotentiale in Frage kommen, wenn: - es sich um Brachflächen (z. B. militärische Konversionsflächen) handelt - - sofern sie sich für eine solche bauliche Nachfolgenutzung eignen – oder um geeignete Ortsteile *handelt und - vorrangige Freiraumfunktionen beachtet werden und - Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Boden- und Grundwasserschutzes, des Immissionsschutzes, des Denkmalschutzes und die natürliche Eigenart der Landschaft einschließlich des Orts- und Landschaftsbildes sowie ihr Erholungswert berücksichtigt werden und - eine leistungsfähige, kurzwegige Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz und an Verkehrsträger mit hoher Transportkapazität (insbesondere Bahn, Schiff, Öffentlicher Personennahverkehr) vorhanden oder geplant ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
7.1	Freiraumsicherung und Bodenschutz	Freiraumschutz	Naturschutz / Landschaftsschutz	60	G	7.1-7	Nutzung von militärischen Konversionsflächen Auf überwiegend landschaftlich geprägten militärischen Konversionsflächen (beispielsweise Truppenübungsplätze) sollen vorrangig Festlegungen und Maßnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes und/oder der Nutzung für erneu-erbare Energien zum Tragen kommen. Dabei sollen insbesondere die Flächen, die nicht baulich überprägt sind, für Freiraumnutzungen gesichert werden.								
7.2	Natur und Landschaft	Freiraumschutz	Naturschutz	64	Z	7.2-2	Gebiete für den Schutz der Natur Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren. Die Bereiche zum Schutz der Natur sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln. Das im LEP zeichnerisch festgelegte Gebiet für den Schutz der Natur, welches das Gebiet des bestehenden Nationalparks Eifel überlagert, ist durch Festlegungen der Regionalplanung in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt zu erhalten und zu entwickeln. Das im LEP zeichnerisch festgelegte Gebiet für den Schutz der Natur, welches das Gebiet des derzeitigen Truppenübungsplatzes Senne überlagert, das sich im Eigentum des Bundes befindet, ist durch Festlegungen der Regionalplanung in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt als einer der bedeutendsten zusammenhängenden Biotopkomplexe in Nordrhein-Westfalen so zu erhalten, dass die Unterschutzstellung als Nationalpark möglich ist.	Ja	Ja	Ja	Gebiete für den Schutz der Natur	-	Die Bereiche werden in den landesweiten Biotopverbund aufgenommen. Die Umsetzung durch die Regionalpläne erfolgte mit den Bereichen für den Schutz der Natur. Nationalpark Eifel und Truppenübungsplatz Senne liegen nicht im Untersuchungsraum	Ja	Ja
7.3	Wald und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	68	Z	7.3-1	Walderhaltung und Waldinanspruchnahme Wald ist insbesondere mit seiner Bedeutung für die nachhaltige Holzproduktion, den Arten- und Biotopschutz, die Kulturlandschaft, die landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung, den Klimaschutz und wegen seiner wichtigen Regulationsfunktionen im Landschafts- und Naturhaushalt zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dazu werden in den Regionalplänen entsprechende Waldbereiche festgelegt, *die in der Regel eine Inanspruchnahme durch entgegenstehende Nut-zungen ausschließen. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche für entgegenstehende Planungen und Maßnahmen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn für die angestrebten Nutzungen ein Bedarf nachgewiesen ist, dieser nicht außerhalb des Waldes *von Waldbereichen realisierbar ist und die Waldumwandlung auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	nicht (ausreichend) räumlich verortet. Die Thematik wird durch die "Waldbereiche" in den Regionalplänen aufgegriffen.	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	84	Z	8.1-6	Landesbedeutsame bzw. regionalbedeutsame Flughäfen in Nordrhein-Westfalen Landes- bzw. regionalbedeutsame Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind: die landesbedeutsamen Flughäfen: Düsseldorf (DUS) und Köln/Bonn (CGN) sowie Münster/Osnabrück (FMO) sowie die regionalbedeutsamen Flughäfen: Dortmund (DTM), Paderborn/Lippstadt (PAD) und Niederrhein-Weeze-Laarbruch (NRN). Die landesbedeutsamen Flughäfen des Landes sind einschließlich der Flächen für die Flughafeninfrastruktur sowie für flughafenaffines Gewerbe bedarfsgerecht zu entwickeln. Die Sicherung und Entwicklung der regionalbedeutsamen Flughäfen und sonstigen Flughäfen erfolgt im Einklang mit der Luftverkehrskonzeption des Landes und der Entwicklung der landesbedeutsamen Flughäfen. *Im Rahmen der dezentralen Flughafeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sind die Flughäfen Düssel-dorf (DUS), Köln/Bonn (CGN), Münster/Osnabrück (FMO), Dortmund (DTM), Paderborn/Lippstadt (PAD) und Weeze/Niederrhein (NRN) landesbedeutsam. Sie sind einschließlich der Flächen für die Flughafeninfrastruktur sowie für flughafenaffines Gewerbe bedarfsgerecht zu entwickeln, um das Land Nordrhein-Westfalen in den internationalen und nationalen Flugverkehr einzubinden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
8.1	Verkehr und Transport	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	84	Z	8.1-7	Die Bevölkerung ist vor negativen Umweltauswir-kungen des Flugverkehrs, insbesondere Fluglärm, zu schützen. Aus diesem Grund ist in den Regio-nalplänen im Umfeld der landes- und regionalbe-deutsamen landesbedeutsamen Flughäfen nach Ziel 8.1-6 und der Militärflugplätze Geilenkirchen und Nörvenich eine Erweiterte Lärmschutzzone, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultiert, fest-zulegen. Ergänzend sind die in Rechtsverordnungen fest-gesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen. In den Bebauungsplänen und -satzungen ist für Bereiche innerhalb der Erweiterten Lärmschutzzone der Hinweis aufzunehmen, dass die Bauwilligen in der Baugenehmigung auf die erhebliche Lärmbelastung durch den Flugverkehr hinzuweisen sind. Liegen für übrige Regionalf Flughäfen und Verkehrslandeplätze in Rechtsverordnungen festgesetzte Lärmschutzzonen vor, kann in den Regionalplänen eine Erweiterte Lärmschutzzone festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-1	Räumliche Festlegungen für oberflächennahe nichtenergetische Rohstoffe In den Regionalplänen sind Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen. Für die Rohstoffsicherung sind in den Regionalplänen Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nicht-energetische Rohstoffe als Vorranggebiete *oder als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-2	Versorgungszeiträume Die Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe sind für einen Versorgungszeitraum von mindestens 20*25 Jahren für Lockergesteine und von mindestens 35 Jahren für Festgesteine festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-3	Fortschreibung Die Fortschreibung der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe hat so zu erfolgen, dass ein Versorgungszeitraum für Lockergesteine von 40 *15 Jahren und für Festgesteine von 25 Jahren nicht unterschritten wird. Mit der Fortschreibung ist wieder der Versorgungszeitraum gemäß Ziel 9.2-2 herzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	*G	*9.2-4	*Reservegebiete *Für die langfristige Rohstoffversorgung sollen Reservegebiete in die Erläuterungen zum Regionalplan aufgenommen werden.								
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	Z	9.2-5	*Nachfolgenutzung *Flächen, die dem Abbau oberflächennaher Bodenschätze dienen, sind abschnittsweise und zeitnah zu rekultivieren bzw. wiedernutzbar zu machen. In den Regionalplänen ist die Nachfolgenutzung für diese Flächen zeichnerisch festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
9.2	Nichtenergetische Rohstoffe	Rohstoffe	Rohstoffabbau	98	G	*9.2-6	Standorte obertägiger Einrichtungen Für Standorte obertägiger Einrichtungen zur Gewinnung nichtenergetischer Bodenschätze untertage soll eine größtmögliche Verträglichkeit mit anderen Raumnutzungen angestrebt werden. Dabei sollen Möglichkeiten der Konfliktminderung genutzt werden.								
10.1	Energiestruktur	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	103	*G	10.1-4	Kraft-Wärme-Kopplung Die Potenziale der kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung und der Nutzung von Abwärme sind *sollen zum Zwecke einer möglichst effizienten Energienutzung in der Regional- und Bauleitplanung zu nutzen *genutzt werden.								
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	-	105	*G	10.2-1	Halden und Deponien als Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien Halden und Deponien sind *sollen als Standorte für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu-sichern, *gesichert werden, sofern die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen und fachliche Anforderungen nicht entgegenstehen. Ausgenommen hiervon sind Halden und Deponien, die bereits für Kultur genutzt werden. Fachliche Anforderungen stehen einer Nutzung für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen auch dann entgegen, wenn für Halden und Deponien in einem regional abgestimmten und beschlossenen städtebaulichen Nachnutzungskonzept Nutzungen im Bereich Kunst und Kultur vorgesehen sind.								
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	*G	10.2-2	Vorranggebiete für die Windenergienutzung Entsprechend der Zielsetzung, bis 2020 mindestens 15 % der nordrhein-westfälischen Stromversorgung durch Windenergie und bis 2025 30% der nordrhein-westfälischen Stromversorgung durch erneuerbare Energien zu-decken, sind proportional zum jeweiligen regionalen Potenzial Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festzulegen. *In den Planungsregionen können Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festgelegt werden.								
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	G	10.2-3	Umfang der Flächenfestlegungen für die Windenergienutzung Die von den Trägern der Regionalplanung zeichnerisch festgelegten Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie sollen mindestens folgende Flächenkulisse regionalplanerisch sichern: Planungsgebiet Arnsberg 18.000 ha, Planungsgebiet Detmold 10.500 ha, Planungsgebiet Düsseldorf 3.500 ha, Planungsgebiet Köln 14.500 ha, Planungsgebiet Münster 6.000 ha, Planungsgebiet des Regionalverbands Ruhr 1.500 ha.								

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Windenergie	105	G	10.2-3	*Abstand von Bereichen/ Flächen für Windenergieanlagen ° Bei der planerischen Steuerung von Windenergie-anlagen in Regionalplänen und in kommunalen Flächennutzungsplänen soll zu Allgemeinen Sied-lungsbereichen und zu Wohnbauflächen den örtli-chen Verhältnissen angemessen ein planerischer Vorsorgeabstand eingehalten werden; hierbei ist ein Abstand von 1500 Metern zu allgemeinen und reinen Wohngebieten vorzusehen. Dies gilt nicht für den Ersatz von Altanlagen (Repowering).								
10.2	Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien	Erneuerbare Energie	Solarenergie	106	Z	10.2-5	Solarenergienutzung Die Inanspruchnahme von Freiflächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie ist zu vermeiden. °möglich, Ausgenommen hiervon sind Freiflächen-Solarenergieanlagen, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um - die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen, - Aufschüttungen oder - Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung handelt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	109	G	10.3-2	Anforderungen an neue, im Regionalplan festzulegende Standorte Regionalplanerisch neu festzulegende Standorte sollen - einen elektrischen Kraftwerks Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent oder die hocheffiziente Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit einem Gesamtwirkungsgrad von 75 Prozent mit KWK ermöglichen, - so auf vorhandene und geplante Strom- und Wärmenetze ausgerichtet werden, dass möglichst wenig Flächen für neue Leitungstrassen und bauliche Anlagen der Leitungsnetze in Anspruch genommen werden und - gewährleisten, dass ein geeigneter Netzanschlusspunkt vorhanden ist.								
10.3	Kraftwerksstandorte und Fracking	Energieversorgung	sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	N/A	G	10.3-2	Anforderungen an neue, im Regionalplan festzulegende Standorte Regionalplanerisch neu festzulegende Standorte sollen - so auf vorhandene und geplante Strom- und Wärmenetze ausgerichtet werden, dass möglichst wenig Flächen für neue Leitungstrassen und bauliche Anlagen der Leitungsnetze in Anspruch genommen werden und - gewährleisten, dass ein geeigneter Netzanschlusspunkt vorhanden ist								

Erläuterung zur Synopse des Entwurfs 2018
* Formulierung ersetzt bestehendes Erforderniss
° Erforderniss kommt neu hinzu
✖✖ Erforderniss entfällt.

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.1	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	29	G	1	Die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit infrastrukturellen Leistungen soll in der Region auf der Grundlage der Regionalen Raumstruktur und der zentralen Orte gem. Beikarte 2A – Regionale Raumstruktur und Zentrale Orte – nach dem Grundsatz der dezentralen Konzentration gesichert werden. Den räumlichen Erfordernissen der zentralörtlichen Gliederung soll bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Rechnung getragen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	29	G	2	Die metropolitanen Funktionen der Landeshauptstadt Düsseldorf sollen in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Kulturlandschaft	31	G	1	Den räumlichen Erfordernissen der Kulturlandschaft soll bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Rechnung getragen werden. Hierbei sollen vor allem die Kulturlandschaftsbereiche und die kulturlandschaftlichen Elemente nach Beikarte 2B sowie die kulturlandschaftlichen Leitbilder in den Erläuterungen 3-6 zugrunde gelegt werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht (ausreichend) inhaltlich konkretisiert, die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen.	Nein	-
2.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Kulturlandschaft	31	G	2	Die landschaftlichen und kulturhistorischen baulichen Elemente, die in der Beikarte 2B „Kulturlandschaft – Erhalt“ dargestellt sind, sollen erhalten bleiben. Die Möglichkeit einer Nutzungsänderung von Denkmälern und kulturlandschaftsprägenden Gebäuden bleibt erhalten. Bei den kulturhistorischen baulichen Elementen sollen insbesondere die Denkmäler und Denkmalbereiche in ihrem zentralen Wirkungsraum sowie die zugrunde liegenden Nutzungsmuster wegen ihres historischen Zeugniswerts gesichert werden. Bei neuen baulichen Überprägungen sollen die Erkennbarkeit ihres Charakters sowie ihr Bezug zur Landschaft gewahrt bleiben. Die landschaftlich und baulich bedingten Sichtachsen bzw. Sichtbeziehungen sollen im Kern erhalten werden. Dies betrifft insbesondere die Sichtbarkeit von landschaftsprägenden baulichen oder landschaftlichen Silhouetten sowie die durch Alleen entstehenden Sichtschneisen (siehe Beikarte 2B). Regionale Siedlungsmuster und -formen sollen in ihrer Eigenart und Typik sowie an ihren Rändern und Übergängen zum Freiraum erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert, die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Landschaft und Kultur- und Sachgüter aufgegriffen.	Nein	-
2.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Kulturlandschaft	31	G	3	Die in der Beikarte 2C „Kulturlandschaft – Entwicklung“ dargestellten Inventarbereiche stellen Konzentrationsbereiche von kulturlandschaftlichem Elementen dar. Durch diese Verdichtung in Kombination mit der kulturlandschaftlich typischen Charakteristik heben sie sich von ihrer Umgebung ab. Sie gilt es im Kern zu erhalten und als wichtige Ressource für die Kurzzeiterholung und zur Inwertsetzung der Kulturlandschaft zu entwickeln.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert, die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen.	Nein	-
2.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Kulturlandschaft	31	G	4	Die Kulturlandschaften der Region mitsamt ihren Elementen sind insbesondere durch das Radwegenetz erschlossen. Für diese besondere Form der Landschaftsaneignung sollen die in der Beikarte 2C dargestellten Radwege weiter ausgebaut werden. Alleen können an den in der gleichen Beikarte dargestellten Bereichen zusätzlich ergänzt (entwickelt) werden und dadurch in ihrer Wirkung und Funktion für die Strukturierung der Landschaft aufgewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
2.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Kulturlandschaft	31	G	5	Die im Boden befindlichen Strukturen, die auf zeitliche Schichten kulturlandschaftlicher Entwicklung hinweisen, bestehen aus paläontologischen, geoarchäologischen und archäologischen Relikten. Aufgrund der historischen Raumnutzung sind sie ubiquitär zu vermuten. Den räumlichen Erfordernissen dieses kulturlandschaftlichen Aspektes soll bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Rechnung getragen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert, die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen.	Nein	-
2.3.1	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Klima und Klimawandel	42	G	1	Den räumlichen Erfordernissen des Klimawandels soll bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen Rechnung getragen werden, sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht (ausreichend) inhaltlich konkretisiert	-	-
2.3.2	Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Klima und Klimawandel	43	G	1	Zur Erhaltung und Verbesserung luft- und klimahygienischer Verhältnisse soll die Funktionsfähigkeit raumbedeutsamer klimaökologischer Ausgleichsräume gesichert werden. Dabei sollen in Ventilationsschneisen weitere Einengungen bzw. Verriegelungen verhindert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert	Nein	-
3.1.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	49	Z	1	Die Kommunen haben bei der Bauleitplanung zu gewährleisten, dass die Siedlungsentwicklung innerhalb des Siedlungsraumes stattfindet. In den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen ist die städtebauliche Entwicklung auf den Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung und Betriebe auszurichten. Zur Sicherung der städtebaulichen Ordnung und für eine örtlich bedingte angemessene Entwicklung – insbesondere für Ortsteile, die für andere, noch kleinere Ortsteile Versorgungsfunktion übernehmen, kann es erforderlich sein, entsprechende Bauleitpläne aufzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.1.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	49	Z	2	In den in der Beikarte 3A – Sondierung für eine zukünftige Siedlungsentwicklung – dargestellten Sondierungsbereichen (Sondierungsbereiche für den Siedlungsraum) sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ausgeschlossen, die mit einer GIB- oder ASB-Nutzung nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Sondierungsbereich e ASB/GIB	-	-	Ja	Ja
3.1.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	50	Z	1	Die kommunale Baulandentwicklung muss bedarfsgerecht erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	50	Z	2	Um die landesplanerischen Vorgaben „Vorrang der Innenentwicklung“ und „Flächensparsame Siedlungsentwicklung“ im Planungsgebiet zu verwirklichen, muss die kommunale Baulandentwicklung nach folgenden zeitlichen und räumlichen Kriterien durchgeführt werden: -Innen-vor Außenentwicklung: Innenpotentiale befinden sich innerhalb der Siedlungsbereiche. Zu diesen Innenpotentialen zählen geeignete Brachflächen, Baulücken und im Bebauungsplan als Baugebiete gesicherte Flächenreserven, die bereits erschlossen sind. Außenpotentiale sind alle bauleitplanerisch gesicherten Flächenreserven, die nicht Innenpotentiale sind. Innenpotentiale sind vor Außenpotentialen zu entwickeln. Wenn die Innenpotentiale in den Kommunen nicht ausreichen, eine bedarfsgerechte lokale Siedlungsentwicklung zu gewährleisten, sind Außenpotentiale für die Siedlungsentwicklung zu nutzen. Außenpotentiale können auch vorher entwickelt werden, wenn dies zur Ergänzung eines qualitativen Flächenangebotes zur Wohnraumdeckung in der Kommune notwendig ist. Bietet diese Option der Außenentwicklung ebenfalls nicht genügend Reserven, können Siedlungspotentiale (im Regionalplan dargestellte, aber bisher nicht durch den Flächennutzungsplan in Anspruch genommene Siedlungsbereiche) durch Bauleitplanung entwickelt werden -Flächentausch: Ein Flächentausch ist möglich, wenn ein Außenpotential nicht verfügbar oder nicht mehr umsetzbar ist. Ein Flächentausch ist der Verzicht auf die bauleitplanerische Sicherung von diesen nicht mehr benötigten Außenpotentialen im Gegenzug zu einer Neudarstellung einer Baufläche im FNP. Im Ausnahmefall kann im Rahmen des Flächentausches auch die Umwandlung eines Innenpotentials zu einer Freifläche erfolgen, wenn es zur klimaökologischen oder immissionsschutzrechtlichen Verbesserung beiträgt oder andere zwingende naturschutzfachliche Gründe für die Offenhaltung der Fläche vorliegen. -Flächenrücknahme: Bestehen in den Bauleitplänen Reserven für eine Siedlungsentwicklung, die den Bedarf deutlich (siehe Tabelle 3.1.2.2 Kommunen mit **Kennzeichnung) übersteigen, sind Reserven durch Bauleitplanänderung nicht mehr als Bauflächen oder -gebiete in Bauleitplänen darzustellen und somit dem Freiraum zuzuführen. Hierzu sind solche Außenpotentiale, die am Rande der Siedlungsbereiche im Übergang zum Freiraum liegen ebenso wie den Eigenbedarf übersteigende Flächenreserven in den nicht dargestellten Ortsteilen heranzuziehen. Ausnahmsweise lassen sich auch Innenpotentiale zu einer Freifläche umwandeln, wenn es zur klimaökologischen oder immissionsschutzrechtlichen Verbesserung beiträgt oder andere zwingende naturschutzfachliche Gründe für die Offenhaltung der Fläche vorliegen. Für alle Umplanungen gilt, dass eine Rücknahme nur durchzuführen ist, wenn keine Entschädigungsansprüche nach BauGB ausgelöst werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.1.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	51	Z	3	Die im „Flächenbedarfskonto“ ausgewiesenen Flächenbedarfe können im Planungszeitraum ohne weitere Bedarfsprüfung durch eine Regionalplanänderung oder Flächennutzungsplanänderung umgesetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.1.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	51	G	1	Erforderliche flächenintensive Kompensationsmaßnahmen sollen außerhalb der Siedlungsbereiche in den Bereichen zum Schutz der Natur, in den Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung oder in den Regionalen Grünzügen geplant werden und auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.1.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	51	G	2	Regionalbedeutsame Brach- und Konversionsflächen sollen frühzeitig von der Belegenheitskommune im Siedlungsmonitoring als Wiedernutzungspotenzial erfasst werden. Auf dieser Grundlage wird die Erarbeitung eines regionalen Brachflächenkonzeptes für die Nachnutzung der regionalbedeutsamen Brach- und Konversionsflächen in Zusammenarbeit mit den Belegenheitskommunen angestrebt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	59	G	1	Bauland soll vorrangig in den „zentralörtlich bedeutsamen“ ASB (ZASB) (siehe Beikarte 3B – Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche) entwickelt werden. Raumwirksame öffentliche Finanzmittel sollen in den „zentralörtlich bedeutsamen“ ASB gebündelt werden. Insgesamt sollen dort die Schwerpunkte der städtebaulichen Entwicklung liegen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
3.2.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	59	G	2	In den Kommunen, die über Siedlungspotentiale in ASB und über wohnbauliche FNP-Reserven verfügen, die an Haltepunkten des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs liegen, soll die Baulandentwicklung an diesen Haltepunkten (siehe Beikarte 3B – Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche) genauso vorrangig wie in den „zentralörtlich bedeutsamen“ ASB erfolgen. Anzustreben ist eine möglichst intensive Ausnutzung dieser Siedlungspotentiale in ASB und der wohnbaulichen FNP-Reserven, die an Haltepunkten des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs liegen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
3.2.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	59	G	3	Die bauleitplanerische Ausgestaltung der ASB soll so erfolgen, dass die ihnen zugewiesenen Flächennutzungen (Legende 1a ASB) so zueinander angeordnet sind, dass die zugewiesenen Flächennutzungen ohne größeren Verkehrsaufwand untereinander erreichbar sind (Stadt der kurzen Wege).	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.2.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	59	G	4	Bei der vorbereitenden bauleitplanerischen Entwicklung von Siedlungspotentialen für Wohnzwecke sollen die Kommunen frühzeitig die Kosten für die Infrastruktur und deren Folgekosten – dem Stand der Planung entsprechend – für die zu entwickelnde Fläche und potentielle Alternativflächen im Innen- und Außenbereich ermitteln, vergleichen und die Kostengesichtspunkte in die planerische Abwägung einbeziehen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.2.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	59	G	5	Die bauleitplanerische Ausgestaltung der ASB, die an Infrastrukturen angrenzen, die in der Legende (Planzeicheninhalte und -merkmale) unter „3. Verkehrsinfrastruktur“ genannt sind, soll so erfolgen, dass Nutzungskonflikte vermieden oder minimiert werden und die Infrastrukturen in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung keine Einschränkungen erfahren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.2.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	61	Z	1	In den Allgemeinen Siedlungsbereichen für zweckgebundene Nutzungen (ASB-Z) sind Planungen für Nutzungen, die nicht unter die Zweckbindung fallen, ausgeschlossen. 1. Jugend JVA, Schuleinrichtungen des Landes NRW, Einrichtungen der Polizei in Wuppertal (südlicher ASB-Z in Wuppertal) 2. Klinik Wuppertal (nordwestlicher ASB-Z in Wuppertal) 3. Kliniken in Bedburg-Hau 4. Bildungs-und Pflegeanstalt in Mettmann 5. Gesundheit, Pflege und zugehörige Bildungseinrichtungen in beiden Bereichen in Wülfrath 6. Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen (Westlicher ASB-Z in Mönchengladbach) 7. Freizeitpark Wunderland in Kalkar 8. Spiel-und Erlebnispark Irrland in Kevelaer 9. Velbert –Freizeitpark Röbbbeck 10. Neuss –Freizeitanlage Skihalle 11. Umnutzung bestehender Gebäude zur Zwischenlagerung von Speditions-gütern im Depot Haldern in Rees 12. Umnutzung bestehender Bunker für nicht störendes Gewerbe und Sicherung der bestehenden Ferienhausnutzung – Konversionsfläche Twisteden-Nord in Kevelaer 13. Militärische Anlagen in Hilden 14. Militärische Anlagen in Mönchengladbach 15. Militärische Anlagen in Kalkar (Südlicher ASB-Z in Kalkar) 16. Reitsportzentrum Goch-Pfalzdorf	Ja	Ja	Ja	ASB-Z	-	-	Ja	Nein
3.2.3	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Tourismusschwerpunkte	62	G	1	Großflächige Freizeitanlagen, wie z.B. Erlebnisbäder, Großkinos, Großveranstaltungshallen oder Freizeitparks, sollen in den zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen (ZASB) angesiedelt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
3.2.3	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Tourismusschwerpunkte	62	Z	1	Die Allgemeinen Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen Ferien- und Freizeitanlagen – (ASB-E) sind nur der Entwicklung von Feriendörfern, Ferien- und Wochenendhausgebieten sowie Campingplätzen vorbehalten. Hierzu zählen die ASB-E: 1. Geldern/Walbeck Nord und Walbeck West 2. Goch/Kessel 3. Kalkar/Wisseler See 4. Rees/Reeser Meer 5. Wachtendonk/Blaue Lagune 6. Kranenburg	Ja	Ja	Ja	ASB-E	-	-	Ja	Nein
3.3.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	Z	1	In den Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) können emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe angesiedelt, in ihrem Bestand gesichert und erweitert werden. Soweit für diese Bereiche Bauleitpläne aufgestellt werden, gilt Folgendes: - Sie sind als Gewerbliche Bauflächen im Sinne von § 1 BauNVO oder als Industriegebiete im Sinne von § 9 BauNVO darzustellen bzw. festzusetzen. - Gewerbegebiete im Sinne von § 8 BauNVO sind zulässig, soweit sie der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben dienen. - Tankstellen, Anlagen für sportliche Zwecke und die nach § 8 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (außer Vergnügungsstätten) dürfen dabei zugelassen werden. - Sonderbauflächen und Sondergebiete sind zulässig, soweit deren Zweckbestimmung mit den in Satz 2 und 3 genannten Bauflächen bzw. Baugebieten vergleichbar ist. Ausnahmsweise können auch Gewerbegebiete im Sinne von § 8 BauNVO, die der Unterbringung von nicht störenden oder nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben dienen, festgesetzt werden, wenn sie der Gliederung der Baugebiete zueinander oder dem Erfüllen von Abstandserfordernissen zu schutzbedürftigen Nutzungen bzw. Gebieten dienen. Im GIB ansässige emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe dürfen dabei nicht beeinträchtigt werden. Bestehende Nutzungen und planungsrechtlich bereits gesicherte Bauflächen und Baugebiete haben Bestandsschutz. Die Regelungen zum Bestandsschutz für Einzelhandelsvorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO erfolgen in Kap. 3.4.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	Z	2	Die Umsetzung der ASB für eine gewerbliche Nutzung und der ASB mit der Zweckbindung Gewerbe (ASB-GE) kann durch die Planung von gewerblichen Bauflächen im Sinne von § 1 BauNVO, Gewerbegebieten im Sinne von § 8 BauNVO und Sonderbauflächen und Sondergebieten, soweit deren Zweckbestimmung mit einer gewerblichen Nutzung im Sinne von § 8 BauNVO vergleichbar ist, erfolgen. In den ASB mit der Zweckbindung Gewerbe (ASB-GE) sind Wohnbauflächen, Wohngebiete, gemischte Bauflächen, Dorf-, Misch- und Kerngebiete im Sinne der BauNVO ausgeschlossen. Bestehende Nutzungen und bereits bestehende in Satz 2 genannte Bauflächen und Baugebiete haben Bestandsschutz. Die Regelungen für Einzelhandelsvorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO erfolgen in Kap. 3.4.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.3.1	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	G	1	Grenzen GIB und ASB oder ASB-GE aneinander, dann soll durch Regelungen in der Bauleitplanung oder andere geeignete Maßnahmen verhindert werden, dass durch heranrückende Wohnbebauung oder andere heranrückende schutzbedürftige Nutzungen bzw. schutzbedürftige Baugebiete der Standort bereits ansässiger emittierender Gewerbe- und Industriebetriebe in seiner bisherigen Nutzung in den GIB gefährdet wird oder dass Betriebserweiterungsflächen und freie Bauflächen (Reserven) in den GIB nicht mehr für die Erweiterung oder Ansiedlung von emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben genutzt werden können. Die Abstände sollen vorrangig in den ASB oder ASB-GE gesichert werden. Ein Abstandserfordernis kann auch gegeben sein, wenn GIB und ASB oder ASB-GE nicht unmittelbar aneinandergrenzen, aber sich in einem GIB Betriebe befinden, die größere Abstände erfordern.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Transport und Logistikzentren	67	Z	1	GIB mit der Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe – sind dargestellt in: - Krefeld-Linn/-Gellep-Stratum, - Düsseldorf-Hafen, - Düsseldorf-Reisholz, - Neuss-Hafen, - Dormagen-Stürzelberg/Neuss-Uedesheim und - Emmerich. GIB mit der Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Einrichtungen zum Güterumschlag und gewerbliche Betriebe im Güterverkehr – sind dargestellt in: - Wuppertal-Langerfeld und - Jüchen. Innerhalb der mit Zweckbindung als Standort des kombinierten Güterverkehrs dargestellten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit Zugang zu einer Wasserstraße und Anbindung an das Schienennetz sind mit Mitteln der Bauleitplanung Flächen für die innergebietliche Anbindung der Einrichtungen für den Güterumschlag zwischen See- und Landweg an das übergeordnete Schienennetz vorzuhalten. In den Bauleitplänen dürfen neue Wohnbauflächen, gemischte Bauflächen und Sonderbauflächen oder die darin zulässigen Baugebiete nur in einem Abstand von mehr als 300 m von den Grenzen der GIB mit Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe – ausgewiesen werden. Ausnahmsweise sind solche Planungen in einem Abstand von weniger als 300 m möglich, wenn hierdurch kein neues Abstandserfordernis zu einem Hafenstandort ausgelöst wird. Nicht umgesetzte Wohnbauflächen, gemischte Bauflächen und Sonderbauflächen und entsprechende Baugebiete in einem Abstand von weniger als 300 m, die die Einhaltung eines Abstandes zu einem Standort des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe – erfordern, sind zurückzunehmen, sofern keine Entschädigungsansprüche nach BauGB ausgelöst werden und die Rücknahme zu einer Verminderung des Konfliktpotentials zwischen den beiden Nutzungen führt. Im Übrigen gilt für heranrückende schutzbedürftige Nutzungen G1.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	68	Z	2	GIB mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie sind dargestellt in: - Niederkrüchten (Teile des ehem. Flughafens Elmpt), - Mönchengladbach/Viersen (südlich K8/ westlich L372), - Goch/Uedem/Weeze (nördlich der A57) und - Grevenbroich/Jüchen (südlich A46/B59). Es ist Aufgabe der Bauleitplanung, die GIB-Z als Standorte für flächenintensive Vorhaben und erheblich belästigende Gewerbebetriebe umzusetzen. Die GIB sind mittels Bauleitplanung entsprechend zu parzellieren und in Bauabschnitten zu entwickeln. Zuliefer- und Nebenbetriebe dürfen zugelassen werden, wenn sie in einem engen funktionalen Zusammenhang zu einem bereits ansässigen flächenintensiven Betrieb oder erheblich belästigenden Gewerbebetrieb stehen. Die Bauleitplanung hat dafür Sorge zu tragen, dass in einem Abstand von 300 m zu den GIB-Z schutzbedürftige Nutzungen, die ein Abstandserfordernis im Sinne des Abstandserlasses NRW auslösen können, nicht neu geplant werden oder nicht näher heranrücken können. Nicht umgesetzte Wohnbauflächen, gemischte Bauflächen und Sonderbauflächen und entsprechende Baugebiete in einem Abstand von weniger als 300 m, die einen Abstand zu einem solchen GIB erfordern, sind zurückzunehmen, sofern keine Entschädigungsansprüche nach BauGB ausgelöst werden und die Rücknahme zu einer Verminderung des Konfliktpotentials zwischen den beiden Nutzungen führt. Im Übrigen gilt für heranrückende schutzbedürftige Nutzungen G1.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	68	Z	3	GIB mit der Zweckbindung Überregional bedeutsame Standorte für eine gewerbliche und industrielle Entwicklung sind dargestellt in: - Mönchengladbach/Viersen (südlich K8/ westlich L372), - Krefeld/Meerbusch (-Beiderseits der A44/ westl. L26), - Niederkrüchten (Teile des ehem. Flughafens Elmpt), - Grevenbroich/Jüchen (südlich A46/B59), - Nettetal-Kaldenkirchen, - Goch/Uedem/Weeze (nördlich der A57) und - Straelen-Herongen. In den v. g. GIB-Z können emittierende Gewerbebetriebe nach den Regelungen von Kap. 3.3.1 angesiedelt und erweitert werden, soweit keine andere Zweckbindung nach Kapitel 3.3.2, Ziele 1, 2 oder 4-6 vorgesehen ist. Aufgrund ihrer besonderen Standortbedingungen sind sie von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der angrenzenden Teilräume. Die Belegenheitskommune bzw. die beteiligten Kommunen informieren frühzeitig betroffene Akteure in der Region über die Planungsziele für den Standort.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Rohstoffabbau	68	Z	4	GIB mit der Zweckbindung Kalkabbaugebiete sind dargestellt in: - Wuppertal-Dornap und - Wülfrath-Rohdenhaus.	Ja	Ja	Ja	GIB mit zweckgebundener Nutzung	-	-	Ja	Nein
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	69	Z	5	GIB mit der Zweckbindung Pflanzenvermarktung sind dargestellt in: - Geldern-Lüllingen	Ja	Ja	Ja	Ja	-	-	Ja	Nein
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	69	Z	6	Sonstige zweckgebundene Standorte sind dargestellt in: - Weeze-Laarbruch (Zweckbindung flughafenaffine Gewerbe-, Industrie-, Dienstleistungs-und Logistikbetriebe), - Kalkar-Appeldorn (Zweckbindung Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte), - Goch-Hommersum (Zweckbindung Umnutzung bestehender Gebäude des ehem. Depot zu gewerblichen Zwecken), - Straelen-Herongen (Agrobusiness, Logistik), - Wuppertal-Vohwinkel / Knäppersteich zwischen Bahnstraße und der Bahntrasse von Wuppertal-Vohwinkel nach Wülfrath-Aprath (Nachnutzung gewerblich genutzter Flächen) und - Düsseldorf-Lausward (Zweckbindung für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe und Zweckbindung für Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe).	Ja	Ja	Ja	Ja	-	-	Ja	Nein
3.3.2	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	69	G	1	Grenzt ein GIB mit Zweckbindung an einen ASB oder ASB-GE, dann soll durch Bauleitplanung oder andere geeignete Maßnahmen verhindert werden, dass durch heranrückende Wohnbebauung oder heranrückende andere schutzbedürftige Nutzungen der Betrieb bereits ansässiger emittierender Gewerbe- und Industriebetriebe in diesen GIB gefährdet wird. Es soll durch die Bauleitplanung oder andere geeignete Maßnahmen auch verhindert werden, dass aufgrund heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen Betriebserweiterungsflächen und freie Bauflächen (Reserven) in diesen GIB nicht mehr für die Erweiterung oder Ansiedlung von emittierenden Gewerbebetrieben genutzt werden können. Die Abstände sollen vorrangig in den ASB oder ASB-GE gesichert werden. Ein Abstandserfordernis kann auch gegeben sein, wenn GIB und ASB oder ASB-GE nicht unmittelbar aneinandergrenzen, aber sich in einem GIB Betriebe befinden, die größere Abstände erfordern.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe an die kommunale Bauleitplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3.3	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	72	Z	1	Für das Gebiet des Kreises Kleve ist im Rahmen eines Modellprojektes ein virtueller Gewerbeflächenpool eingerichtet worden, der der regionalplanerischen Mengensteuerung von Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzung und dem interkommunalen Flächenausgleich dient. Den Städten und Gemeinden des Kreises Kleve steht für gewerblich-industrielle Nutzungen im virtuellen Gewerbeflächenpool ein Flächenkonto mit einer Startgröße von 193 ha zur Verfügung. Die Flächen werden im Einzelnen im landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 festgelegt. Zuvor im Regionalplan (GEP99) dargestellte GIB oder ASB für Gewerbe, die in das Flächenkonto eingebucht werden, sind als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich darzustellen und in der Beikarte 3A – Sondierungen für eine zukünftige Siedlungsentwicklung – zu kennzeichnen. Jede Inanspruchnahme des Flächenkontos ist nur zulässig, wenn die im landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 in der geänderten Fassung vom 05.07.2017 geregelten Voraussetzungen erfüllt sind. Sie ist der Regionalplanungsbehörde entsprechend der für die landesplanerische Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung geltenden Regelung im Landesplanungsgesetz mitzuteilen. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Flächenkontos gemäß § 4 Abs. 5 c.) im landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 werden als Ergebnis der Evaluation 2016 für die Größe von Angebotsplanungen und den Zeitpunkt zur Einleitung des Bauleitplanverfahrens geändert. Der genaue Inhalt dieser Änderung ergibt sich aus § 1 Nr. 1 des Änderungsvertrages vom 05.07.2017. Zusätzlich wird eine Ausnahmeregelung für Bauleitplanverfahren zur Umnutzung geeigneter Brachflächen und zur Umplanung bestehender Gewerbegebiete eingeführt, wonach in diesen Fällen kein Nachweis für den Bedarf einer Angebotsplanung oder Investorenplanung im Sinne von § 4 Abs. 5 b.) oder c.) erforderlich ist. Der genaue Inhalt dieser Ausnahmeregelung ergibt sich aus § 1 Nr. 2 des Änderungsvertrages vom 05.07.2017.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
							Die Regionalplanungsbehörde ist verpflichtet, über Ein- und Ausbuchungen vom Flächenkonto Buch zu führen und hierüber den Regionalrat sowie die am virtuellen Gewerbeflächenpool Beteiligten im Rahmen des regelmäßigen Siedlungsmonitorings sowie anlassbezogen zu informieren. Ausgebuchte Flächen müssen an das Siedlungsgefüge angrenzen und der Bestandssicherung, dem Ausbau oder der Ansiedlung gewerblicher Betriebe dienen. Dies gilt insbesondere für emittierende Betriebe. Überschreitet die Inanspruchnahme zusammenhängender Flächen an einem Standort die Größe von 10 ha (auch kumulativ), ist in einem Regionalplanänderungsverfahren der Standort als Siedlungsbereich darzustellen. Im Übrigen erfolgt die Darstellung in Anspruch genommener Flächen im Rahmen der regelmäßigen Überarbeitung des Regionalplans. Unterschreitet die im Flächenkonto verbleibende Flächenmenge die doppelte Menge eines durchschnittlichen Jahresverbrauchs an gewerblich-industriellen Flächen im Kreis Kleve, entscheidet der Regionalrat über eine Wiederauffüllung des Flächenkontos. Kriterium hierfür ist unter anderem die Gewährleistung einer Größenordnung, die einen Handlungsspielraum für weitere 10 Jahre in Abhängigkeit von den Ergebnissen des Siedlungsflächenmonitorings der Regionalplanungsbehörde und der Laufzeit dieses Ziels gewährleistet. Die im landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 vorgesehene Befristung des Ziels der Raumordnung wird um eine Laufzeit von weiteren fünf Jahren verlängert. Die Frist beginnt mit dem Wirksamwerden des Regionalplans Düsseldorf durch Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen und endet mit Ablauf des 31.12. des fünften Jahres der Laufzeit. Die Regionalplanungsbehörde legt dem Regionalrat ein Jahr vor Ablauf der Frist einen Evaluierungsbericht vor. Sie gibt hierzu dem Kreis Kleve und den Städten und Gemeinden des Kreises, dem LANUV, dem Landesbüro der Naturschutzverbände, der Niederrheinischen IHK und der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Evaluierungsbericht muss eine Empfehlung darüber enthalten, ob das Ziel weitergeführt werden soll. Die Regionalplanungsbehörde berät den Regionalrat bei der Entscheidung über eine mögliche Fortführung des Ziels. Im Falle eines Auslaufens des befristeten Ziels wird für die zeichnerischen Darstellungen die alte Rechtslage vor Inkrafttreten der 69. Regionalplanänderung des GEP99 wiederhergestellt.								
3.4	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung der Versorgungsstruktur	78	Z	1	Innerhalb der als ASB mit der Zweckbestimmung Gewerbe (ASB-GE) gekennzeichneten Bereiche dürfen Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO nur dargestellt und festgesetzt werden, wenn diese Vorhaben über ein nicht-zentrenrelevantes Kernsortiment verfügen. Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten innerhalb der ASB-GE ist nicht zulässig.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung der Versorgungsstruktur	78	Z	2	Die Regelungen des Regionalplanes gelten ebenso für vorhabenbezogene Bebauungspläne für Vorhaben im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO, auch wenn die Festsetzung eines Sondergebietes nicht erfolgt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.5	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung der Versorgungsstruktur	78	G	1	Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i.S. des § 11 Abs. 3 Nr.1 BauNVO (Einkaufszentren) soll nur innerhalb der in der Beikarte 3B – Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche – abgebildeten, zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.6	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung der Versorgungsstruktur	78	G	2	Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i.S. des § 11 Abs. 3 BauNVO soll nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr besteht. Vorhaben, die aufgrund des Umfangs ihrer Verkaufsflächen oder der Art ihrer Sortimente ein besonders großes Besucheraufkommen erwarten lassen, sollen nur an Standorten geplant werden, die an den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
3.7	Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung der Versorgungsstruktur	78	G	3	Die Kommunen sollen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungsplanung zur Stärkung der Zentren regionale und kommunale Einzelhandels- und Zentrenkonzepte erarbeiten und fortschreiben. Wesentliches Element dabei ist die Abgrenzung von zentralen Versorgungsbereichen sowie die Erarbeitung einer ortspezifischen Sortimentsliste. Die zentralen Versorgungsbereiche sollen auch im Flächennutzungsplan dargestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
4.1.1	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumstruktur	83	G	1	Die Freiraumbereiche (Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche, Wald, Oberflächengewässer) sollen als großräumiges, übergreifendes regionales Freiraumsystem erhalten und entwickelt werden. Die Bauleitplanung und die Landschaftsplanung sollen die Erhaltung und Entwicklung der Freiraumbereiche und der Freiraumfunktionen auf der örtlichen Ebene durch entsprechende Darstellungen und Festsetzungen gewährleisten, konkretisieren und ergänzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung/ Landschaftsplanung	-	-
4.1.1	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumstruktur	83	G	2	In den dargestellten Freiraumbereichen sollen neue raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die wegen ihrer spezifischen Zweckbestimmung, Anforderungen oder Auswirkungen nicht innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche oder der räumlich festgelegten Verkehrsinfrastruktur des Regionalplans umgesetzt werden können, so durchgeführt werden, dass <ul style="list-style-type: none">• die Schutzwürdigkeit der Böden bei der Wahl von Standortalternativen betrachtet und die schutzwürdigen Böden auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Klimaschutz erhalten werden. Hierbei sollen insbesondere die schutzwürdigen Böden mit hoher – sehr hoher Naturnähe gemäß der Beikarte 4B – Schutzwürdige Böden – nicht beeinträchtigt sowie die klimarelevanten Böden gemäß der Beikarte 4B – Schutzwürdige Böden – erhalten werden,• Trenn-, Zerschneidungs- und Barrierewirkungen vermieden oder, bei nicht vermeidbaren Trenn-, Zerschneidungs- und Barrierewirkungen, minimiert werden. Soweit Beeinträchtigungen nicht vermieden werden können, sollen sie auf das unumgängliche Maß begrenzt werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktuelle Vorhabenswirkungen auf Böden sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Böden sind auszuschließen. Eine Berücksichtigung der Bodenbelange erfolgt indirekt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft. Die Thematik wird zudem im Umweltbericht Schutzgut Boden aufgegriffen. Dieser für das Vorhaben relevante Planungsgrundsatz wird zudem verbalargumentativ aufgenommen.	Ja	
4.1.1	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumstruktur	85	G	3	Die Zerschneidung bislang unzerschnittener verkehrsarmer Freiräume soll vermieden werden. Insbesondere sollen die in der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume – dargestellten unzerschnittenen verkehrsarmen Räume oberhalb einer Größe von 20 km² bzw. von 10 km², soweit sie entlang der deutsch-niederländischen Grenze liegen, nicht durch linienhafte Verkehrsinfrastruktur zerschnitten werden.	Ja	Ja	Ja	UZVR	-	-	Ja	Ja
4.1.2	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumverbund	88	Z	1	Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn hierfür keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt. Unberührt von Z1 bleiben Planungen und Vorhaben für privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB und die Bauleitplanung für Wohnen und Gewerbe in den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen („Eigenbedarfsortslagen“) im Rahmen der Eigenentwicklung (Kap. 3.1.1, Z1).	Ja	Ja	Ja	Regionale Grünzüge	-	-	Ja	Ja
4.1.2	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumverbund	88	G	1	Die Erfordernisse der Regionalen Grünzüge sollen bei etwaigen Bauleitplanungen für privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB sowie bei der Bauleitplanung für Wohnen und Gewerbe in den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen („Eigenbedarfsortslagen“) berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
4.1.2	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumverbund	88	Z	2	Die Regionalen Grünzüge sind durch Planungen (z.B. Landschaftsplanung und Bauleitplanung) und Maßnahmen in ihren freiraum- und siedlungsbezogenen Aufgaben und Funktionen für die Siedlungsgliederung, als klimaökologisch wirksame Bereiche, für die Erholungsfunktionen und die Vernetzung einzelner ökologischer Potential zu entwickeln und zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1.3	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumgestützte Erholung	91	G	1	Planungen und Maßnahmen für Sport-, Freizeit- und Erholungsnutzungen, die an bestimmte standörtliche landschaftliche Voraussetzungen gebunden und durch einen hohen Freiraumanteil bestimmt sind, können ihren Standort im Freiraum haben, soweit dies verträglich mit den dargestellten Freiraumfunktionen ist und im Ganzen eine ökologische sowie erholungsorientierte Freiraumverbesserung erzielt wird.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.1.3.	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumgestützte Erholung	91	Z	1	In den Freiraumbereichen für sonstige zweckgebundene Nutzungen (FR-Z) haben solche Nutzungen Vorrang, die durch einen überwiegenden Freiraumanteil bestimmt sind.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht (ausreichend) inhaltlich konkretisiert	Nein	-
4.1.3.	Freiraum	Freiraumschutz	Freiraumgestützte Erholung	91	Z	2	Bei der Umsetzung der für freizeitorientierte, kultur- oder landschaftsbezogene Nutzungen dargestellten Freiraumbereiche nach diesem Ziel sind durch den Freiraum bestimmter Charakter sowie die vorhandenen Freiraumfunktionen zu erhalten. Dargestellt sind die folgenden FR-Z für spezifische freizeitorientierte, kultur- oder landschaftsbezogene Nutzungen: 1. Rees, Reeser Meer: Der Freiraumbereich mit Zweckbindung ist für die regionale landschafts- und naturverträgliche Sport-, Freizeit- und Erholungsnutzung durch Entwicklung naturnaher Landschaftsstrukturen zielgerichtet zu entwickeln. Er ergänzt räumlich und funktional den benachbarten ASB-E. Durch eine landschaftsorientierte Gestaltung sind auch die Funktionen als Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum für die Biologische Vielfalt zu erhalten und zu entwickeln. Art und Umfang der Erholungsnutzung sind abgestuft im Wege der Zonierung auf die Schutzanforderungen der angrenzenden BSN abzustimmen. 2. Neuss, Kulturraum Hombroich: Der FR-Z Kulturraum Hombroich ist der Entwicklung des Museums-und Kulturparks Insel Hombroich sowie der Raketenstation vorbehalten.	Ja	Ja	Ja	FR-Z freizeitorientiert	-	-	Ja	Nein
4.1.3.	Freiraum	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	92	Z	3	In den FR-Z für militärische Nutzungen sind im Rahmen der Zweckbindung Planungen für eine Erweiterung der vorhandenen Anlagen zulässig, soweit die freiraumorientierte Prägung des Bereiches erhalten bleibt. Dargestellt sind die folgenden FR-Z für militärische Nutzungen: : 1. Straelen, südl./östl. B58, 2. Uedem, Paulsberg.	Ja	Ja	Ja	FR-Z militärische Nutzung	-	-	Ja	Nein
4.2.1	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	1	Zum Schutz und zur Entwicklung von Natur und Landschaft insbesondere innerhalb der Bereiche mit besonderen Freiraumfunktionen (BSN und BSLE) sind im Zuge der Landschaftsplanung die schutzwürdigen und entwicklungsbedürftigen Landschaftsteile zu konkretisieren und die erforderlichen Schutz- und Entwicklungsziele, Maßnahmen, Ge- und Verbote zu bestimmen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.2.1	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	95	G	1	Im Rahmen der Landschaftsplanung sollen insbesondere der landesweite und der regionale Biotopverbund gesichert, erhalten und entwickelt werden. Dies gilt auch für raumbedeutsame naturschutzfachlich wertvolle Biotope unterhalb der zeichnerischen Darstellungsschwelle des Regionalplans. Die besonders schutzwürdigen Biotope sollen untereinander vernetzt werden und im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.2.1	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	95	G	2	In den BSN sollen die Kernbereiche des landesweiten und regionalen Biotopverbundes nach Maßgabe der im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) enthaltenen Festsetzungen und Maßnahmen gesichert, geschützt und entwickelt werden. Die BSLE sollen insbesondere in den für den Landschaftsschutz, den Naturhaushalt, die Entwicklung des Biotopverbundes und die landschaftsorientierte Erholung bedeutsamen Räumen zur Ergänzung der Kernbereiche des Biotopverbundes vorrangig als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt werden.	Ja	Ja	Ja	regionaler Biotopverbund	-	-	Ja	Ja
4.2.1	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	95	G	3	Bereiche mit besonderen Potentialen für den Schutz des Klimas sowie für die Anpassung von Natur und Landschaft an den Klimawandel sollen im Rahmen der Landschaftsplanung besonders mitbetrachtet werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert	Nein	-
4.2.1	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	95	G	4	Bei der Planung und Umsetzung von naturschutzfachlichen Entwicklungsmaßnahmen oder der räumlichen Ausweitung naturschutzfachlich wertvoller Gebiete sind im Regionalplan dargestellte GIB, GIB-Z und ASB-GE sowie angrenzende und in der Nähe liegende Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung zu berücksichtigen. Der Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe in den GIB, GIB-Z und ASB-GE sollen durch aktive Maßnahmen der Landschaftspflege nicht beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.2.2	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z	1	Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen innerhalb der BSN, welche insbesondere durch Versiegelungen und Zerschneidungen die besonderen Funktionen dieser Bereiche beeinträchtigen oder das naturräumliche Potential oder die angestrebte Entwicklung gefährden, sind unzulässig.	Ja	Ja	Ja	Bereich für den Schutz der Natur (BSN)	-	-	Ja	Ja
4.2.2	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z	2	In den BSN sind die besonderen Funktionen für Natur und Landschaft zu sichern und zu entwickeln sowie die Schutzgebiete durch geeignete Maßnahmen zu erhalten und zu verbinden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht (ausreichend) inhaltlich konkretisiert	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.2.2	Freiraum	Freiraumschutz	Naturschutz	100	G	1	Die Bereiche für den Schutz der Natur sollen auch für das Naturerleben und die naturverträglichen Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung zugänglich gemacht werden, sofern dies den jeweiligen Erhaltungszielen und dem Schutzzweck nicht widerspricht.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2.2	Freiraum	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	102	G	1	In den BSLE sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Die für die Biotopvernetzung wesentlichen Landschaftsstrukturen, Verbindungselemente und Trittsteine sollen erhalten, untereinander verbunden sowie durch geeignete Maßnahmen auch im Rahmen der vorhandenen Nutzungen entwickelt und gesichert oder wiederhergestellt werden. Im Rahmen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft vermieden werden.	Ja	Ja	Ja	Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)	-	-	Ja	Ja
4.2.2	Freiraum	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	102	G	2	In den BSLE sollen bezogen auf die Erholungsfunktion insbesondere die Voraussetzungen für die landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung erhalten und entwickelt werden. Ihre Erschließung und Ausstattung mit Einrichtungen der Erholungsinfrastruktur soll landschafts- und naturverträglich erfolgen. Die Entwicklung soll sich vorrangig an den vorhandenen Wegenetzen orientieren und insbesondere die Zugänglichkeit der Landschaft für die landschaftsorientierte Erholung und die Lenkung der Erholungsnutzung zum Schutz empfindlicher Bereiche gewährleisten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Forstwirtschaft / Naturschutz	106	G	1	Die zeichnerisch dargestellten Waldbereiche sollen für die Sicherung und Verbesserung der mit dem Wald verbundenen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen erhalten und entwickelt werden. Die innerhalb der dargestellten Waldbereiche gelegenen Waldflächen mit besonderer Bedeutung gemäß der Beikarte 4F – Wald – sollen entsprechend ihrer besonderen Funktionen erhalten und entwickelt werden und durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen nicht für entgegenstehende Nutzungen in Anspruch genommen werden.	Ja	Ja	Ja	Waldbereiche	-	-	Ja	Ja
4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Forstwirtschaft / Naturschutz	106	G	2	In den walddarmen Gebieten gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP sollen • die Kleinwaldflächen gemäß Beikarte 4F – Wald – zur Sicherung und Entwicklung der Waldfunktionen im Hinblick auf ihre standörtlich vorhandenen Funktionen erhalten bzw. bestehenden Potentiale entwickelt werden; • für die Waldvermehrung insbesondere Flächen vorgesehen werden, die in direkter räumlicher Zuordnung zu vorhandenen Waldflächen oder im Regionalplan dargestellten Waldbereichen liegen. Bei entsprechender Eignung sollen besonders Brach- und Konversionsflächen für die Waldvermehrung genutzt werden, soweit keine anderen Nutzungsabsichten bestehen. Die jeweils für den betroffenen Raum geltenden Belange der Landwirtschaft und der Agrarstruktur, der erhaltenswerten Kulturlandschaft und des Natur- und Artenschutzes sollen gewahrt sowie die vorhandenen Waldfunktionen erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Kleinwaldflächen	-	-	Ja	Ja
4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Forstwirtschaft / Naturschutz	106	G	3	Zum Ausgleich für die Inanspruchnahme von Wald • sollen in den walddarmen Gebieten Ersatzaufforstungen auf Flächen gemäß der Kriterien in G2, Punkt 2 vorgesehen werden; • soll in Gebieten mit einem Waldflächenanteil von 20 % und mehr der Ausgleich vorrangig in den dargestellten Waldbereichen durch Maßnahmen zur Verbesserung der Waldfunktionen erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Forstwirtschaft / Naturschutz	106	G	4	Die Träger der Landschaftsplanung sollen bei der Darstellung der Entwicklungsziele für die Landschaft die Funktionen des Waldes für die Landschaftsentwicklung fördern. Sie sollen prüfen, welche Bereiche für die Waldvermehrung in Frage kommen und auf entsprechend geeigneten Flächen die Neuanlage von Wald unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.4.1	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	116	G	1	Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sollen so erfolgen, dass der quantitative und qualitative Schutz der ober- und unterirdischen Wasservorkommen gewährleistet wird.	Ja	Ja	Ja	Nein		Dieser für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz wird verbalargumentativ aufgenommen, die Thematik wird zudem im Umweltbericht - Schutzgut Wasser aufgegriffen.	Ja	-
4.4.1	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	116	G	2	Bei standortbezogenen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll eine Beseitigung vorhandener Grundwasserbelastungen vorgesehen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht (ausreichend) räumlich konkretisiert. Vorgabe kann erst bei konkreter Standortfestlegung und Kenntnis über Grundwasserbelastung berücksichtigt werden. Dies ist bei Erstellung der Unterlagen zur Planfeststellung der Fall.	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.4.2	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	117	G	1	Entlang von Fließgewässern sollen im Außenbereich ausreichende Randstreifen für einen Entwicklungskorridor zur ökologischen Verbesserung der Gewässer von entgegenstehenden Planungen und Maßnahmen freigehalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	'Dieser für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz wird verbalargumentativ aufgenommen, die Thematik wird zudem im Umweltbericht - Schutzgut Wasser aufgegriffen.	Nein	-
4.4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	118	Z	1	In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ausgeschlossen, die eine Nutzung der Grundwasservorkommen für die öffentliche Trinkwasserversorgung nach Menge und/oder Güte beeinträchtigen oder gefährden können. Nutzungen, die standörtlich den sonstigen zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans entsprechen sowie bestehende verbindliche Bauleitpläne und Baurechte bleiben unberührt.	Ja	Ja	Ja	Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz	-	-	Ja	Ja
4.4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	118	G	1	In den dargestellten Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz soll die Ausweisung von Bauflächen im Rahmen der Bauleitplanung so erfolgen, dass die Grundwasserneubildung soweit wie möglich gewährleistet bleibt und Beeinträchtigungen und Gefährdungen der Grundwasservorkommen durch die Umsetzung des wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatzes in der verbindlichen Bauleitplanung weitgehend ausgeschlossen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
4.4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	118	G	2	Die über die dargestellten Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz hinausgehenden erweiterten Einzugsbereiche der öffentlichen Trinkwassergewinnung gemäß Beikarte 4G - Wasserwirtschaft - haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten. Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in den erweiterten Einzugsbereichen sollen der Grundwasser- und Gewässerschutz und die Grundwasserneubildung berücksichtigt werden. Hier sollen insbesondere keine Abfallverbrennungsanlagen, Deponien und Abgrabungen zugelassen werden. Bei der Bauleitplanung soll dort dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung getragen werden.	Ja	Ja	Ja	Über die BGG hinausgehendes Einzugsgebiet	-	-	Ja	Ja
4.4.3	Freiraum	Freiraumschutz	Gewässerschutz	118	G	3	Im Gebiet des Kreises Viersen, des Rhein-Kreises Neuss und der Stadt Mönchengladbach sollen die durch die Wasserhaltungsmaßnahmen des Braunkohletagbaus verursachten Veränderungen der Einzugsgebiete öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen (Verschwenkungsbereiche) vor raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen geschützt werden, die erhebliche Auswirkungen auf die Grundwasserqualität haben können. Hier sollen keine Abfallverbrennungsanlagen, Deponien oder Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, errichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf das Grundwasser sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	-	-
4.4.4	Freiraum	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	G	1	In Überschwemmungsbereichen soll bei der Aufgabe oder Änderung einer raumbedeutsamen Nutzung oder einer Siedlungsnutzung auf der Ebene der Bauleitplanung die Möglichkeit geprüft werden, ob die frei werdende Fläche als Nachnutzung dem Retentionsraum zugeführt werden kann. Sofern das Retentionsvolumen erhalten bleibt oder vergrößert werden kann, soll im Rahmen der Bauleitplanung auch eine Nachverdichtung auf Flächen mit bestehenden Baurechten zulässig sein.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.4.4	Freiraum	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	G	2	Potentielle Überflutungsbereiche und Extremhochwasserbereiche haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz (gemäß Beikarte 4H - Vorbeugender Hochwasserschutz). In ihnen soll bei der Festlegung der weiteren räumlichen Nutzung dem Risiko einer Überflutung ein besonderes Gewicht beigemessen werden.	Ja	Ja	Ja	VB vorbeugender Hochwasserschutz	-	-	Ja	Ja
4.4.4	Freiraum	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	G	3	Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll auf einen Rückhalt und verlangsamten Abfluss des Wassers im gesamten Einzugsgebiet der Fließgewässer hingewirkt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen. Dieser für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz wird verbalargumentativ aufgenommen, die Thematik wird zudem im Umweltbericht - Schutzgut Wasser aufgegriffen.	Ja	-
4.4.5	Freiraum	Entsorgung	Abwasserwirtschaft	123	Z	1	Die Standorte der bestehenden Kläranlagen sind im Rahmen der Bauleitplanung zu sichern. Ausgenommen hiervon sind die Standorte von Kläranlagen, die für die Abwasserbehandlung nicht mehr benötigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
4.4.5	Freiraum	Entsorgung	Abwasserwirtschaft	123	G	1	Etwaige Flächenbedarfe für zukünftig erforderliche Modernisierungen oder Erweiterungen an diesen Standorten sollen dabei berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
4.4.5	Freiraum	Entsorgung	Abwasserwirtschaft	123	G	2	Die Abwasserbeseitigung soll so erfolgen, dass von ihr keine nachteiligen Wirkungen auf Oberflächengewässer, Grundwasser oder andere Schutzgüter ausgehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.5.1	Freiraum	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	126	G	1	In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen sollen die landwirtschaftlichen Nutzflächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten und in ihrer natürlichen Beschaffenheit und natürlichen Leistungskraft gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dieser für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz wird verbalargumentativ aufgenommen.	Ja	-
4.5.1	Freiraum	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	126	G	2	In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen sollen die folgenden Flächen, Bereiche bzw. Räume nicht für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden, sofern diese deren agrarwirtschaftliche Bedeutung beeinträchtigen: • agrarstrukturell bedeutsame Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität, die in Beikarte 4J – Landwirtschaft – dargestellt sind; • Bereiche, in denen durch aufwendige agrarstrukturelle Maßnahmen besonders gute agrarstrukturelle Bedingungen geschaffen wurden; • von der Landwirtschaft genutzte Räume, in denen hohe Investitionen der Landbewirtschaftung getätigt wurden.	Ja	Ja	Ja	Agrarstrukturell bedeutsame Flächen	-	-	Ja	Ja
4.5.1	Freiraum	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	126	G	3	In den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen sollen die Kommunen die Bauleitplanung so auf die Vereinbarkeit mit den agrarstrukturellen Belangen abstimmen, dass die Nutzbarkeit der landwirtschaftlichen Betriebsstandorte und der Bestand sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe nicht gefährdet werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
4.5.2	Freiraum	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	129	G	1	Für neue raumbedeutsame Gewächshausanlagen sollen bevorzugt solche Standorte vorgesehen werden, • die eine leistungsfähige Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz entsprechend der am Standort vorgesehenen Produktion aufweisen; • die eine räumliche Zuordnung zu Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) oder zu Bereichen für Gewerbe und Industrie (GIB) aufweisen, wenn ergänzende gewerbliche Nutzungen, wie z.B. Verarbeitung, Logistik und Verwaltung vorgesehen werden, damit diese Nutzungen in dem angrenzenden Siedlungsbereich untergebracht werden können, • an denen die Voraussetzungen für die Nutzung von Abwärme aus benachbarten Betrieben (z.B. Kraftwerken) oder die Nutzung regenerativer Wärmequellen (z.B. Geothermie) gegeben sind; • die außerhalb unzerschnittener Landschaftsräume ab einer Größe von 20 km ² (bzw. 10 km ² entlang der Grenze zu den Niederlanden) gemäß der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume – sowie außerhalb der über die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz hinausgehenden erweiterten Einzugsgebiete der öffentlichen Trinkwassergewinnung gemäß Beikarte 4G – Wasserwirtschaft – liegen und • an denen durch ausreichende Abstände zu den kulturlandschaftlichen Elementen (Beikarte 2B) erhebliche Beeinträchtigungen von Orts- und Landschaftsbildern vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.5.2	Freiraum	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	129	Z	1	Standorte für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit der Zweckbindung raumbedeutsame Gewächshausanlagen sind festgelegt in: - Grevenbroich - Kalkar	Ja	Ja	Ja	Ja	-	-	Ja	Nein
5.1.1	Infrastruktur	Verkehr		135	G	1	Die bestehende Verkehrsinfrastruktur soll erhalten und, soweit erforderlich, bedarfsgerecht sowie unter Berücksichtigung überregionaler Verkehrsbeziehungen umweltverträglich ausgebaut werden, um die räumlichen Voraussetzungen für eine raumverträgliche Mobilität von Personen und Gütern zu gewährleisten. Dabei sollen umweltschonende Verkehrssysteme mit hoher Leistung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit Vorrang haben. Die weiteren Vorgaben zur Sicherung von Verkehrsstrassen bleiben unberührt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.1	Infrastruktur	Verkehr		135	G	2	Die Angebote des öffentlichen Verkehrs sollen so gestaltet sein, dass die zeichnerisch dargestellten Siedlungsräume in angemessener Form an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1.1	Infrastruktur	Verkehr		135	G	3	Bei Planung und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur sollen in überwiegend für Wohnzwecke genutzten Bereichen, insbesondere im Bereich von Allgemeinen Siedlungsbereichen, die Belange der Bevölkerung im Hinblick auf Immissionsschutz berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1.2	Infrastruktur	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	136	G	1	Der Rhein als Bundeswasserstraße soll in seiner Leistungsfähigkeit erhalten und verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1.2	Infrastruktur	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	136	Z	1	Die als Oberflächengewässer mit der Zweckbindung „Ruhehafen“ dargestellten Bereiche (Ruhehäfen) dürfen nur für Ruhe- oder Wartephasen der Güterschifffahrt sowie zu deren Schutz vor Hochwasser auf dem Rhein genutzt werden. Einrichtungen für den Güterumschlag sowie sonstige siedlungsräumliche Nutzungen sind in Ruhehäfen nicht zulässig. Durchfahrten von anderem Schiffsverkehr sind – sofern aufgrund der Art und Intensität der Fremdnutzung eine Vereinbarkeit mit der Ruhehafennutzung hergestellt werden kann – zulässig.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	137	G	1	Um die Voraussetzungen für ein attraktives, vertaktetes Angebot im öffentlichen Personenverkehr und Güterverkehr zu schaffen, soll das Schienennetz sowohl auf den großräumig als auch auf den regional bedeutsamen Schienenstrecken im Planungsraum und im grenzüberschreitenden Schienenverkehr leistungsfähig und bedarfsgerecht erhalten und ausgebaut werden. Engpässe sollen beseitigt und Netzlücken geschlossen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	137	Z	1	Zeichnerische Darstellungen von Schienenwegen als Bestand, Bedarfsplanmaßnahme oder Planung sowie der zugehörigen Bahnhöfe, Haltepunkte und Betriebsflächen haben die Wirkung von Vorranggebieten ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Im Bereich der als Schienenwege dargestellten Trassen und Flächen sowie der in Beikarte 5A dargestellten kommunalen Strecken sind Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau dargestellter Schienenwege unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen. Zwischennutzungen, die dem Erhalt der Trasse dienen, stehen einer schienenverkehrlichen Nutzung nicht entgegen. Dargestellte Trassen, die derzeit nicht für schienenverkehrliche Zwecke genutzt werden, sind so zu sichern, dass sie bei Bedarf für schienenverkehrliche Nutzungen aktiviert oder reaktiviert werden können.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Nein
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	137	Z	2	Im Bereich der als Schienenwege zeichnerisch dargestellten Strecken ist mindestens der Regellichraum für zwei Gleise zuzüglich der erforderlichen Sicherheitsabstände von dem Schienenverkehr entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	G	2	Entlang von Schienenwegen für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sollen Flächen für Erweiterungen der Schienenwege von entgegen stehenden Nutzungen frei gehalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	G	3	Umsetzungsplanungen für Schienenwege für den regionalen, überregionalen oder großräumigen Verkehr – sofern sie sich nicht auf Darstellungen ohne räumliche Festlegung beziehen – sollen auf die dargestellten Trassen ausgerichtet werden. Planung und Linienabstimmung für Schienenwege für den regionalen, überregionalen oder großräumigen Verkehr, deren Darstellung im Regionalplan ohne räumliche Festlegung erfolgt ist, sollen sich an dem jeweils im Regionalplan dargestellten Verlauf orientieren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	Z	3	Bei Veränderungen von Schienenwegen oder der zugehörigen technischen Einrichtungen der kommunalen Netze ist sicher zu stellen, dass auf den für den regionalen Verkehr bedeutsamen Verbindungen weiterhin ein Betrieb möglich ist.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	G	4	Die bestehenden kommunalen Schienennetze sollen erhalten werden. Die in Beikarte 5A – Öffentlicher Personennahverkehr – dargestellten Schienenstrecken sind hierbei besonders bedeutsam für die Andienung des regionalen Netzes.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	G	5	Die an den Schienenwegen dargestellten Haltepunkte sollen entsprechend der vorgesehenen Funktion eingerichtet und angedient werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	G	6	An Haltepunkten des Öffentlichen Personennahverkehrs, die sich aufgrund ihres Einzugsbereiches, der Qualität ihrer Andienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und ihrer Anbindung an das Straßennetz für den Wechsel zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln besonders eignen, sollen Parkeinrichtungen, Fahrradstationen und Umsteigeanlagen vorgesehen werden. Die notwendigen Flächen einschließlich absehbarer Erweiterungen sollen im Rahmen der Bauleitplanung von entgegenstehenden Nutzungen freigehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.3	Infrastruktur	Verkehr	Schienenverkehr	138	Z	4	Planungen oder Maßnahmen, welche die Konkretisierung von Linienverläufen oder den Bau von Schienenwegen auf Grundlage der dargestellten Trassen ohne räumliche Festlegung unmöglich machen oder wesentlich erschweren, sind ausgeschlossen.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Nein
5.1.4	Infrastruktur	Verkehr	Straßenverkehr	142	Z	1	Im Bereich der als Bedarfsplanmaßnahme oder als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen zeichnerisch dargestellten Trassen sind Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau dargestellter Straßen unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen. Die genannten Darstellungen haben die Wirkung von Vorranggebieten ohne die Wirkung von Eignungsgebieten.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
5.1.4	Infrastruktur	Verkehr	Straßenverkehr	142	G	1	Straßenplanungen für den vorwiegend regionalen, überregionalen oder großräumigen Verkehr sollen auf die dargestellten Trassen ausgerichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.4	Infrastruktur	Verkehr	Straßenverkehr	142	Z	2	Planungen oder Maßnahmen, welche die Konkretisierung von Linienverläufen oder den Bau von Straßen auf Grundlage der dargestellten Grobtrassen unmöglich machen oder wesentlich erschweren, sind ausgeschlossen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja
5.1.4	Infrastruktur	Verkehr	Straßenverkehr	143	G	2	Planung und Linienabstimmung für Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr, deren Darstellung im Regionalplan ohne räumliche Festlegung erfolgt ist, sollen sich an dem jeweils im Regionalplan dargestellten Verlauf orientieren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.1.4	Infrastruktur	Verkehr	Straßenverkehr	143	Z	3	Sofern der dargestellte Netzzusammenhang und seine Funktion gewahrt bleiben, steht innerhalb von Siedlungsbereichen die Darstellung von Straßen einer Umstufung oder Verlagerung der Funktion auf eine andere Straße in dem Siedlungsbereich nicht entgegen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.5	Infrastruktur	Verkehr	Luftverkehr	145	G	1	Die Betreiber der Verkehrsflughäfen und Träger öffentlicher Belange sollen eine möglichst sozial- und umweltverträgliche Abwicklung sowie einen Ausgleich von Nutzen und Belastungen des Luftverkehrs in der Region anstreben. Hierzu soll eine leistungsfähige Anbindung der Flughäfen an die Netze des öffentlichen Verkehrs angestrebt werden. Die Betreiber der Verkehrsflughäfen und die Träger öffentlicher Belange sollen sich außerdem für eine leistungsfähige Anbindung des Planungsgebietes Düsseldorf an das Luftverkehrsnetz einsetzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.5	Infrastruktur	Verkehr	Luftverkehr	145	G	2	Die Gewerbeflächen an den Flugplätzen in Düsseldorf, Weeze und Mönchengladbach sollen für flughafenaffines Gewerbe vorgesehen werden.	Ja	Ja	Ja	GIB	-	-	Ja	Nein
5.1.6	Infrastruktur	Verkehr	Radverkehr	146	G	1	Zur Förderung individueller und zugleich umweltfreundlicher Verkehrsmittel sollen die vorhandenen zwischenörtlichen Radwegeverbindungen zu einem lückenlosen Netz für den Alltags- und den Freizeitverkehr entwickelt werden. Das bestehende für den überörtlichen Radverkehr bedeutsame Radwegenetz soll erhalten werden. Auf interkommunalen Verkehrsverbindungen mit überdurchschnittlich hohem Pendlerverkehrsaufkommen soll die Entwicklung von Radschnellwegen mit besonders hohem Ausbaustandard vorangetrieben werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1.6	Infrastruktur	Verkehr	Radverkehr	146	G	2	Bei der Planung eines Neubaus oder eines wesentlichen Umbaus von Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr soll – wenn hierdurch Netzverbindungen hergestellt werden können – die Anlage straßenbegleitender Radwege vorgesehen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.2	Infrastruktur	Versorgung	Transportfernleitungen	149	G	1	Bereiche parallel zu vorhandenen Transportfernleitungen sollen für die Aufnahme weiterer Leitungen freigehalten werden. Neue Planungen und Maßnahmen im Umfeld der Transportfernleitungen sollen entsprechende Erweiterungsoptionen nicht einschränken. Vor allem aber soll die Möglichkeit der Nutzung bestehender Transportfernleitungen nicht durch neue Planungen und Maßnahmen eingeschränkt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird.	Ja	Ja
5.3	Infrastruktur	Entsorgung	Abfallwirtschaft	151	G	1	Planungen für Abfalldeponien sollen auf die zeichnerisch dargestellten Standorte ausgerichtet werden; hierbei soll eine möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.3	Infrastruktur	Entsorgung	Abfallwirtschaft	151	G	2	Bei der Entscheidung über den Standort neuer Abfalldeponien sowie über die Erweiterung bestehender Standorte, soll die Standortwahl so erfolgen, dass Nutzungskonflikte möglichst vermieden und unzumutbare Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.3	Infrastruktur	Entsorgung	Abfallwirtschaft	151	Z	1	Im Rahmen der Bauleitplanung ist sicherzustellen, dass an Standorten für Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden und die außerhalb des zeichnerisch dargestellten Siedlungsbereichs liegen, andere Nutzungen planungsrechtlich ausgeschlossen werden. Nutzungen, die standörtlich den sonstigen Vorgaben der Raumordnung entsprechen, bleiben hiervon unberührt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	154	Z	1	Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Abgrabungsbereiche) sichern die Rohstoffversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Rohstoffbedarfs, der Begrenztheit bestimmter Vorkommen und der dauerhaft-umweltgerechten Raumentwicklung.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	154	Z	2	In den zeichnerisch dargestellten Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) ist deren Abbau zu gewährleisten; die Inanspruchnahme für andere Zwecke ist auszuschließen, soweit sie mit der Rohstoffgewinnung nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	BSAB	-	-	Ja	Ja
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	154	G	1	Im Interesse der haushälterischen Nutzung der Bodenschätze soll die Gewinnung aller Minerale einer Lagerstätte (gebündelte Gewinnung) und die maximale Ausbeutung (z.B. Vertiefung) sichergestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	154	Z	3	Abgrabungen sind nur innerhalb der Abgrabungsbereiche vorzunehmen. Dies gilt auch für Vorhaben, deren Größe weniger als 10 ha beträgt. Denn auch Abgrabungen geringer Größe führen zu einer planlosen Inanspruchnahme von Landschaft, wenn sie außerhalb der Abgrabungskonzentrationszonen erfolgen. Die nachstehenden Sonderregelungen unter Z4 bleiben unberührt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	154	Z	4	<p>Die Regelung nach Z3 steht der Zulassung eines Erweiterungsvorhabens nicht entgegen, sofern alle nachfolgenden Bedingungen a) bis d) erfüllt sind:</p> <p>a) Der Vorhabensbereich schließt an einen im Regionalplan dargestellten BSAB an.</p> <p>b) Durch die Erweiterung sowie eventuelle vorhergehende, über die Grenzen des BSAB hinausgehende Erweiterungen werden insgesamt nicht mehr als 10 ha außerhalb angrenzend an die betreffende BSAB-Darstellung zugelassen. Hierbei sind eventuelle vorhergehende Abgrabungszulassungen nur anzurechnen, sofern deren Zulassungen nach dem 31. Dezember 2006 erfolgten.</p> <p>c) Die geplante Erweiterung wird von einem Unternehmen beantragt, das im Jahr 2006 bereits in dem betreffenden BSAB auf Basis einer entsprechenden Zulassung Rohstoffe gewonnen oder in 2006 in dem betreffenden BSAB eine Abgrabungsverfüllung vorgenommen hat.</p> <p>d) Das Abgrabungsvorhaben liegt nicht ganz oder teilweise in einem gemeldeten EU-Vogelschutzgebiet, einem FFH-Gebiet, einem Bereich mit gemäß Auskunftssystem BK 50 des Geologischen Dienstes NRW besonders schutzwürdigen Böden, einem Bereich von 300 Metern um Wohnräume in im Zusammenhang bebauten Ortsteilen oder – sofern die Gebiete, zu denen Abstand eingehalten werden soll, nach § 30 BauGB zu beurteilen sind – in geschlossenen Ortslagen, einem im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereich (auch GIB), einem Bereich von 300 Metern um ASB, einem Bereich zum Schutz der Natur, einem Bereich für den Grundwasserund Gewässerschutz oder in einem darüber hinausgehenden erweiterten Einzugsgebiet gemäß 4 G – Wasserwirtschaft.</p> <p>In diesen Gebieten und Bereichen sind Abgrabungen jeder Größenordnung nicht zuzulassen, sofern sie nicht in BSAB liegen.</p>	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	155	Z	5	<p>Der Zulassung einer Erweiterung einer in vollem räumlichen Umfang nicht im Regionalplan als BSAB dargestellten Abgrabung, in der im Jahr 2006 auf Basis einer entsprechenden Zulassung vom antragstellenden Unternehmen Rohstoffe gewonnen wurden (oder für die 2006 eine entsprechende Zulassung erteilt wurde) oder in der von antragstellenden Unternehmen im Jahr 2006 eine Abgrabungsverfüllung vorgenommen wurde, steht die Regelung nach Z3 bei Einhaltung aller nachfolgenden Bedingungen nicht entgegen: Voraussetzung dafür ist, dass der Flächenumfang der beantragten Abgrabungserweiterung einschließlich der Fläche eventueller nach dem Stichtag 31. Dezember 2006 bereits erfolgter Erweiterungszulassungen für diese Abgrabung in der Summe 10 ha nicht überschreitet, die vorstehende Bedingung d) erfüllt ist und das Abgrabungsvorhaben an die 2006 aktive (oder 2006 zugelassene) Abgrabung oder den 2006 aktiven Verfüllungsbereich anschließt.</p> <p>Soweit Abgrabungsgenehmigungen bzw. Planfeststellungen oder bergrechtliche Zulassungen bestandskräftig erteilt/ zugelassen worden sind, stehen die Nichtdarstellung als BSAB in diesem Regionalplan und Regionalplandarstellungen im Bereich der BSAB des GEP99 einer rein zeitlichen Verlängerung im Zulassungsverfahren vor Ablauf der Zulassungsfrist für die Gewinnung von Bodenschätzen nicht entgegen, sofern hiermit keine Änderung des räumlich ursprünglich genehmigten Umfanges (Tiefe, Fläche) verbunden ist.</p>	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	155	Z	6	Abgrabungen sind nur unter Beachtung dieses Herrichtungszieles zulässig. Im Einzelnen gilt: - Abgrabungen innerhalb von Flächen des landesweiten und regionalen Biotopverbundsystems sind entsprechend den Zielen des Biotopverbundes vorrangig für den Schutz der Natur oder den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung zu entwickeln. - Die Erhaltung schutzwürdiger Landschaftsbestandteile und Strukturen ist bei der Abbauplanung zu berücksichtigen. - Über die Herrichtung hinaus notwendige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind bevorzugt innerhalb der Flächen des Biotopverbundsystems vorzusehen. - Abgrabungen in besonders bedeutsamen Gewässerauen sowie in Bereichen zur Neuschaffung von überfluteten Auen sind den Zielen der Auenentwicklung unterzuordnen, Abbau und Folgefunktion müssen den Erhalt und die Schaffung von autotypischen Strukturen gewährleisten. - Im Nahbereich von Siedlungen sind Abgrabungen, die ebenfalls Biotopverbundfunktionen haben, unter Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungsziele ggf. für die landschaftliche Erholung zu entwickeln. - Freizeit- und Erholungsanlagen in Zusammenhang mit Abgrabungsgewässern sind nur zulässig, wenn die Raum- und Umweltverträglichkeit gegeben ist. Für Abgrabungsvorhaben für Kies-/Sandgewinnung bzw. Tongewinnung in den europäischen Vogelschutzgebieten "Unterer Niederrhein" sowie "Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg" und sonstige Abgrabungsvorhaben für Kies-/Sandgewinnung bzw. Tongewinnung, die eines dieser Gebiete einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten und Plänen erheblich beeinträchtigen könnten, ist in dem jeweiligen Zulassungsverfahren neben dem erforderlichen Nachweis der Zulässigkeit eine den ökologischen Erfordernissen der Vogelschutzgebiete entsprechende Rekultivierung sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
							Bei Abgrabungsvorhaben in BSAB im europäischen Vogelschutzgebiet "Unterer Niederrhein" und bei sonstigen Rohstoffabgrabungen, die dieses Vogelschutzgebiet einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten und Plänen erheblich beeinträchtigen können, ist in dem jeweiligen Zulassungsverfahren sicherzustellen, dass die gesicherten Gänseäsungsmöglichkeiten am Unteren Niederrhein durch die Vorhabenzulassung nicht verringert werden.								
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	156	Z	7	Die Braunkohlegewinnung erfolgt innerhalb der in den verbindlichen Braunkohlenplänen Frimmersdorf und Garzweiler II festgesetzten Abbaugrenzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.4.1	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	156	Z	8	Die in der Beikarte 5C – Rohstoffe – abgebildeten Sondierungsbereiche für künftige BSAB nehmen in Bezug auf die durch die BSAB erfolgte langfristige Sicherung und Ordnung der Lagerstätten im Sinne des Landesentwicklungsplans NRW eine ergänzende Funktion wahr. Fortschreibungen der BSAB erfolgen auf der Grundlage der Beikarte 5C – Rohstoffe. Die Inanspruchnahme der Sondierungsbereiche für andere raumbedeutsame Nutzungen, Planungen und Maßnahmen ist unzulässig, sofern diese mit einer potenziellen künftigen Nutzung der Lagerstätte nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Sondierungsbereiche für künftige BSAB	-	-	Ja	Ja
5.4.2	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	162	G	1	Die Erschließung von Lagerstätten von fossilen Energieträgern und Salzen soll raum-, natur-, und landschaftsverträglich erfolgen und auf die Belange von Land- und Forstwirtschaft Rücksicht nehmen. Insbesondere sollen Gefahren für die Bevölkerung vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4.2	Infrastruktur	Rohstoffe	Rohstoffabbau	162	G	2	Auf eine Nutzung unkonventioneller Erdgasvorkommen soll verzichtet werden, sofern Mensch, Natur und Landschaft dadurch erheblichen Risiken ausgesetzt werden oder erheblich beeinträchtigt werden könnten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.5.1	Infrastruktur	Erneuerbare Energie	Windenergie	164	Z	1	Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen für raumbedeutsame Windkraftvorhaben außerhalb der im Regionalplan dargestellten Windenergiebereiche sind in folgenden Bereichen nicht zulässig: - Bereichen für den Schutz der Natur (BSN), - Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) – ohne ASB für zweckgebundene Nutzungen. Dies gilt nicht für bereits in Bauleitplänen für die Windenergienutzung vorgesehene Bereiche.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
5.5.2	Infrastruktur	Erneuerbare Energie	Solarenergie	165	Z	1	Standorte für raumbedeutsame und – wenn es sich um Standorte im Außenbereich handelt – zugleich nicht nach § 35 Abs. 1 BauGB privilegierte Solarenergieanlagen sind außerhalb der folgenden Bereiche nicht vorzusehen: - gewerbliche, industrielle, bergbauliche, verkehrliche und wohnungsbauliche Brachflächen, - baulich geprägte militärische Konversionsflächen, - Aufschüttungen, - Bereiche in einer Entfernung von bis zu 150 Metern zu bestehenden und zugleich jeweils im Regionalplan dargestellten Bundesfernstraßen und Schienenwegen. Nach Ziel 10.2-1 des LEP zu sichernde Standorte bleiben von Z1 und Z2 unberührt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.5.2	Infrastruktur	Erneuerbare Energie	Solarenergie	165	Z	2	Nach Z1 mögliche Planungen oder Vorhaben dürfen nicht in Bereichen mit besonders schutzwürdigen Böden liegen. Ausgenommen davon sind Vorhaben im Bereich von Halden, Aufschüttungen und Deponien, sofern die Anlagen die besonders schutzwürdigen Böden nicht berühren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.2	Infrastruktur	Erneuerbare Energie	Solarenergie	165	Z	3	Vorgaben des Regionalplans in den Kapiteln 3.1.1, 3.1.2, 3.3.1 und 4.5.1 gelten für solche Solarenergieanlagenplanungen und -vorhaben nicht, die mit den vorstehenden Zielen Z1 und Z2 vereinbar sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.5.2	Infrastruktur	Erneuerbare Energie	Solarenergie	166	G	1	In der Gesamtfläche der nach den vorstehenden Regelungen dieses Kapitels nicht ausgeschlossenen Bereiche sollen in der Bauleitplanung – soweit andere Erfordernisse der Raumordnung nicht entgegenstehen – auf geeigneten Standorten Möglichkeiten geschaffen werden, raumbedeutsame Solarenergieanlagen zuzulassen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die kommunale Bauleitplanung	-	-
5.5.3	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	168	G	1	Sofern beabsichtigt ist, Standorte im Siedlungsraum oder in Ortsteilen bauleitplanerisch für raumbedeutsame Biomasseanlagen zu sichern, sollen dafür bevorzugt GIB oder Industriegebiete genutzt werden. Dies gilt insbesondere für Anlagen, von denen erhebliche Emissionen ausgehen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.4	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	168	G	1	In Bereichen, in denen eine Wasserkraftnutzung raum- und naturverträglich möglich ist, sollen die räumlichen Voraussetzungen für eine solche Nutzung – einschließlich Pumpspeicherkraftwerken – geschaffen und vorhandene Anlagenstandorte erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.5	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	168	G	2	In Bereichen, in denen dies raum- und umweltverträglich realisierbar ist und keine erheblichen Risiken für Raum und Umwelt bestehen, sollen die räumlichen Voraussetzungen für eine Geothermienutzung geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.6	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	169	Z	1	Standorte für neue raumbedeutsame Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie mittels der Verbrennung überwiegend fossiler Energieträger sind nicht außerhalb der dargestellten „Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“ ohne Zweckbindung und solchen mit der Zweckbindung „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ vorzusehen, sofern mit diesen Anlagen erhebliche Belästigungen verbunden sind. Standorte, auf denen bestehende Bauleitplanfestsetzungen und -darstellungen entsprechende Kraftwerksnutzungen ermöglichen, bleiben davon unberührt.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.6	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	169	G	1	Soweit raumbedeutsame Erweiterungen, Ausbaumaßnahmen und Neuplanungen für Kraftwerke mit Verbrennungstechnik beabsichtigt sind, sollen diese Vorhaben an Standorten erfolgen, an denen auch ein Wärmeabnahmepotenzial gegeben ist. Bei der Durchführung der entsprechenden Vorhaben soll Wärmeauskopplung und die Einbeziehung in Fernwärmesysteme ermöglicht werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Braunkohlekraftwerksvorhaben, die in räumlicher Zuordnung zu korrespondierenden Lagerstätten realisiert werden oder wurden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.6	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	169	G	2	Es sollen die planerischen Voraussetzungen dafür geschaffen oder – falls bereits vorhanden – erhalten werden, dass Kraftwerksstandorte mit Altanlagen, die deutlich hinter bei Neuvorhaben üblichen Energieeffizienzgraden zurückbleiben, modernisiert oder durch neue, umweltverträgliche und ressourcenschonende Kraftwerke ersetzt werden können.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.5.6	Infrastruktur	Energieversorgung	Sonstige Einrichtungen der Energieversorgung	169	G	3	Soweit lokal vorhanden sollen für Kraftwerksneuplanungen und -kapazitätserweiterungen bevorzugt geeignete existierende Kraftwerksstandorte genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Im Regionalplan Düsseldorf sind auch Vorranggebiete und damit Ziele der Raumordnung enthalten für die es keine weiteren textlichen Festlegungen gibt. "Soweit nachstehend die Gebietskategorien Vorranggebiete, Eignungsgebiete und Vorbehaltsgebiete genannt und verwendet werden, sind damit die Kategorien gemäß § 8 Abs. 7 ROG [sic] gemeint." (Regionalplan Düsseldorf S. 266) Im Folgenden werden die Vorranggebiete genannt, die durch Festlegungen im Text des Regionalplans nicht erfasst wurden:

8.1	Siedlungsraum	Siedlungsentwicklung	Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)	266			ASB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	ASB	-	-	Ja	Ja
8.1	Siedlungsraum	Siedlungsentwicklung	ASB für zweckgebundene Nutzungen	266			ASB für zweckgebundene Nutzungen sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	ASB-Z	-	-	Ja	Ja
8.1	Siedlungsraum	Siedlungsentwicklung	Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)	267			GIB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	GIB	-	-	Ja	Nein
8.1	Siedlungsraum	Siedlungsentwicklung	Bereiche für flächenintensive Großvorhaben	267			Bereiche für flächenintensive Großvorhaben sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	GIB-G	-	-	Ja	Nein
8.1	Siedlungsraum	Siedlungsentwicklung	GIB für zweckgebundene Nutzungen	267			GIB für zweckgebundene Nutzungen sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	GIB-Z	-	-	Ja	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel- Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
8.1	Freiraum	Freiraumschutz	Waldbereiche	268	Z		Waldbereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Waldbereiche	-	-	Ja	Ja
8.1	Freiraum	Freiraumschutz	Oberflächengewässer	268	Z		Oberflächengewässer sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Nein	-	-	-	Punktuelle Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raum-bedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen. Die Thematik wird zudem im Umweltbericht Schutzgut Wasser aufgegriffen.	Nein	-
8.1	Freiraum	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	269	Z		Überschwemmungsbereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Überschwemmungsbereiche	-	-	Ja	Ja
8	Freiraum	Freiraumschutz	Windenergie	270	Z		Windenergiebereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Windenergiebereiche	-	-	Ja	Ja
8	Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	Wasserstraßen	203	Z		Wasserstraßen (unter Angabe der Güterumschlagshäfen) sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Wasserstraßen	-	-	Ja	Nein
8	Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	Flugplätze	203	Z		Flugplätze sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.	Ja	Ja	Ja	Flugplätze	-	-	Ja	Nein

C.1.1.3

REGIONALPLAN FÜR DEN
REGIERUNGSBEZIRK KÖLN
- TEILABSCHNITT REGION KÖLN

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
B 1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	12	Z	1	Im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung und zur Verwirklichung der landesplanerisch angestrebten Schwerpunktbildung soll sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden auf den Flächen vollziehen, die im Regionalplan als Siedlungsbereiche dargestellt sind. Innerhalb der Siedlungsbereiche soll sich die gemeindliche Siedlungstätigkeit vorrangig auf Siedlungsschwerpunkte ausrichten.	Ja	Ja	Ja	Allgemeine Siedlungsbereic- he (ASB)	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	Ja	Nein	Abs. C
B 1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	12	Z	2	Siedlungsbereiche dürfen durch die Darstellung und Festsetzung von Bauflächen bzw. Baugebieten in der Bauleitplanung jeweils nur soweit in Anspruch genommen werden, wie es der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung i.S. der §§ 1 und 1a BauGB entspricht. Neue Bauflächen sind, soweit nicht siedlungsstrukturelle oder ökologische Belange entgegenstehen, an vorhandene Siedlungen anzuschließen. Die erneute Nutzung ehemals bebauter Bereiche sowie die Schließung von Baulücken hat Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen. Kleinteilige schutzwürdige Lebensräume, Wald und Freiflächen, die erhalten, geschützt und entwickelt werden sollen, sind in der nachfolgenden Planung zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B 1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	12	Z	3	Außerhalb der Siedlungsbereiche dürfen neue Siedlungsansätze und bandartige bauliche Entwicklungen entlang von Verkehrswegen nicht geplant werden. Streu und Splittersiedlungen dürfen nicht erweitert werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.2.1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	14	Z	1	In der Bauleitplanung dürfen Sondergebiete für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige Handelsbetriebe im Sinne von § 11 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) nur in Allgemeinen Siedlungsbereichen geplant werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.2.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	15	Z	1	(Stadt Köln) Bei der Inanspruchnahme der ASB-Erweiterung am Bahnhof Porz-Wahn sind die dort vorhandenen und geplanten Schienenstrecken und die vom Zugbetrieb ausgehenden bzw. zu erwartenden Immissionen zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.2.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	15	Z	2	(Rhein-Erft-Kreis) Die für die Stadtentwicklung der Stadt Erftstadt notwendigen gewerblichen Bauflächen sollen vornehmlich innerhalb der ASB Lechenich und Liblar untergebracht werden.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	nicht im U-Raum
B.2.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	15	Z	4	(Rheinisch-Bergischer Kreis) Im ASB Eikamp der Gemeinde Odenthal sollen die südlich der B 506 gelegenen Flächen einer wohnsiedlungsverträglichen gewerblichen Entwicklung dienen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.2.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	15	Z	5	(Oberbergischer Kreis) Bei der städtebaulichen Entwicklung der ASB Schnellenbach und Wallefeld (Gemeinde Engelskirchen) sind ein Zusammenwachsen der einzelnen Ortschaften zu verhindern und die vorhandenen Streuobstwiesen sowie die Flächen der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.2.3	Siedlungsraum	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	16	Z	1	(Stadt Köln und Rhein-Erft-Kreis) Die ASB mit Zweckbindung Köln-Longerich und Kerpen sollen ausschließlich der vorhandenen militärischen Nutzung dienen.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B.2.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	16	Z	2	(Rhein-Erft-Kreis) Der ASB mit Zweckbindung Brühl „Am Palmersdorfer Hof“ soll ausschließlich einer Nutzung für polizeiliche Zwecke vorbehalten bleiben.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B.2.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	16	Z	3	(Oberbergischer Kreis) Der ASB mit Zweckbindung Marienheide-Winkel soll der Unterbringung von Einrichtungen für sportliche oder medizinisch-therapeutische Zwecke vorbehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.2.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	16	Z	4	(Rhein-Erft-Kreis und Oberbergischer Kreis) Als ASB mit Zweckbindung für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen sind dargestellt und sollen der vorhandenen speziellen Nutzung vorbehalten bleiben: - Hückeswagen/Bevertalsperre - Marienheide/Lingesetalsperre - Marienheide/Bruchertalsperre - Gummersbach/Aggertalsperre.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B.2.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick- lung	16	Z	5	(Rhein-Erft-Kreis) Der ASB m.Z. in der Stadt Brühl südlich von Brühl-Badorf dient ausschließlich der Nutzung durch den vorhandenen Freizeitpark. Die bei Umsetzung der Erweiterungsmöglichkeiten im westlichen Teil des ASB m.Z. verursachten Waldverluste sind durch möglichst zusammenhängende Ersatzaufforstungen in räumlich-funktionalem Zusammenhang zu den betroffenen Ville-Waldflächen zu kompensieren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	17	Z	1	In GIB ist die Ansiedlung oder wesentliche Erweiterung von Handelsbetrieben im Sinne von § 11 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung bauleitplanerisch auszuschließen. Zum Zweck der Eingrenzung bereits bestehender solcher Betriebe ist ausnahmsweise die Festsetzung von Sondergebieten in der Bauleitplanung möglich - einschließlich ggf. zur Bestandssicherung notwendiger geringfügiger Erweiterungen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	17	Z	2	Bevor neue gewerbliche Bauflächen bauleitplanerisch in Angriff genommen werden, haben die Gemeinden zu prüfen, ob bereits über einen längeren Zeitraum dargestellte unternehmensgebundene und daher nicht verfügbare Baulandreserven den aktuellen Standortanforderungen der Unternehmen noch entsprechen und eine Entlassung aus der Unternehmensbindung erreicht werden kann. Die Mobilisierung brachliegender und ungenutzter Grundstücke hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiraum (vgl. LEP NRW Kap. C.II. Ziele 2.2 und 2.3).	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich um eine Festlegung, die keine ausreichende Abwägung erfahren hat und damit im Rechtssinne kein verbindliches Ziel der Raumordnung darstellt.	-	-	
B.3.1	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	17	Z	3	Grenzen GIB und ASB aneinander, so ist durch geeignete Maßnahmen insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung innerhalb der GIB sicherzustellen, dass Belästigungen im ASB nicht neu entstehen. Vorhandene Belästigungen sollen soweit wie möglich verringert werden.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
B.3.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	19	Z	1	(Stadt Köln) Innerhalb der GIB Köln-Niehl soll den hafenwirtschaftlichen Nutzungen Vorrang eingeräumt werden (s. auch Kap. E.2.2).	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B.3.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	19	Z	2	(Stadt Köln und Rhein-Erft-Kreis) Die zweckgebundenen GIB bei Köln-Gremberghoven und Bergheim-Rheidt dienen ausschließlich der Sicherung der vorhandenen Umspannwerke.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	19	Z	3	(Oberbergischer Kreis) Die Erweiterung des GIB Reichshof-Wehnrath nördlich der Autobahn A 4 ist interkommunal von der Gemeinde Reichshof und der Stadt Bergneustadt zu planen und umzusetzen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.3.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	19	Z	4	(Oberbergischer Kreis) Die Erweiterungen des GIB Lindlar-Horpe in Richtung Weyer und in Richtung Fenke sind interkommunal von den Gemeinden Lindlar und Engelskirchen zu planen und umzusetzen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.3.2	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	19	Z	5	(Oberbergischer Kreis) Der GIB Hückeswagen-Winterhagen-Scheideweg der Stadt Hückeswagen und der GIB Bergisch-Born der Stadt Remscheid sind interkommunal von den Städten Hückeswagen, Remscheid und Wermelskirchen zu planen und umzusetzen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.3.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	20	Z	1	(Stadt Köln) Der zweckgebundene GIB in Merkenich dient ausschließlich der Sicherung des vorhandenen Kraftwerkes und seiner einschlägigen Nebenbetriebe.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.3	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	20			(Rhein-Erft-Kreis) Der in der Stadt Bergheim nördlich des Ortsteils Niederaußem dargestellte Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen mit dem Symbol „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ dient der Sicherung als Standort für ein Braunkohlekraftwerk. Für den Kraftwerksstandort Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Niederaußem ist bei Realisierung eines Kraftwerksneubauvorhabens eine dauerhafte Kapazitätsobergrenze der Feuerungswärmeleistung von 9.300 MW thermisch einzuhalten	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
B.3.4	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	22	Z	1	Der Flächenbedarf der zeichnerisch dargestellten Abfallbehandlungsanlagen einschließlich ausreichender Flächen zur landschaftlichen Einbindung und die Erfordernisse des Immissionsschutzes sind bei raumbeanspruchenden Planungen und Maßnahmen zu beachten.	Ja	Nein	-	-	-	Nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sind über den heutigen bekannten Rahmen der Drehstromfreileitungen hinausgehende Auswirkungen auf Entsorgungsanlagen nicht zu erwarten, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Anlagen errichtet bzw. die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	Nein	-	?
B.3.4	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	22	Z	2	Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sollen auf Flächen geplant werden, die in der Bauleitplanung als gewerbliche Bauflächen dargestellt sind.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
B.3.4	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	22	Z	3	Der Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich für das Verwertungszentrum in Erftstadt (Regionalplan-Nr.: Z1.1) dient ausschließlich der Ansiedlung von Betrieben für abfallwirtschaftliche Zwecke. Zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des GIB (Querung des Knapsacker Grabens) sind die Erhaltung der betroffenen Biotopverbundfunktion und die Durchlässigkeit des Erholungserlebnisses zu gewährleisten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.5	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	24	Z	1	Innerhalb des GIB für flächenintensive Großvorhaben „Bergheim/Elsdorf“ sollen die nach Landschaftsgesetz notwendigen Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz räumlich auf die Teile konzentriert werden, die dem Allgemeinen Siedlungsbereich Elsdorf sowie den Orten Glesch und Paffendorf der Stadt Bergheim am nächsten liegen. Die öffentlichen Planungsträger haben alle Planungen und Maßnahmen in den angrenzenden Bereichen zu unterlassen, durch welche die Verwirklichung der Planung unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert wird. Bestehende Baurechte sind davon nicht betroffen.	Ja	Ja	Ja	GIB für flächenintensive Großvorhaben	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	1	(Stadt Köln) Der zweckgebundene GIB „Köln-Eifeltr“ dient ausschließlich der Errichtung des Güterverkehrszentrums Köln (s. auch Kap. E.2.2).	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	2	(Stadt Köln) Der zweckgebundene GIB „Hafen-Godorf“ dient als Teil des Güterverkehrszentrums Köln der Unterbringung von Umschlaganlagen für den kombinierten Verkehr Schiene/Straße/Wasserstraße (s. auch Kap. E.2.2).	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3	(Rhein-Erft-Kreis) Der zweckgebundene GIB Bergheim dient der langfristigen Standortsicherung des dort vorhandenen Betriebes der chemischen Industrie.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	4	(Oberbergischer Kreis) Der zweckgebundene GIB Zentraldeponie Leppa dient ausschließlich der Standortsicherung und Ansiedlung von Betrieben, die in den Bereichen der Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft tätig sind. Der Betrieb der Abfalldeponie D 1.11 (vgl. Kap. D.2.3 `Abfalldeponien`) einschließlich Stilllegungs- und Nachsorgephase bleibt von der GIB-Darstellung unberührt.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	5	(Rhein-Erft-Kreis) Der zweckgebundene GIB terra nova dient vorrangig Unternehmensansiedlungen im Bereich der Energietechnologien. Der GIB ist interkommunal von den Städten Bedburg, Bergheim und Elsdorf zu planen und umzusetzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
B.3.6	Siedlungsraum	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	6	(Rhein-Erft-Kreis) Der zweckgebundene GIB „Autohof Elsdorf“ dient ausschließlich der Errichtung eines Autohofs. Als eine der wesentlichen Funktionen des Autohofs ist bei der Umsetzung der Planung die Bereitstellung zusätzlicher Stellplätze vorzusehen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6				vgl. Kap. 6.1.4.6			
C	Denkmalschutz	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft	27	Z	1	Allgemeine Ziele des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind - Erhaltung und Pflege der Baudenkmäler, Denkmalbereiche auch des Verkehrs und der Versorgung im Sinne von § 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG) und Bewahrung und Berücksichtigung ihrer baulichen, nutzungsbedingten und orts- oder landschaftsgestalterischen historischen Eigenarten sowie räumlichen Einbindungen bei nachfolgenden Planungen; - Erhaltung und Pflege der regionaltypischen, charakteristischen und identitätsstiftenden Siedlungsformen, -grundrisse und Ortsbilder und Bedeutungsinhalte sowie bedeutungsrelevanter Freiräume (z.B. Garten-, Friedhofs- und Parkanlagen oder Wirtschaftsgärten und Obstwiesen); - Erhaltung, Pflege und Entwicklung regionaltypischer und identitätsstiftender wertvoller Kulturlandschaftsbereiche; - Erhaltung von Sichtbezügen und orts-, stadt- oder landschaftsbildprägenden Eigenschaften.	Ja	Ja	Nein	-	-	Hierbei handelt es sich um eine Festlegung, die keine ausreichende Abwägung erfahren hat und damit im Rechtssinne kein verbindliches Ziel der Raumordnung darstellt. Die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen	Nein	-	
C	Denkmalschutz	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft	27	Z	2	Allgemeines Ziel der Bodendenkmalpflege ist der Schutz und der Erhalt der archäologischen Inhalte der Kulturlandschaft.	Ja	Ja	Nein	-	-	Hierbei handelt es sich um eine Festlegung, die keine ausreichende Abwägung erfahren hat und damit im Rechtssinne kein verbindliches Ziel der Raumordnung darstellt. Die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen	Nein	-	
D.1.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Freiraumverbund	31	Z	1	Die Regionalen Grünzüge sind als wesentliche Bestandteile des regionalen Freifächensystems im Sinne der notwendigen Ausgleichsfunktionen insbesondere in den Verdichtungsgebieten gegen die Inanspruchnahme für Siedlungszwecke besonders zu schützen. Sie sind in der Bauleit- und Fachplanung durch lokal bedeutsame Freiflächen zu ergänzen und zur Herstellung ihrer Durchgängigkeit untereinander zu vernetzen. Zur Verbesserung der Umweltbedingungen ist hierbei insbesondere auf die zusammenhängende Verbindungsfunktion des NWSE verlaufenden Grünzuges am Rhein entlang hinzuwirken, an den sich rechtsrheinisch die in das Bergische orientierten und linksrheinisch die in die Börde auslaufenden Grünzüge anschließen. Die Durchgängigkeit der Regionalen Grünzüge zum ländlichen Freiraum ist zu gewährleisten.	Ja	Ja	Ja	Regionale Grünzüge	-		Ja	Nein	
D.1.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Freiraumverbund	31	Z	2	Die Regionalen Grünzüge sollen insbesondere die siedlungsräumliche Gliederung, den klimaökologischen Ausgleich, die Biotoperhaltung und -vernetzung sowie die freiraumgebundene Erholung sichern. Sie sind ihrer Zweckbestimmung entsprechend zu erhalten und zu entwickeln. Neue Planungen und Maßnahmen, die diese Aufgaben und Funktionen beeinträchtigen, sind auszuschließen. In begründeten Ausnahmefällen können Einrichtungen der Infrastruktur und Nutzungen, die von der Sache her ihren Standort im Freiraum haben und nicht außerhalb des Regionalen Grünzuges verwirklicht werden können, auch in Regionalen Grünzügen unter Beachtung der entsprechenden Ziele vorgesehen werden.	Ja	Ja	Ja	Regionale Grünzüge	-		Ja	Nein	
D.1.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Freiraumverbund	31	Z	3	Die Regionalen Grünzüge sollen durch eine qualitative, ökologische Aufwertung des Freiraumes, den Wiederaufbau von zerstörter oder beeinträchtigter Landschaft sowie durch die Verknüpfung vorhandener ökologischer Potenziale entwickelt und verbessert werden. Ein Verbund der innerörtlichen Grünflächen mit den Grünzügen ist im Rahmen der Bauleitplanung anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	-	-	?
D.1.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	36	Z	1	In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen soll die landwirtschaftliche Nutzungsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen erhalten werden; den allgemeinen Anforderungen der Landschaftsentwicklung und des Bodenschutzes ist dabei Rechnung zu tragen. In den Bereichsteilen mit besonders guten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen ist die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für andere Nutzungen nur bei unabweisbarem Bedarf möglich	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung und wird somit verbal-argumentativ in die Betrachtung aufgenommen	Ja	Ja	
D.1.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	37	Z	2	In den Agrarbereichen mit spezialisierter Intensivnutzung ist die Inanspruchnahme der entsprechend genutzten Flächen für andere Nutzungen auszuschließen.	Ja	Ja	Ja	Ja		Gemäß Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln am 07.10.20 sind die Flächen als Grundsatz, d.h. Vorbehaltsgebiet aufzunehmen	Ja	Nein	
D.1.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	37	Z	3	In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen sind die Arbeits- und Produktionsbedingungen der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe zu erhalten und der fortschreitenden Entwicklung anzupassen, so dass sie eine gleichermaßen ökonomisch wie ökologisch orientierte, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Landwirtschaft ermöglichen. Vorrangiges Ziel sollte es sein, die existenz- und entwicklungsfähigen Betriebe im Plangebiet zu erhalten, zu entwickeln und zu fördern, um die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes im Spannungsfeld der vielfältigen Raumansprüche sicherzustellen. Soweit die Landwirtschaft durch das Erfordernis der Erhaltung der Kulturlandschaft, ihrer Erholungseignung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unzumutbare wirtschaftliche Nachteile hinnehmen oder die Landwirtschaft aus diesen Gründen aufgegeben werden muss, bedarf es eines Ausgleichs entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Zur Überwindung ökonomischer und ökologischer Konflikte sollte auch der Weg der Kooperation gesucht werden.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.1.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	37	Z	4	In den im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich gelegenen dörflich geprägten Orten bzw. Ortsteilen sind bei der Bauleitplanung solche Darstellungen bzw. Festsetzungen zu vermeiden, die die Funktionsfähigkeit bzw. Entwicklungsmöglichkeit leistungs- und konkurrenzfähiger landwirtschaftlicher Betriebe an ihrem Standort beeinträchtigen.	Nein	-	-	-		Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	40	Z	1	In den dargestellten Waldbereichen ist der Wald sowohl zum Zwecke der Holzproduktion als auch zur Erzielung seiner ökologischen und sozialen Wohlfahrtswirkungen für die Umwelt (Schutz- und Erholungsfunktion) nach Maßgabe dieses Planes zu erhalten und je nach überwiegender Funktion standortgemäß bzw. naturgemäß und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet zu bewirtschaften, zu sichern und zu entwickeln. In den walddarmen Gebieten ist in den dargestellten Waldbereichen eine Waldvermehrung verstärkt anzustreben, soweit dies nicht zu einer Beeinträchtigung anderer ökologisch wertvoller Biotope, des Landschaftsbildes oder landschaftstypischer offener Talbereiche, zu einer Behinderung von Pflegezielen oder zu einer Verschlechterung der luft- und klimahygienischen Situation in den Siedlungen führen würde oder durch andere Ziele ausgeschlossen ist. Auch außerhalb der zeichnerisch dargestellten Waldbereiche ist - insbesondere in walddarmen Gebieten - auf eine Waldvermehrung nach Maßgabe der Einschränkungen von Satz 2 hinzuwirken. Bei Anlage, Pflege, Nutzung und Verjüngung der Waldbestände sollen Verfahren des Waldbaus, der Holzernte, der Kulturtechnik und des Forstschatzes angestrebt werden, die die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes und seine Funktion als Lebensraum für eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt sicherstellen. Ziel im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Schaffung, Erhaltung und Bewirtschaftung ökologisch stabiler und leistungsstarker Wälder, die ihre vielfältigen Funktionen auf Dauer erfüllen können.	Ja	Ja	Ja	Waldbereiche	-	-	Ja	Nein	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	41	Z	2	Waldbiete dürfen nur für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebten Nutzungen nicht außerhalb des Waldes realisierbar sind und der Eingriff in den Wald auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird (LEP NRW Kap. B.III., Ziel 3.21, Satz 2). Funktionsverluste müssen nach Maßgabe des Zieles 4 ersetzt werden.	Ja	Ja	Ja	Waldbereiche	-	-	Ja	Nein	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	41	Z	3	Bei Waldbereichen innerhalb von Bereichen für den Schutz der Natur haben die Ziele zum Schutz der Natur Vorrang. In Waldbereichen mit Freiraumfunktionen (Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge, Grundwasser- und Gewässerschutz) sind die dafür dargestellten Ziele bei der Bewirtschaftung zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	41	Z	4	Ersatzaufforstungen müssen nach Standort, Art, Umfang und Zeitrahmen das eingetretene bzw. zu erwartende Funktionsdefizit kompensieren. Besonders strenge Maßstäbe sind dabei in den walдарmen Regionen anzulegen sowie dort, wo das Verhältnis Waldfläche pro Einwohner besonders ungünstig ist. Hinsichtlich der Beschränkungen bei der Wahl des Standortes wird auf Ziel 1 verwiesen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	41	Z	5	Bei geplanten Neuanlagen von Wald in Agrarbereichen sind dessen für den Naturhaushalt positive Wirkungen mit den Belangen der Landwirtschaft abzuwägen. Die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Nutzung und die Entwicklungsperspektive der betroffenen Betriebe sind dabei zu beachten. Die Neuanlage von Wald ist auszuschließen, wenn den positiven Wirkungen des Waldes unzumutbare und nachhaltige Beeinträchtigungen der bestimmungsgemäßen Nutzung der Agrarbereiche gegenüberstehen. Im Übrigen ist die Neuanlage von Wald in Agrarbereichen in dem durch Ziel 3 Kapitel D.1.2 gegebenen Rahmen möglich, insbesondere, wenn sie zu einer Bereicherung und Stabilisierung des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes oder zur Steigerung der Artenvielfalt beiträgt.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	41	Z	6	In den Teilen der Waldbereiche, die von besonderer forstwissenschaftlicher Bedeutung sind, ist die Walderhaltung sowie die Sicherung der jeweiligen Funktion als Voraussetzung für die forstwissenschaftliche Arbeit zu gewährleisten. Waldumwandlungen sind hier unzulässig.	Ja	Ja	Ja	Nein		Nicht (ausreichend) räumlich verortet	Nein	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	44	Z	7	In den Realteilungsgebieten des Bergischen Landes ist die Aktivität der forstlichen Zusammenschlüsse zu intensivieren mit dem Ziel, unter den Waldbesitzern durch gemeinsame freiwillige forstliche Aktionen und unter gegenseitiger Abstimmung die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen zu verbessern, insbesondere die Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzersplitterung, unzureichenden Waldaufschlusses und anderer Strukturmängel zu überwinden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	44	Z	8	Große Teile der Waldgebiete des Bergischen Landes sollen besondere Freiraum und Erholungsfunktionen erfüllen und als Regenerationsraum vor allem für die Ballungsgebiete dienen. In Zukunft müssen daher die Freiraum- und Erholungsfunktionen gestärkt und gefördert werden. Dazu dienen eine Bewirtschaftung nach dem Programm „Wald 2000“ sowie das Waldbiotopschutzprogramm des Landes, die eine naturverträgliche, nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes zum Ziel haben. Insbesondere ist sicherzustellen, - dass der Umbau von Nadelholz- zu Laubholzbeständen gefördert wird, - dass die Bewirtschaftung der Laubholzbestände naturverträglich erfolgt (keine Kahlschläge, Vorrang der Naturverjüngung, keine Pestizide, Sicherung von Totholz, Festlegung von Bereichen, die nicht genutzt werden), - dass Standorte gefährdeter Waldgesellschaften vorrangig in standortheimische Vegetation überführt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	44	Z	9	Vor allem in den Waldgebieten der Wuchsbezirke Bergische Hochflächen und Oberbergisches Land soll eine nachhaltige, mengenmäßig möglichst hohe Erzeugung von hochwertigem Holz sichergestellt werden, soweit nicht Schutz oder Erholungsfunktionen nach Maßgabe dieses Plans Einschränkungen erfordern.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	44	Z	10	In den Waldbereichen des Bergischen Landes ist langfristig stellenweise eine Erhöhung des Laubholzanteils anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.1.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft / Naturschutz	45	Z	11	In den Waldbereichen der Region Köln ist ein waldbaulich vertretbarer, artenreicher und gesunder Wildbestand anzustreben. Dabei soll das Schalenwild erforderlichenfalls soweit reduziert werden, dass die angestrebte Erhöhung des Laubholzanteils ohne Forstschutzaufwendungen realisiert werden kann.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.1.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Gewässerschutz	48	Z	1	Die zeichnerisch als Oberflächengewässer dargestellten Talsperren sind entsprechend der angegebenen wasserwirtschaftlichen Zweckbestimmung (H = Hochwasserschutz, K = Krafterzeugung, N = Niedrigwasseraufhöhung, T = Trinkwasserentnahme) zu sichern und vor vermeidbaren Beeinträchtigungen zu schützen.	Ja	Ja	Ja	Talsperre (Hochwassersch utz)	-		Ja	Nein	
D.1.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Gewässerschutz	48	Z	2	Natürlich ausgeprägte Fließgewässer sind im Hinblick auf einen ausgewogenen Wasserhaushalt und auf ihre ökologische Bedeutung auch für ihre Funktionsbeziehung zur Gewässeraue zu erhalten. Ausgebaute, naturferne Fließgewässer sind durch geeignete Maßnahmen unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Zur Regelung der Abflussverhältnisse an den Fließgewässern sind der Renaturierung sowie der Sicherung und Rückgewinnung „natürlicher“ Retentionsräume Vorrang einzuräumen vor dem Bau von Rückhaltebecken und technischen Gewässerausbaumaßnahmen.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	Nein	-	
D.1.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Hochwasserschut z	49	Z	3	Die Überschwemmungsbereiche der Fließgewässer sind Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz und als solche für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Überschwemmungsbereiche sind – soweit sie bei 100jährlichem Hochwasser überschwemmt werden – von entgegenstehenden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Baugebieten in Bauleitplänen freizuhalten. Bei Aufgabe einer baulichen Siedlungsnutzung ist eine Umnutzung möglich, sofern das Retentionsvolumen erhalten bleibt oder nach Möglichkeit vergrößert wird. Die in Überschwemmungsbereichen liegenden Bauflächen von Flächennutzungsplänen, die noch nicht in Anspruch genommen sind, insbesondere durch rechtskräftige verbindliche Bebauungspläne, Satzungen oder im Zusammenhang bebaute Ortsteile gemäß § 34 BauGB, sollen nicht für Siedlungszwecke in Anspruch genommen, sondern statt dessen wieder dem Retentionsraum zugeführt werden. Rechtskräftige verbindliche Bebauungspläne und Satzungen bleiben von der Regelung unberührt.	Ja	Ja	Ja	Überschwemm ungs-bereiche	-		Ja	Nein	
D.1.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Hochwasserschut z	49	Z	4	Zur Vergrößerung des Rückhaltevermögens sind an ausgebauten und eingedeichten Gewässern hierfür geeignete Bereiche vorsorgend zu sichern und nach Einzelfallprüfung durch entsprechende Planungen und Maßnahmen (Deichrückverlegungen/ Einrichtung gesteuerter Rückhalteräume/ Gewässerrenaturierungen) als Retentionsraum zurück zu gewinnen, so z.B. die vorgesehenen neuen Rückhalteräume „Köln-Worringer Bruch“ und „Köln-Langel/Niederkassel“ am Rhein und „Siegburg-Kaldauen“ an der Sieg.	Ja	Ja	Ja	Nein		Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Nein	-	
D.1.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Gewässerschutz	49	Z	5	In Vorranggebieten, soweit sie über die gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete hinausgehen, sowie in Extremhochwasser-Bereichen sollen die Kommunen auf das Risiko der Hochwassergefährdung im Rahmen der Bauleitplanung hinweisen.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich um eine Festlegung, die keine ausreichende Abwägung erfahren hat und damit im Rechtsinne kein verbindliches Ziel der Raumordnung darstellt.	-	-	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Wasserwirtschaft	Gewässerschutz / Grundwassersch utz / Trinkwassergewi nnung	58	Z	1	Die zeichnerisch dargestellten BGG sind auf Dauer vor allen Nutzungen zu bewahren, die zu Beeinträchtigungen oder Gefährdungen der Gewässer (Grundwasser und oberirdische Gewässer) und damit ihrer Nutzbarkeit für die öffentliche Wasserversorgung führen können. Bei Nutzungskonflikten ist den Erfordernissen des Gewässerschutzes Vorrang einzuräumen.	Ja	Ja	Ja	Bereiche mit Grundwasser- und Gewässerschutz funktionen (BGG)	-		Ja	Nein	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Wasserwirtschaft	Gewässerschutz / Grundwassersch utz / Trinkwassergewi nnung	58	Z	2	Die auf der Basis von festgesetzten Schutzgebieten für Grundwasser und für Trinkwassertalsperren dargestellten BGG (s. BGG-Tabelle) sind vor störender anderweitiger Inanspruchnahme zu schützen. Beide sind von solchen Nutzungen freizuhalten, die dem Planungsziel entgegenstehen. Die auf der Basis von geplanten Schutzgebieten für Grundwasser und Trinkwassertalsperren dargestellten BGG (s. BGG-Tabelle) sollen vor störender anderweitiger Inanspruchnahme geschützt und von solchen Nutzungen freigehalten werden, die dem Planungsziel entgegenstehen.	Ja	Ja	Ja	BGG		-	Ja	Nein	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Wasserwirtschaft	Gewässerschutz / Grundwassersch utz / Trinkwassergewi nnung	58	Z	3	In den BGG sollen keine neuen Nassabgrabungen zugelassen werden. Insbesondere gilt dies für die Mittel- und Niederterrasse des Rheins. In BGG, die auf der Basis von Einzugsgebieten von Grundwasserwerken, die der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienen, dargestellt sind (s. BGG-Tabelle), sollen insbesondere das Freilegen von Grundwasser und das völlige Beseitigen von schützenden Deckschichten über dem Grundwasser nicht zugelassen werden. Soweit sich solche BGG in Kalkzügen befinden (s. BGG-Tabelle), sollen insbesondere die Beseitigung von schützenden Deckschichten über den Kalkzügen und der Kalkabbau nicht zugelassen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorgabe für die Fachplanung ohne Vorhabensbezug	-	-	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Wasserwirtschaft	Gewässerschutz / Grundwassersch utz / Trinkwassergewi nnung	59	Z	4	Die Uferzonen und Talauen (UT) des Rheins, die für die öffentliche Wasserversorgung herangezogen werden oder sich dafür eignen (s. BGG-Tabelle), sind von weiterer baulicher Nutzung freizuhalten.	Ja	Ja	Ja	BGG		-	Ja	Nein	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Gewässerschutz / Naturschutz	59	Z	5	Bei Überlagerungen von BGG und Bereichen zum Schutz der Natur darf keine Beeinträchtigung oberflächenwasser- und grundwasserabhängiger Biotope durch Wasserentnahmen erfolgen. Ausgenommen ist die der Zweckbestimmung gemäße Nutzung von Trinkwassertalsperren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Landwirtschaft	Gewässerschutz / Landwirtschaft	59	Z	6	Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen haben sich die Ziele für diese Bereiche den vorrangigen Zielen für Bereiche mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen unterzuordnen. Bei auftretenden Konflikten zwischen den unterschiedlichen Nutz- und Schutzfunktionen soll das Kooperationsprinzip zur Anwendung kommen. Entsprechendes gilt für Waldbereiche.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.2.1	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Gewässerschutz / Landschaftsschut z	59	Z	7	Bei Überlagerungen von BGG und Freiraumfunktionen (Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge) sind die dafür festgelegten Ziele bei Trinkwasserentnahmen zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanl agen	Abwasserwirtsch aft	64	Z	1	Der Flächenbedarf der zeichnerisch dargestellten Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich ausreichender Flächen zur landschaftlichen Einbindung und die Erfordernisse des Immissionsschutzes sind bei raumbeanspruchenden Planungen und Maßnahmen zu beachten. Bei der Standortsuche für Abwasserbehandlungsanlagen sind die Belange des Biotop- und Artenschutzes in den Auen besonders zu beachten.	Ja	Nein	-	-	-	Nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sind über den heutigen bekannten Rahmen der Drehstromfreileitungen hinausgehende Auswirkungen auf Entsorgungsanlagen nicht zu erwarten, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Anlagen errichtet bzw. die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	Nein	-	?
D.2.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanl agen	Abwasserwirtsch aft	64	Z	2	Die planerischen Voraussetzungen für neue Baurechte sollen nur dann geschaffen werden, wenn eine schadlose Abwasserbehandlung gewährleistet ist, die Gewässergüte dabei nicht verschlechtert wird und die zusätzliche Abwassermenge das Leistungsvermögen der Gewässer nicht überfordert.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.2.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Abfalldeponien	Abfallwirtschaft	66	Z	1	Der Flächenbedarf der zeichnerisch dargestellten Abfalldeponien einschließlich ausreichender Flächen zur landschaftlichen Einbindung und die Erfordernisse des Immissionsschutzes sind bei raumbeanspruchenden Planungen und Maßnahmen zu beachten. Außerhalb der zeichnerisch dargestellten Standortbereiche sind regional bedeutsame Abfalldeponien nicht zuzulassen.	Ja	Nein	-	-	-	Nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sind über den heutigen bekannten Rahmen der Drehstromfreileitungen hinausgehende Auswirkungen auf Entsorgungsanlagen nicht zu erwarten, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Anlagen errichtet bzw. die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	Nein	-	?
D.2.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffsicherun g	68	Z	1	Gemäß LEP NRW (Kap. C.IV., Ziel 2.2.3, letzter Satz) kommt die Inanspruchnahme der Reservegebiete für den oberirdischen Abbau nichtenergetischer Bodenschätze (vgl. Erläuterungskarte) für andere Nutzungen nur in Betracht, soweit die Inanspruchnahme vorübergehender Art ist und die Nutzung der abbauwürdigen Lagerstätte langfristig nicht in Frage gestellt wird.	Ja	Ja	Ja	Reservegebiete für den oberirdischen Abbau nichtenergetisch er Bodenschätze	Ja	-	Ja	Nein	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	71	Z	1	In den zeichnerisch dargestellten Bereichen für die Sicherung und den Abbau nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) ist deren Abbau zu gewährleisten; die Inanspruchnahme der Bereiche für andere Zwecke ist auszuschließen. Beim Abbau dürfen die innerhalb dieser Bereiche vorhandenen Nutzungen nur insoweit beeinträchtigt werden, wie dies für einen geordneten Abbau erforderlich ist. Schutzwürdige Lebensräume für Pflanzen und Tiere (Biotope), geowissenschaftlich bedeutsame Objekte (Geotope) und Bodendenkmäler sind soweit wie möglich zu erhalten. Bei nachweislich unvermeidbarer Inanspruchnahme sind Ersatzmaßnahmen an anderer Stelle vorzunehmen und dauernd zu sichern. Außerhalb der zeichnerisch dargestellten BSAB sind neue Abgrabungen und Abgrabungserweiterungen auszuschließen. Ausnahmen hiervon können für Abgrabungsvorhaben, die im Zusammenhang mit standortgebundenen Maßnahmen (z.B. Straßenbau) erfolgen sollen, im Einzelfall zugelassen werden, wenn das Abgrabungsvorhaben unterhalb der Darstellungsgrenze von 10 ha bleibt. Für Erweiterungen von zulässigerweise in Betrieb befindlichen Abgrabungs- und Steinbruchbetrieben, die wegen geringer Größe (< 10 ha) im Regionalplan nicht dargestellt sind, gilt die Ausschlussregelung nicht, wenn die geplante Erweiterung offensichtlich dazu dient, den bisherigen Betrieb an Ort und Stelle oder in näherer Nachbarschaft ohne wesentliche Größenänderung weiter zu führen.	Ja	Ja	Ja	Bereiche für die Sicherung und den Abbau nichtenergetisch er oberflächennah er Bodenschätze (BSAB)	Ja	-	Ja	Nein	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	2	Gemäß § 32 Abs. 3 Satz 3 LEPro sollen Abgrabungen unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Lagerstätten und der späteren Zweckbestimmung des in Anspruch genommenen Geländes räumlich zusammengefasst werden. Die Herrichtung des Abbau- und Betriebsgeländes hat so frühzeitig wie möglich, ggf. abschnittsweise, zu erfolgen und zu gewährleisten, dass im Einflussbereich der Maßnahmen keine nachhaltigen Schäden des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes verbleiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	3	Im Zusammenhang mit Abgrabungen sind neue Baurechte nur insoweit zu schaffen, wie dies für Gewinnung, Aufbereitung (Klassierung) und Transport des Materials unumgänglich ist. Die jeweils für den Abbau und die Betriebsanlagen in Anspruch genommene Fläche ist gering zu halten.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	?
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	4	Der begrenzte Vorrat an Bodenschätzen gebietet die Gewinnung aller Minerale einer Lagerstätte (gebündelte Gewinnung von Bodenschätzen, s. LEP NRW Kap. C.IV., Ziel 2.3). Soweit die gewonnenen Mineralien nicht unmittelbar verbraucht werden, sollen sie nach Möglichkeit für eine spätere Nutzung an geeigneter Stelle und in geeigneter Form für einen späteren Zugriff innerhalb des jeweiligen Bereiches gesondert gelagert werden.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	5	Nach Beendigung des Abbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Bei besonderer Eignung und entsprechender Nachfrage ist auch die Möglichkeit einer Rekultivierung für Erholung, Sport- oder Freizeitaktivitäten zu prüfen. Dabei ist die Rekultivierung mehrerer benachbarter Abgrabungen in einem dargestellten Bereich, unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	6	Dort, wo sich aufgrund der Lage oder aufgrund der bei der Abgrabung entstehenden lokalen Verhältnisse eine besondere Eignung für die Entwicklung ökologisch wertvoller Biotope oder deren Vernetzung ergibt, hat die Rekultivierung für Zwecke des Naturschutzes bzw. des Landschaftsschutzes zu erfolgen. Soweit im Zuge der Abgrabung bereits schutzwürdige Sekundärbiotope entstanden sind, hat ihre Erhaltung bei der Rekultivierung in der Regel Vorrang vor anderen Folgenutzungen (s. Ziele in den Kapiteln D.3.2 und D.3.3).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	72	Z	7	Innerhalb der Braunkohlenabbaubereiche gelten die im Tagebauvorfeld zeichnerisch dargestellten Ziele (jenseits der Zeitlinie 2010, s. Kap. A.5) zeitlich begrenzt bis zur Inanspruchnahme durch den Braunkohlentagebau.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.5	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Rohstoffe	Rohstoffabbau	73	Z	8	Der Aufschluss bzw. Weiterbetrieb von Abgrabungen und Steinbrüchen innerhalb von Bereichen für den Schutz der Gewässer ist davon abhängig, dass der erforderliche Gewässerschutz nachweislich dauerhaft gesichert ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.6	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erneuerbare Energie	Windenergie	83	Z	1	Planungen für Windkraftanlagen sind in den Teilen des Freiraumes, die aufgrund - ihrer natürlichen und technischen Voraussetzungen („Windhöflichkeit“, geeignete Möglichkeit für die Stromspeisung ins Leitungsnetz) und - der Verträglichkeit mit den zeichnerisch und/oder textlich dargestellten Bereichen und Raumfunktionen für die gebündelte Errichtung von Windkraftanlagen („Windparks“) in Betracht kommen, umzusetzen. Soweit sich nicht aus den nachfolgenden Zielen Einschränkungen ergeben, sollen in erster Linie die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche für Windparkplanungen zur Verfügung gestellt werden. In geeigneten Fällen können sich Windparkplanungen auch über Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erstrecken. In den Reservegebieten für den oberirdischen Abbau nichtenergetischer Bodenschätze (s. Kap. D.2.4 und Erläuterungskarte) ist zu beachten, dass langfristig der Abbau von Bodenschätzen vorrangig werden kann.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
D.2.6	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erneuerbare Energie	Windenergie	83	Z	2	In den folgenden (bedingt konfliktarmen) Bereichen können Windparks geplant werden, wenn im Einzelfall sichergestellt werden kann, dass die mit der Darstellung im Regionalplan verfolgten Schutz- und/oder Entwicklungsziele nicht nennenswert beeinträchtigt werden: - Waldbereiche unter Beachtung der Ziele des LEP NRW (insbesondere Ziel B.III.3.2), - Regionale Grünzüge, - historisch wertvolle Kulturlandschaftsbereiche (nach Denkmalschutzgesetz), - Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE), - Bereiche für Halden zur Lagerung von Nebengestein oder sonstigen Massen, - Deponien für Kraftwerksasche (nach Wiedernutzbarmachung und Entlassung aus der Bergaufsicht), - Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung (s. Kap. D.1.2), - Freiraumbereiche mit sonstigen Zweckbindungen (s. Kap. D.2.8).	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.2.6	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erneuerbare Energie	Windenergie	83	Z	3	In den folgenden Bereichen sollen Windparkplanungen ausgeschlossen werden: - Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), - Waldbereiche, soweit sie nicht gemäß Ziel 2 bedingt in Betracht kommen, - Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB), es sei denn, dass der Abbau bereits stattgefunden hat und die Windparkplanung den Rekultivierungszielen nicht widerspricht (s. Ziele 5 und 6 in Kap. D.2.5), - Flugplatzbereiche, - Oberflächengewässer, geplante Talsperren und Rückhaltebecken, - Bereiche für Abfalldeponien, es sei denn, dass der Verkippsfortschritt dies zulässt und eine Gefährdung des Grundwassers dauerhaft ausgeschlossen ist, - Bereiche für Halden zur Lagerung oder Ablagerung von Bodenschätzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
D.2.6	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erneuerbare Energie	Windenergie	84	Z	4	Für die Planung und Errichtung von Windparks gelten im Übrigen folgende landesplanerische Anforderungen: - Die Beeinträchtigung von Denkmälern sowie von Bereichen, die das Landschaftsbild in besonderer Weise prägen, ist zu vermeiden. - Zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Immissionen sind zu Wohnsiedlungen ausreichende Abstände einzuhalten. - Auf die technischen Erfordernisse des Richtfunks ist Rücksicht zu nehmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	86	Z	1	Planungen für nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Einrichtungen für Sport, Freizeitaktivitäten, Erholung, Tourismus, Fremdenverkehr oder Kultur sind insbesondere auszuschließen in: - Bereichen für den Schutz der Natur (vgl. Kap. D.3.2), - historischen Kulturlandschaftsbereiche und der Umgebung regional bedeutsamer Denkmäler im Sinne von § 2 DSchG bei Beeinträchtigung der Schutzbelange, - Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, soweit durch diese Anlagen eine nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushaltes, des Landschaftsbildes, der allgemeinen Zugänglichkeit der Landschaft oder vorhandener Erholungsfunktionen eintritt (vgl. Kap. D.3.3), - Waldbereichen, - Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen, soweit Teile mit spezialisierter Intensivnutzung in Anspruch genommen werden sollen (vgl. Kap. D.1.2), - Bereichen mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen, soweit Verunreinigungen des Grundwassers bzw. des Oberflächengewässers zu befürchten sind (vgl. Kap. D.2.1), - Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze, soweit der Abbau nicht bereits stattgefunden hat und die geplante Anlage den Rekultivierungszielen widerspricht, - Oberflächengewässern, Hochwasserrückhaltebecken und Überschwemmungsgebieten sowie Flugplatzgeländen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	86	Z	2	Im Übrigen müssen die vorgenannten Einrichtungen folgende landesplanerische Anforderungen erfüllen: - Es muss eine unmittelbare Anschlussmöglichkeit an Straßen bzw. an leistungsfähige Strecken/ Linien des öffentlichen Personennahverkehrs gegeben sein (vgl. Kap. E.2.1). - Bei Anlagen, deren Betrieb mit erheblichen Emissionen verbunden ist (z.B. Motorsport oder bestimmte andere Sport- und Freizeitanlagen), sind Störungen der angrenzenden Raumfunktionen ihrer Empfindlichkeit entsprechend durch technische und/oder organisatorische Maßnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. auf ein vertretbares Maß zu begrenzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	86	Z	3	Der westlich von Lindlar (Oberbergischer Kreis) dargestellte Freiraumbereich mit Zweckbindung dient ausschließlich der Sicherung des dortigen Freilichtmuseums (Kennzeichnung K).	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	86	Z	4	In dem an der Aggertalsperre (Oberbergischer Kreis) dargestellten Freiraumbereich mit Zweckbindung sollen die derzeitigen Nutzungen (Ferienwohnen, Landschulheim, Freibad usw.) beibehalten werden. Eine siedlungsräumliche Entwicklung ist zu vermeiden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	87	Z	5	Der im Gemeindegebiet Wiehl-Bielstein dargestellte Freiraumbereich mit Zweckbindung (Kennzeichnung F) dient der Sicherung des Motorsport-Geländes.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	87	Z	6	Der im Stadtgebiet Bergisch Gladbach dargestellte Freiraumbereich mit Zweckbindung dient der Sicherung des Standorts „Alte Dombach“ (Papiermühle) des Rheinischen Industriemuseums (Kennzeichnung K).	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.2.7	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtu ngen	87	Z	7	Die in den Stadtgebieten von Hürth, Ertstadt und Brühl am Otto-Maigler-See, am Bleibtreu-See, am Liblarer See und am Heider Bergsee dargestellten Freiraumbereiche mit Zweckbindung (Kennzeichnung F) dienen der Sicherung der bereits bisher ausgeübten Freizeitnutzung (Wassersport).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.8	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	88	Z	1	In den für militärische Nutzungen dargestellten Bereichen mit sonstigen Zweckbindungen im Freiraum hat die spezielle Nutzung Vorrang vor den anderen dargestellten Funktionen. Die sich aus dem Nutzungszweck ergebenden Einschränkungen auf die anderen Freiraumfunktionen sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	Ja	Nein	
D.2.8	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	88	Z	2	Die für militärische Zwecke nicht mehr benötigten Bereiche sind - soweit sie nicht durch die Darstellung als Siedlungsbereich für bauliche Nachnutzungen in Betracht kommen - entsprechend den dargestellten Freiraumfunktionen zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
D.2.8	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwick lung	88	Z	3	(Rhein-Erft-Kreis) Das in Ertstadt-Konradshiem dargestellte Symbol „PF“ sichert den Standort eines Pflegezentrums.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	1	In den Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) sind - biologisch besonders wertvolle Biotope mit ihren Pflanzen- und Tiergesellschaften, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Bedeutung als Refugialräume und Regenerationszellen, - kulturhistorisch bedeutsame Anlagen und die für ihr Erscheinungsbild wichtige Umgebung, - geologisch/bodenkundlich bedeutsame Objekte, - Standorte, die aufgrund der vorhandenen Substanz und günstiger übriger Gegebenheiten die Entstehung von aus Naturschutzsicht hochwertigen Biotopen erwarten lassen, zu erhalten, zu sichern und erforderlichenfalls zu entwickeln.	Ja	Ja	Ja	Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)	-	-	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	2	Die BSN sollen über Achsen und Korridore unter Beachtung der Belange der jeweiligen Flächennutzungen soweit möglich zu einem Biotopverbund miteinander verknüpft werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengaebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	Nein	-	?
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	3	Planungen und Maßnahmen, auch solche in unmittelbarer Umgebung von Bereichen für den Schutz der Natur, die den Zustand oder die angestrebte Entwicklung der erhaltenswerten Lebensräume, Lebensgemeinschaften und Objekte beeinträchtigen können, sind zu unterlassen. In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen, die durch Bereiche für den Schutz der Natur überlagert sind, haben die speziellen Ziele für die BSN Vorrang.	Ja	Ja	Ja	BSN	-	-	Ja	Nein	?
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	4	Wenn sich Bereiche für den Schutz der Natur oder nur textlich genannte, regional bedeutsame Schutzobjekte mit den für militärische Nutzung dargestellten Bereichen mit sonstigen Zweckbindungen im Freiraum überlagern, gelten die Naturschutzziele dieses Planes nur insoweit, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Kap. D.2.8).	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengaebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	95	Z	5	Die unterhalb der zeichnerischen Darstellungsschwelle des Regionalplanes liegenden regional bedeutsamen Biotope und Schutzobjekte sind zu erhalten, zu sichern und zu entwickeln.	Ja	Ja	Ja	Nein		Nicht (ausreichend) räumlich verortet. Jedoch werden im Umweltbericht Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt diese Biotope mit aufgenommen.	Nein	-	Änderung JK

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6				vgl. Kap. 6.1.4.6			
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	97	Z.	6	Im BSN „Wahner Heide“ (15000-N 5, 78028-N 5) in der Kreisfreien Stadt Köln sowie in der Stadt Rösra (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die Wald- und Heidekomplexe mit Bruchwaldzonen, Dünen und Dünenresten, Heiden und fragmentarischen Hochmoorbildungen, Sümpfe und andere floristisch/ vegetationskundlich interessante sowie erdgeschichtlich, faunistisch und kulturhistorisch wertvolle Gebietsteile erhalten, gepflegt, entwickelt und geschützt werden. Es handelt sich um eines der reichhaltigsten und wertvollsten Biotopmosaik im Land Nordrhein-Westfalen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	97	Z.	7	Im BSN „Thielenbruch“ (15000/78004- 16) in der Kreisfreien Stadt Köln und in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die im kleinflächigen Wechsel auftretenden Quellen, Quelltümpel, Rinnale, Erlenbruch und Laubwälder, wobei Letztere auf sandig-trockenen Standorten stocken, mit der überaus reichen Flora und Fauna bis hin zur Mutzbachtalung gepflegt, erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	97	Z.	8	Im BSN „Schlosspark Gracht“ (62020- 20) in der Stadt Ertstadt (Rhein-Erft-Kreis) soll die strukturreiche Parkanlage von besonderer kulturhistorischer Bedeutung mit dem bemerkenswerten, z.T. alten Baumbestand und der artenreichen Vogelwelt erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	97	Z.	9	Im BSN „Parrig, Kerpener Bruch und Stadtwald westlich Horrem“ (62032- 21) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) sollen die in der Erftaue als Kernbereiche vorhandenen Relikte eines artenreichen Hartholzauenwaldes mit gut ausgebildeter Baum-, Strauch- und Krautschicht von hoher struktureller Vielfalt als ökologische Regenerationsgebiete für die umgebenden Agrarflächen erhalten, gepflegt, entwickelt und geschützt werden. Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sollen auf die Anpassung an die sich ändernden Standortverhältnisse ausgerichtet werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	97	Z.	10	Im BSN „Entenfang mit Kiesgrubengelände und Pufferzonen“ (62040- 23) in der Stadt Wesseling (Rhein-Erft-Kreis) soll die Altstromrinne des Rheins mit Schlamm- und Flachwasserzonen sowie einem reichen Biotopmosaik erhalten, gepflegt und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Ja	Abs. E - 04-003
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	11	Im BSN „Schlosspark Brühl, Schlosspark Falkenlust und Falkenluster Allee“ (62012- 24) in der Stadt Brühl (Rhein-Erft-Kreis) sollen sowohl der sehr alte Baumbestand als auch die Strauchgruppen und Alleen geschützt, erhalten und gepflegt werden. Dabei ist die landschaftsorientierte Erholung mit den Belangen des Naturschutzes in Einklang zu bringen. Zu der kulturhistorischen Bedeutung der Anlage tritt der vegetationskundliche Wert des Schlossparks als Rest der Laubwälder der Kölner Bucht, einer feuchten Variante des Eichen-Hainbuchenwaldes mit reicher Bodenflora.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	12	Im BSN „Altenberg im Waldbachtal“ (74008- 25) in der Gemeinde Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) sollen die Tropfsteinhöhlen (auch für Fledermäuse wertvoll) und die Dolinen als geowissenschaftliche Objekte sowie deren Umgebung geschützt und erhalten werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden. Die Wälder sollen naturnah bewirtschaftet werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	13	Im BSN „Die Schlade“ (78004- 30) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen sowohl das seltene Biotopmosaik auf Felswänden, Blockschutthalde und in Kalkbuchenwäldern als auch das aus paläontologischer, geowissenschaftlicher und kulturhistorischer Sicht außergewöhnlich wertvolle Steinbruchgelände erhalten, gesichert und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	14	Im BSN „Puhlbruch“ (74040- 527) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll der standorttypische sehr alte Hainsimsen-Buchenwald als Lebensraum mehrerer Spechtarten und des Habichts sowie zur Beobachtung der natürlichen Sukzession (NWZ) geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	15	Im BSN „Steinbruch Oberaue“ (78024- 917) in der Stadt Overath (Rheinisch- Bergischer Kreis) sollen sowohl die Steilwände des offengelassenen Steinbruches als auch die Quellbäche, Teiche und Tümpel mit ihren seltenen Floren- und Faunenelementen geschützt, erhalten und gepflegt werden	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	16	Im BSN „Rattenberg mit Eifgenquelle“ (78032- 924) in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die Ursprungsmulde und das torfmoosreiche Quellmoor des Eifgenbaches mit seinen schwach geneigten und mit Eichenmischwald bewachsenen Talhängen geschützt werden. Das Eifgenbachtal ist für die Moosflora eines der wichtigsten Biotop des Rheinlandes.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	17	Im BSN „Förstchenbruch-Mittelheide“ (78016- 925) in der Stadt Leichlingen (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll der reich strukturierte feuchte Grünland-Gehölzkomplex mit Nass- und Feuchtgrünland, Röhricht und Großseggenrieden sowie Feldgehölzen und Wäldchen erhalten, geschützt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	98	Z.	18	Im BSN „Gosterbachsiefen nördlich Dorn“ (74040- 937) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll das Bachoberlauf-Talsystem mit den angrenzenden Wäldern als bedeutsamer Lebensraum für Insekten und Kriechtiere erhalten und entwickelt werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	19	Im BSN „Steinbruch mit Höhle Am Schieferstein“ (74024- 939) in der Gemeinde Marienheide (Oberbergischer Kreis) sollen das Steinbruchsystem mit seinen vielen ausgewaschenen Höhlen, die einen hohen Wert für Fledermäuse besitzen, sowie die größeren Laubholzbestände mit typischer, artenreicher Kalkflora erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	20	Im BSN „Rheinaue zwischen Langel und Merkenich“ (15000- 963) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die Sand- und Kiesbänke, Röhrichte, Kopfbaumreihen, die typischen Rheinwiesen sowie die Reste der Weichholz- und Hartholzau mit üppigen Hochstaudenfluren geschützt, gepflegt und erhalten werden. Aufgrund des hohen Erholungsdruckes ist die landschaftsorientierte Erholung mit den Belangen des Naturschutzes in Einklang zu bringen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	21	Im BSN „Hangwälder und Aue der Wupper“ (78016- 966) in der Stadt Leichlingen (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die unterschiedlichen Standorte am Ufer und in der Aue erhalten sowie zu größerer Naturnähe entwickelt werden. Der Waldbestand der Südhänge mit den verschiedenartigsten Feinstrukturen soll gesichert werden. Gleichzeitig sollen der Wupperhof sowie die übrigen Baudenkmale im Bereich gesichert, erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	22	Im BSN „Gewässersystem des Eifgenbaches zwischen Blecher und Wermelskirchen“ (78008/78032/78020- 967) in den Städten Burscheid und Wermelskirchen sowie in der Gemeinde Odenthal (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll der vielgestaltige, oft schnellfließende Mittelgebirgsbach, im Unterlauf mit Felsdurchbrüchen, oft begleitet von Auewäldern, geschützt werden. Ebenso sollen die begleitenden Kleingewässer, Quellmulden, feuchten bis trockenen Brachen, die sich mit Buchenhochwäldern abwechseln, sowie die sich im Oberlauf anschließenden Fett- und Magerweiden, Feuchtgebiete, Hecken und Eichenbestände mit Heidekrautunterwuchs gesichert und geschützt werden. Die eingeschlossenen Mühlen mit ihren wasserbautechnischen Anlagen sollen als wesentliche Bestandteile der historischen Kulturlandschaft erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	23	Im BSN „Hildorfer/Rheindorfer Aue mit alter Wuppermündung“ (16000- 968) in der Kreisfreien Stadt Leverkusen sollen die verschiedenen Biotop im Überschwemmungsgebiet des Rheines erhalten, entwickelt und gesichert werden. Weiterhin soll die aus drei historischen Rheinschiffen bestehende Schiffsbrücke gesichert und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	99	Z.	24	Im BSN „Worringer Bruch“ (15000- 972) in der Kreisfreien Stadt Köln soll der Bruchwaldstandort mit Relikten von Weiden- und Erlenbruchwäldern und Röhricht mit dem Ziel einer naturnahen Entwicklung gepflegt und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	100	Z.	25	Im BSN „Wupperhang mit Henkensiepen und Hüscheider Bachtal“ (16000/78016-973) in der Kreisfreien Stadt Leverkusen sowie in der Stadt Leichlingen (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen sowohl die Prallhänge der Wupper mit ihren Quellsümpfen als auch der Hüscheider Wald aufgrund seiner verschiedenartigen, naturnahen Waldgesellschaften mit wertvollen Feuchtgebietskomplexen erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	103	Z	46	Im BSN „Olpebachtal südöstlich Kürten zwischen Hembach und Kaltenborn“ (78012- 1100) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die naturschutzwürdigen Feuchtwiesenkomplexe erhalten, die übrigen vielfältigen Biotopstrukturen am Bach entwickelt sowie die Vernetzung gefördert und erhalten werden. Weiterhin soll hier das Baudenkmal Schultheismühle mit den wasserbautechnischen Anlagen erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	103	Z	47	Im BSN „Lennefetal“ (78024/74020- 1101) in der Stadt Overath (Rheinisch-Bergischer Kreis) sowie in der Gemeinde Lindlar (Oberbergischer Kreis) soll ein überwiegend von Grünland (z.T. feucht) eingenommenes Mittelgebirgstalsystem mit meist naturnahen Bächen als Lebensraum für gefährdete Vogelarten erhalten und entwickelt werden. Ausgebaute Bachabschnitte sollen renaturiert werden. Die eingeschlossenen Baudenkmäler und wasserbautechnischen Anlagen sollen erhalten und mit ihrer Umgebung gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	103	Z	48	Im BSN „Wolfsiepen, Lehmicksbachtal“ (78024- 1102) in der Stadt Overath (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die durch Weiden und Hochstaudenfluren mäandrierenden Bäche mit ihren bewaldeten Talhängen erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	103	Z	49	Im BSN „Wiembachtal von Fabrik Neukronenberg bis Lehner Mühle“ (16000-1106) in der Kreisfreien Stadt Leverkusen soll der Erlen-Weidenbruchwald sowie der gut strukturierte Feuchtkomplex mit Niedermoorcharakter erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	103	Z	50	Im BSN „Ville-Seen“ (62012/62020-1111) in den Städten Brühl und Ertfstadt (Rhein-Erft-Kreis) sollen die gut ausgebildeten Wasser- und Verlandungsvegetationstypen mit ihrer Vielzahl von Wasservögeln, Amphibien und Wasserinsekten erhalten und geschützt werden. In den derzeit nicht besonders schutzwürdigen Teilen des Bereichs soll durch Unterstützung der natürlichen Sukzession sowie durch geeignete Maßnahmen die Entwicklung vorhandener ökologischer Potenziale und eine Aufwertung angestrebt werden. Je nach erreichtem Wertniveau sollen Festsetzungen zum Schutz der betroffenen Flächen und Objekte erfolgen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	51	Im BSN „Sürther Aue“ (15000- 1131) in der Kreisfreien Stadt Köln soll das Inselbiotop auf Kies mit seiner trockenheitsliebenden Flora und Fauna geschützt und erhalten werden. Das nach dem Hafenausbau Godorf verbleibende Restbiotop ist durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Als Kompensation für die Teilinanspruchnahme des BSN „Sürther Aue“ soll im zeitlichen Zusammenhang mit dem Hafenausbau innerhalb des von der Stadt Köln geplanten „Grünzuges Meschenich“ ein den landschaftsgesetzlichen Erfordernissen entsprechendes, räumlich zusammenhängendes Ersatzbiotop entwickelt werden, welches vorrangig den Zielen des Arten- und Biotopschutzes dient.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	52	Der BSN „Ziegeleiloch bei Hilgen“ (78032- 2008) in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) stellt eine abflusslose Wasserfläche mit ständiger Wasserhaltung und eingelagerten Inseln dar, in dem die Flachwasser- und Tiefenwasserbiozönosen erhalten und geschützt werden sollen. Die außerordentlich hohe Arten- und Individuenzahl an Amphibien, Wasserinsekten und -pflanzen soll erhalten werden. Die ehemalige Lorenbahn zwischen Grubenstandort und Mühle soll erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	53	Im BSN „Löstal bei Glessen“ (62008- 2016) in der Stadt Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) sollen die naturnahe Waldbestockung eines Kerbtals mit artenreichen Saumgesellschaften und wertvollen Feuchtwaldfragmenten (Auen- und Bruchwald) sowie die Quellsümpfe und röhrichtbestandenen Teiche erhalten, geschützt und gepflegt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	54	Im BSN „Kiesgrube südöstlich Meschenich“ (15000- 2027) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die nicht rekultivierten und der natürlichen Sukzession überlassenen Abgrabungsgewässer mit hohem Entwicklungspotenzial sowie die ausgeprägten mageren und trockenen Standorte auf den Böschungslflächen als Lebensraum gefährdeter Pflanzen und Tiere erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Ja	Abs. E - 02-011
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	55	Im BSN „Weinberg bei Ründeroth“ (74008- 2030) in der Gemeinde Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) sollen der südexponierte Steilhang mit seltenen Waldgesellschaften und wärmeliebenden Tieren und Pflanzen sowie das nördlich angrenzende Gebiet mit Karstformen geschützt und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	56	Im BSN „Beverteich“ (74016- 2031) in der Stadt Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) soll die Wasserfläche mit Ufersaum als wichtiges Wasser- und Watvogelbiotop erhalten und gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	104	Z	57	Im BSN „Wiehlaue zwischen Oberwiehl und Bieberstein“ (74048- 2175) in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll ein struktureicher Auenabschnitt mit naturnahem Fließgewässer, Auenwald, Ufergehölz, Altarm und Feuchtgrünland als Standort und Lebensraum gefährdeter Pflanzen- und Tierarten erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	58	Die im BSN „Wälder der Blatzheimer und der südlichen Elsdorfer Bürge“ (62016/62032- 2189) in der Gemeinde Elsdorf und in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) vorhandenen ökologisch bzw. faunistisch wertvollen naturnah ausgebildeten Eichen- und Eichen-Hainbuchenwälder sollen bis zur tagebaubedingten Inanspruchnahme erhalten, geschützt und gepflegt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	59	Im BSN „Wälder der Steinheide“ (62016/62032- 2190) in der Gemeinde Elsdorf und in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) sollen als Inselbiotope und Restflächen die gefährdeten Winterlindenwaldgesellschaften mit reichem und typischem Krautbewuchs bis zur tagebaubedingten Inanspruchnahme erhalten, geschützt und gepflegt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	60	Im BSN „Kiesgrube am Buchenhof“ (62032- 2191) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) soll die Kiesgrube sowohl wegen der dichten Unterwasservegetation als auch wegen der hohen Bedeutung für die Wasservögel, Insekten und Amphibien geschützt und erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	61	Im BSN „Wald bei Schloss Frens“ (62008- 2192) in der Stadt Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) sollen der landschaftstypische Eschen-Eichen-(Ulmen)-Auenwald, der artenreiche Buchenwald auf ehemaligen Auenstandorten sowie die umliegenden Grünlandflächen, Fließgewässer und feuchtebeeinflussten Vegetationsbestände erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	62	Im BSN „Friesheimer Busch“ (62020- 2193) in der Stadt Ertfstadt (Rhein-Erft-Kreis) sollen das naturnahe, vegetationskundlich und ornithologisch sehr bedeutsame Waldgebiet mit seltenen Waldgesellschaften sowie das extensiv genutzte Grünland grundsätzlich erhalten, geschützt und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	63	Im BSN „Wiembachtal“ (78008- 2194) in der Stadt Burscheid (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die typischen feuchten Florenelemente sowie der Buchenniederwald erhalten und geschützt werden. Die eingeschlossenen Mühlen und die wasserbautechnischen Anlagen sollen erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	105	Z	64	Im BSN „Kiesgrube am Hornpottweg und Magerwiesen am Südring“ (15000/16000 - 2195) in den Kreisfreien Städten Köln und Leverkusen sollen die Kiesgrubenfläche mit ihren charakteristischen Lebensräumen und Arten und die Feuchtgebiete mit hoher Störempfindlichkeit erhalten und geschützt werden. Das extensiv genutzte Magergrünland im mittleren und nördlichen Bereich soll naturnah erhalten, geschützt und als Ausgleichsmaßnahmen für die bauliche Inanspruchnahme der benachbarten Bereiche entwickelt werden. Von besonderer Bedeutung, auch unter geowissenschaftlichen Aspekten, ist der Erhalt und der Schutz der im nördlichen Bereich vorhandenen Binnendüne.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	65	Im BSN „Dhünnauald-Eifgenmündung“ (78020- 2198) in der Gemeinde Odenthal (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die montan ausgebildeten Waldformationen an felsigen Hängen sowie die Auwaldbereiche und Quellbachbiotope erhalten und geschützt werden. In geeigneten Teilen soll eine naturnahe Entwicklung der Aue erfolgen. Weiterhin soll hier das Baudenkmal Fachwerkwohgebäude Aue 1 und die angrenzende Geländestruktur gesichert, erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	66	Im BSN „Wupper südlich Dahlhausen“ - 2 Teile - (74036- 2199) in der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis) sollen die bewaldeten Gleit- und Steilhänge, die Auwaldbereiche und die Aufschüttungsbänke mit Röhrichten und Weidengebüsch erhalten werden. Das Biotopmosaik aus Rohrkolbenröhricht, Seggenrieden, Flachwasserzonen und Weidengebüsch soll erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	67	Im BSN „Dörpebachtal“ - 2 Teile - (74016- 2200) in der Stadt Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) sollen das wertvolle Fließgewässer mit Nebenbächen einerseits und die feuchten Brachen mit gut entwickelten Hochstaudenfluren andererseits erhalten und geschützt werden. Die Erholungsfunktion soll auf naturorientierte, nicht einrichtungsbezogene ruhige Erholungsformen und den örtlichen Bedarf beschränkt werden; die Belange des Naturschutzes haben Vorrang.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	68	Im BSN „Alemigsiefentalung“ (78012- 2201) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen der stark mäandrierende, mehr rinnig fließende Bach mit beiderseits gut entwickelten, moosreichen Hochwäldern sowie die Dürschbachau erhalten, geschützt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	69	Im BSN „Immerkopf“ (74008/74048- 2202) in der Gemeinde Engelskirchen und in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll ein großflächig vermoorter Quellkomplex mit überwiegend durchgewachsenen Niederwäldern, nährstoffarmen Birken- und Erlenbruchwäldern aber auch Fichtenbeständen als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden. Die Bruchwälder sollen der natürlichen Sukzession überlassen werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	70	Im BSN „Rengsetal“ (74004- 2203) in der Stadt Bergneustadt (Oberbergischer Kreis) sollen neben dem sehr sauberen Bach die ausgedehnten Schlangenknoterichwiesen erhalten, gepflegt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	106	Z	71	Im BSN „Hufener und Schnörringer Bachtal“ (74044- 2204) in der Stadt Waldbröl (Oberbergischer Kreis) soll ein typisches Mittelgebirgstal mit naturnahem Bach, Ufergehölzsaum, großflächigem Nass- und Feuchtgrünland (z.T. brachgefallen) als Lebensraum gefährdeter Pflanzenarten und Amphibien erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	72	Im BSN „Auf dem Friesenauel“ (74048- 2205) in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll der überwiegend als Grünland genutzte Auenabschnitt mit naturnahem Fluss und strukturreichem Ufergehölz als typisch oberbergische Tallandschaft mit Straußfarn-Standort erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	73	Im BSN „Grauwackensteinbruch bei Wiehl-Morkeputz (Steinbruch Morkeputz)“ (74048- 2206) in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll der ehemalige Grauwackensteinbruch mit hohen offenen Steilwänden, mit Blockschutthalde und schütter bewachsenen Terrassenflächen als Standort und Lebensraum einer für das Bergische Land sehr seltenen trockenheits- und wärmeliebenden Flora und Fauna erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	74	Im BSN „Niederwald westlich Heienbach“ (74040/74048- 2207) in der Gemeinde Reichshof und in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) sollen Eichen-Birken- Niederwälder als Zeugnisse der historischen Waldnutzung, naturnahe Siefen sowie offene Magerrasen- und Heiderede als Lebensraum seltener gefährdeter Tier- und Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	75	Im BSN „Römerbachtal“ (74028- 2208) in der Gemeinde Morsbach (Oberbergischer Kreis) soll das Grünlandtal mit naturnahem Bach, ausgedehnten Feuchtweiden und -brachen als Lebensraum für gefährdete Vogel-, Schmetterlings- und Reptilienarten geschützt, entwickelt und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	76	Im BSN „Rolshagener und Holpener Bachtal“ (74028- 2209) in der Gemeinde Morsbach (Oberbergischer Kreis) soll das Grünland mit naturnahem Bach, Feucht- und Magergrünland als Lebensraum zahlreicher gefährdeter und im Bestand bedrohter Pflanzenarten sowie die naturnahen Laubwälder an den Talhängen erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	77	Im BSN „Rheinaue bei Flittard“ (15000- 2210) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die Feuchtgebiete, die extensiv genutzten Rheinwiesen, die Relikte des Silberweidenwaldes sowie die Röhrichte, Schlamm- und Kiesbänke geschützt, gepflegt und erhalten werden. Es soll die Anbindung der Hochflutrinne an den Rhein angestrebt werden. Aufgrund des hohen Erholungsdruckes ist die landschaftsorientierte Erholung mit den Belangen des Naturschutzes in Einklang zu bringen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	78	Im BSN „Weltersbachtal“ (78016- 2211) in der Stadt Leichlingen (Rheinisch- Bergischer Kreis) sollen das in dieser Größe seltene unverbaute Tal mit hohem Natürlichkeitsgrad und großer struktureller Vielfalt sowie das Gebiet der von Norden einmündenden Siefen geschützt und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	107	Z	79	Im BSN „Ledderbachtal“ (78032- 2212) in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch- Bergischer Kreis) soll das in Form und Struktur naturnah erhalten gebliebene Mittelgebirgstal mit dem Vorkommen gefährdeter Pflanzenarten und - gesellschaften sowie mit der artenreichen Insektenfauna erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	80	Die den BSN „Waldstück nordwestlich Föhlingen“ (15000- 2213) in der Kreisfreien Stadt Köln prägende hohe strukturelle Vielfalt soll erhalten und gepflegt werden. Das Auswäldrelikt soll als Vernetzungsbiotop in der sonst ausgeräumten Agrarlandschaft gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	81	Im BSN „Kiesgrube von Diergardt (Am grünen Kuhweg)“ nordwestlich von Dünnwald, östlich der A 3 (15000- 2214) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die Steilufer, Röhrichtsäume und die Unterwasservegetation als bedeutender Lebensraum für Amphibien, Wasser- und Watvögel, Insekten und Fische erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	82	Im BSN „Mummicker-Siefen und Nebensiefen“ (74004/74040- 2215) in der Stadt Bergneustadt und in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) sollen die Feuchtwiesenbiotope mit ausgeprägten Hochstaudenfluren und die gut entwickelten Pflanzenbestände an den Sickerhängen geschützt und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	83	Im BSN „Hillenbachtal unterhalb Elenroth“ (74032- 2216) in der Gemeinde Nümbrecht (Oberbergischer Kreis) soll der Talabschnitt mit naturnahem Bach, Erlen- und Eschenauenwäldern und artenreicher Vegetation geschützt und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	84	Im BSN „Krummbach und Laubwaldbestände bei Eilersberg“ (78028- 2217) in der Stadt Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die naturnahen Feuchtwaldbestände sowie Quellbereiche, torfmoosreiche Moorstadien und Bäche erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	85	Der BSN „Fürstenberg-Maar“ (62024- 2218) in der Stadt Frechen (Rhein-Erft- Kreis) zeichnet sich als ein entwicklungsfähiges Biotop aus. Der sehr wertvolle Amphibienbestand soll erhalten und geschützt, das Maar grundsätzlich der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Im Vordergrund stehen das Maar und die Uferbereiche.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	86	Im BSN „Steinbruch Scheurenhof (Dolomitsteinbruch Lindlar-Linde)“ (74020- 2219) in der Gemeinde Lindlar (Oberbergischer Kreis) soll der stark besonnte, durch zahlreiche Berme und Plateaus reich strukturierte ehemalige Kalksteinbruch erhalten und geschützt werden. Diesem Steinbruch kommt eine hervorragende geologische und paläontologische Bedeutung zu.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	108	Z	87	Im BSN „Kollenbachtal und Westerbachsiefen“ (78012- 2221) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die seggenreichen Hochstaudenfluren, die artenreichen Erlenbruchwaldbestände und der sehr gut strukturierte, durch viele Quellen gespeiste Bach erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	88	Im BSN „Grube Weiss in Moitzfeld“ (78004- 2222) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll das aufgelassene Grubengelände mit den wertvollen Sekundärbiotopen wie Schwermetallrasen, Ruderalfluren und Absetzbecken mit Großseggenrieden, Flachwasserzonen und Röhrichten sowie mit Weidengebüsch und temporären Gewässern erhalten, gepflegt und geschützt werden. Der Bereich hat besondere biogeografische Bedeutung.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	89	Im BSN „Westertbacher Bachtalung mit Quellrinnen“ (74044- 2223) in der Stadt Waldbröl (Oberbergischer Kreis) soll der Grünlandkomplex mit Orchideen- Feuchtwiden und -brachen, mit naturnahem Bach und bruchwaldartigen Erlenbeständen als Standort gefährdeter Pflanzenarten erhalten, gepflegt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	90	Im BSN „Am Ginsterpfad“ (15000- 2224) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die verschiedenartigen Geländestrukturen als Lebensstätte hochgradig gefährdeter Amphibien, Wasser- und Watvögel sowie seltener Insekten erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	91	Im BSN „Langer Auewald“ (rechtsrheinisch) (15000- 2226) in der Kreisfreien Stadt Köln soll ein weitgehend naturnaher Auewald mit größtenteils intakten Gleitufersäumen erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Weiterhin soll die extensiv genutzte Obstwiese als Lebensraum, Rast- und Überwinterungsraum für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten gesichert und geschützt werden. Der eingeschlossene Campingplatz bleibt vom Ziel unberührt.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	92	Der BSN „Kiesgruben Paulmaar westlich Wahn“ (15000- 2225) in der Kreisfreien Stadt Köln weist aufgrund seiner Unzugänglichkeit und hohen strukturellen Vielfalt einen ungewöhnlich hohen Artenreichtum auf. Der vielen Wasservögeln und Durchzügeln als Rast- und Nahrungsbiotop dienende Lebensraum soll geschützt und erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	93	Im BSN „Kiesgrubensee Gremberhoven (Alberty-Kiesgrube)“ (15000- 2227) in der Kreisfreien Stadt Köln soll der durch die große Wasserfläche und eine hohe strukturelle Vielfalt geprägte Lebensraum für Wasservögel erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	109	Z	94	Im BSN „Ibachtal“ (74052- 2228) in der Stadt Wipperfürth (Oberbergischer Kreis) sollen die hohe strukturelle Vielfalt (Steinbruch, Nassbereiche, Sumpffläche, Magerweiden u.a.) und die hohe Artenvielfalt erhalten und gepflegt werden. Die strukturelle Vielfalt lässt ein hohes Entwicklungspotenzial erwarten.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	95	Im BSN „Stauweiher Leiersmühle und Wipper-Talung zwischen Marienheide und Wipperfürth“ - 2 Teile - (74052/74024 - 2229) in der Stadt Wipperfürth und in der Gemeinde Marienheide (Oberbergischer Kreis) sollen der naturnahe Stauweiher mit Gewässer-Verlandungsbiotopkomplexen und das feuchte Grünlandtal in seinen verschiedensten Ausprägungen mit ornithologischem Wert, hohem Entwicklungspotenzial und hoher struktureller Vielfalt geschützt und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	96	Im BSN „Siefen mit angrenzendem Laubwald östlich Elbertzhagen“ (74062- 2230) in der Stadt Wipperfürth (Oberbergischer Kreis) sollen sowohl die naturnahen Grünlandsiefen mit Feucht- und Nasswiesen als auch die naturnahen Waldbestände geschützt und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	97	Im BSN „Hangmoor bei Kupferberg“ (74052- 2231) in der Stadt Wipperfürth (Oberbergischer Kreis) sollen die verschiedenen Moorbiotope sowie der Birkenbruchwald erhalten, im Sinne der Wiederherstellung entwickelt und gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	98	Im BSN „Mausbach und Hagersiefen“ (74052- 2232) in der Stadt Wipperfürth (Oberbergischer Kreis) sollen die Magerweiden, Nasswiesen, Quellbereiche und naturnahen Waldsiefen in ihrer hohen strukturellen Vielfalt geschützt und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	99	Im BSN „Talung des Berrenbeck-Siefens (Schevelinger Siefen)“ (74052- 2233) in der Stadt Wipperfürth (Oberbergischer Kreis) sollen die gut entwickelten bzw. entwicklungsfähigen artenreichen Pflanzengesellschaften geschützt und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	100	Im BSN „Forellenteich/Binsweiher“ (62020- 2234) in der Stadt Ertstadt (Rhein-Erft-Kreis) sollen der Teich, die Verlandungszonen, die feuchten Wälder und die weiteren verschiedenartigen Lebensräume in ihrer strukturellen Vielfalt geschützt und erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	101	Der BSN „Dickbusch/Lörsfelder Busch“ - 2 Teile - (62032- 2235) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) ist von hoher zoologischer, faunistischer und ornithologischer Bedeutung. Die in der Börde selten gewordenen Altwaldbestände sollen wegen der zukünftigen Tagebaunähe als Rückzugsgebiet vieler Tiere und Pflanzen geschützt und erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	102	Der BSN „Sandgrube nordwestlich Sinnersdorf“ (62036- 2236) in der Stadt Pulheim (Rhein-Erft-Kreis) weist innerhalb der von naturnahen Elementen ausgeräumten Landschaft eine selten ausgeprägte strukturelle Vielfalt auf. Das außerordentlich vielfältige und seltene Arteninventar von wasserliebenden Tieren und deren Lebensraum (Vogel- und Amphibienbiotop) sollen erhalten und geschützt werden. Das Ziel soll ggf. auch im Rahmen der Kiesgrubenrekultivierung verfolgt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	110	Z	103	Im BSN „Erlenbruch bei Hoppersheide“ (78004- 2245) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll der Erlenbruchwald mit Altholzbeständen erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	104	Im BSN „Dolomitsteinbruch bei Lückerrath“ (78004- 2246) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll das ehemalige Abtragungsgelände „Grube Cox“ mit dem vielfältigen Biotopmosaik aus Abtragungsgewässern, temporären Kleingewässern, Trockenrasen, Gesteinsbiotopen und verschiedenen Sukzessionsstadien erhalten, entwickelt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	105	Im BSN „Dellbrücker Heide“ (15000- 2256) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die Reste der ehemals weit verbreiteten verschiedenen Vegetationstypen der Mittelterrasse wie z.B. Sandtrockenrasen, Feuchtsenken, Zwergstrauchheiden usw. im Bestand erhalten sowie Maßnahmen zur Rückentwicklung der übrigen Flächen in diese Richtung getroffen werden. Dabei sind die als Folge der Flächennutzung entstandenen neuen Potenziale wie Kiesgruben und andere Oberflächenveränderungen über Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen mit einzubeziehen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	106	Im BSN „Rheinaue zwischen Worringen und Langel“ (15000- 2264) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die typischen Strukturen und Lebensstätten für Flora und Fauna der Rheinaue, insbesondere Weich- und Hartholzauenbereiche, Rheinwiesen und Ufersäume wiederhergestellt, gepflegt, erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	107	Im BSN „Weißer Rheinbogen“ (15000- 2275) in der Kreisfreien Stadt Köln soll der Überschwemmungsbereich mit Weichholzaue, Flutrassenbeständen und Hochstaudenfluren entwickelt, erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	108	Im BSN „Bruchwälder im Katterbacher Wald“ (78004- 2276) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die unterschiedlichen Bruchwälder erhalten, entwickelt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	109	Im BSN „Altenbachtal“ (78012- 2277) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch- Bergischer Kreis) sollen der Talbereich und das Gewässer sowie einzelne Hangpartien erhalten, entwickelt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	110	Im BSN „Höhscheider Bachtal“ (78016/78008- 2278) auf der Grenze zwischen den Städten Leichlingen und Burscheid (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die noch nicht schutzwürdigen Teile zu einer höheren Wertstufe entwickelt und mit den bereits naturschutzwürdigen Teilen erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	111	Im BSN „Breibachtal“ (78012- 2279) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch- Bergischer Kreis) soll der Talraum mit Magerweiden im Osten und forstlich besonders zu behandelnden Wäldern im Westen entwickelt, erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	111	Z	112	Im BSN „Sürthtal“ (78012- 2280) in der Gemeinde Kürten (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll der Talraum mit den verschiedenen Grünlandgesellschaften und Hochstaudenfluren sowie verschiedenen Bruchwaldformen entwickelt, gepflegt, erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	113	Im BSN „Buschhorner Bruch“ (78004- 2281) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen vor allem die wertvollen Biotope nach § 20 BNatSchG wie Heidemoor, Quellfluren und Brüche erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	114	Im BSN „Strunder Tal“ (78004- 2282) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch- Bergischer Kreis) sollen die naturnahen Bachläufe, Auen und Bruchwälder sowie die Feuchtwiesen und Quellen erhalten und geschützt werden. Die denkmalwürdigen Bauten, Anlagen und wasserbautechnischen Relikte sollen erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	115	Im BSN „Kupfersiefental“ (78028- 2283) in der Stadt Rösrath (Rheinisch- Bergischer Kreis) sollen die naturnahen Waldgesellschaften und das Fließgewässer erhalten, entwickelt und geschützt werden. Weiterhin soll hier das Baudenkmal Kupfersiefer Mühle mit den wasserbautechnischen Anlagen erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	116	Im BSN „Bachtälchen Mittelbergsiefen“ (78028- 2284) in der Stadt Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die naturnahen Laubwälder mit anspruchsvollen Pflanzengesellschaften (Kalkbuchenwälder) erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	117	Im BSN „Aubachtal“ (74040- 2285) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll das offene Mittelgebirgstal mit naturnahem Bach, mit Erlen- Ufergehölzsaum und teilweise brachgefallenem Feuchtgrünland als Standort gefährdeter Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden. Insbesondere sollen die ehemals mageren Standortverhältnisse wiederhergestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	118	Im BSN „Wacholderheide östlich Wildberg“ (74040- 2286) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) sollen die gut ausgebildeten Wacholderheideflächen als typisches Element der traditionellen Kulturlandschaft und als Standort gefährdeter Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden. Die Ziele der Forstwirtschaft sollen auf die Rückentwicklung noch vorhandener Heidereste ausgerichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	112	Z	119	Im BSN „Bachtal östlich Hasbach und Dreschhausen“ (74040- 2287) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll der Mittelgebirgskomplex mit beweideter, teilweise feuchter und brachgefallener Talsohle und abschnittsweise naturnahem Bach sowie bewaldeten Talhängen als Standort gefährdeter Pflanzenarten und als Lebensraum und Nahrungsbiotop bedrohter Tierarten erhalten und entwickelt werden. Fischteiche und ausgebaute Bachabschnitte sollen renaturiert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	120	Im BSN „Aggeraue und Wälder zwischen Oberagger und Blankenbach“ (74040- 2288) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll der Bachtal- Grünlandkomplex mit strukturreichen Waldflächen erhalten und entwickelt werden. Die vorhandenen Magergrünlandarten sollen entwickelt werden. Auf der teilweise von Feuchtbrache eingenommenen Talsohle sollen die Teiche naturnah entwickelt, der Bach renaturiert und die Brachen in Feuchtwiesen umgewandelt werden. Für den als Talssperre dargestellten Bereich gelten die Ziele nur bis zum positiven Abschluss der wasserwirtschaftlichen Planungen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	121	Im BSN „Grünlandkomplex Heikausen“ (74040- 2289) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll ein gut strukturierter, artenreicher, magerer, teilweise feuchter Hanggrünland-Komplex mit Sickerquelle erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	122	Im BSN „Biotopkomplex bei Brüchermühle“ (74040- 2259/2290) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll der Talabschnitt mit naturnahem Bach, Auwaldresten, Feuchtgrünland auf der Talsohle, mit Eichen-Birken- Niederwäldern, Borstgrasrasen und Magerweiden an den Talhängen als Standort und Lebensraum zahlreicher gefährdeter Pflanzen- und Tierarten erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	123	Im BSN „Harscheider Bachtal zwischen Neuroth und Buchen mit Seitentälern“ (74032- 2291) in der Gemeinde Nümbrecht (Oberbergischer Kreis) soll das überwiegend offene Grünlandtal mit Feucht- und Nassweiden, naturnahem Bach und Erlenbruchwald als Standort gefährdeter Pflanzen- und Tierarten erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	124	Im BSN „Grünlandkomplex zwischen Niedersteimel und Nothausen“ (74040-2292) in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) soll der Hanggrünland-Komplex mit Quellmooren und Feuchtgrünland als Standort gefährdeter Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden. Die noch vorhandenen Magerkeitszeiger sollen gefördert werden	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	125	Im BSN „Burenbach und Albach“ (74040/74048- 2293) in der Gemeinde Reichshof und der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) sollen Auen mit naturnahen Quellbächen und Oberläufen, Ufergehölz, Feuchtwald und Feuchtgrünland insbesondere als Lebensraum von Amphibien und Reptilien erhalten und entwickelt werden. Teiche sollen naturnah gestaltet werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	113	Z	126	Im BSN „Talung der Lindlarer Sülz zwischen Eiringhausen und Niederhemmerich“ (74052/74020/74024- 2294) an der Grenze der Stadt Wipperfurth, der Gemeinde Lindlar und der Gemeinde Marienheide (Oberbergischer Kreis) soll der Auenabschnitt mit naturnahem Fließgewässer, Ufergehölzsaum, Feuchtgrünland, Großseggenried und Magerweiden erhalten und entwickelt werden. Ausgebaute Gewässerabschnitte sollen renaturiert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	127	Im BSN „Zielenbacher Tal zwischen Kömpel und Hellerseifen“ (74028- 2295) in der Gemeinde Morsbach (Oberbergischer Kreis) sollen das naturnahe Quellgebiet und der Oberlauf mit den ökologisch wertvollen Feuchtbrachen erhalten und geschützt werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	128	Im BSN „Niederdorfer Bachsiefen mit Niederwaldkomplex Eichenholz“ (74028- 2296) in der Gemeinde Morsbach (Oberbergischer Kreis) sollen Quellbereich und Bach erhalten und geschützt sowie die Eichen-Niederwaldbestände mit den Resten der ehemaligen Wacholderheide als Relikte der traditionellen Nutzungsformen erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	129	Im BSN „Agger-Stausee Ehreshoven II“ (74008- 2297) in der Gemeinde Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) soll das Staugewässer mit den angrenzenden Flächen als überregional bedeutsamer Überwinterungsplatz und Rastbiotop für zahlreiche gefährdete Wasservogelarten sowie als Lebensraum für Amphibien und Eisvogel sowie Wasserramsel erhalten und entwickelt werden. Der unverbaute Aggerabschnitt soll auch zur Hochwasserretention erhalten und entwickelt werden. Der im nördlichen Teil des BSN gelegene Biotopkomplex bestehend aus einem ehemaligen Erzbergwerksgelände mit Kleingewässern und einem Bachtal soll geschützt und erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	130	Im BSN „Aggerreinlauf mit Stausee bei Engelskirchen-Ohl“ (74008- 2298) in der Gemeinde Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) soll die Funktion der Wasserflächen und der Uferpartien als Brut- und Überwinterungsplatz für Wasser- und Watvögel gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	131	Im BSN „Uelfetal“ (74036- 2299) in der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis) sollen der Bach und die Talaua mit ihren typischen Feuchtbiotopen und Erlenauenwaldresten sowie die Hangwälder mit Laubholzbestockung insbesondere als Lebensraum für landesweit gefährdete Käferarten erhalten, entwickelt und gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	132	Im BSN „Hallmicksiefen“ (74012- 3001) in der Stadt Gummersbach (Oberbergischer Kreis) sollen der Bach mit uferbegleitendem Gehölzsaum und das reich strukturierte Tal mit extensiv genutztem Weidegrünland und Feuchtbrachen erhalten, entwickelt und gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	133	Im BSN „Hostbachtal zwischen Grüenthal und Hellsiepen“ (74012- 3002) in der Stadt Gummersbach (Oberbergischer Kreis) sollen der naturnahe Bach mit Ufergehölzsaum sowie das Biotopmosaik aus artenreichen Feuchtbrachen, extensiv genutzten Viehweiden und kleinen Sumpfwiesen als relativ ungestörter Lebensraum für seltene Tierarten erhalten und gesichert sowie die nicht naturnahen Teile entsprechend entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	114	Z	134	Im BSN „Brucher Talsperre mit Tal der Wipper unterhalb des Ortes Holzzipper sowie Waldgebiet Gervershagen“ - 3 Teile - (74024- 3003) in der Gemeinde Marienheide (Oberbergischer Kreis) sollen die Wasserflächen der Talsperre mit Uferpartien und Verlandungsgesellschaften, das weitgehend naturnahe Bachtal der Wipper mit typischen Auenbiotopen sowie das stark gegliederte Laubwaldgebiet erhalten und entwickelt sowie gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	135	Im BSN „Nordhang Silberkuhle“ (74040- 3004) an der Regierungsbezirksgrenze in der Gemeinde Reichshof (Oberbergischer Kreis) sollen Moor- und Heidereste als Standort zahlreicher gefährdeter Pflanzenarten erhalten und durch Beseitigung von Fichtenbeständen ausgedehnt und revitalisiert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	136	Im BSN „Staffelbachtal zwischen Überdorf und Herfterath“ (74032- 3005) in der Gemeinde Nümbrecht (Oberbergischer Kreis) sollen die bachtaltypischen naturnahen Strukturen entwickelt, gesichert und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	137	Im BSN „Molbachtal“ (74008- 3006) in der Gemeinde Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) soll die strukturelle Vielfalt des Talraumes und seiner Hänge mit eng wechselnden feuchten, mageren, trockenen, naturnah bewaldeten und besonnten Standorten erhalten, entwickelt und gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	138	Im BSN „Wiebach- und Ispingrader Bachtal“ (74016/74036- 3007) in den Städten Hückeswagen und Radevormwald (Oberbergischer Kreis) sollen die weitgehend naturnahen Fließgewässer und auentypischen Strukturen wie Erlenwälder, Ufersaumgehölze, Seggen- und Binsenbestände, Hochstaudenfluren und Feuchtgrünlandkomplexe, die einmündenden Quellsiefen sowie die ornithologisch wertvolle Wiebachvorsperre erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	139	Im BSN „Pescher Busch im Tal der Wupper“ (16000- 3008) in der Kreisfreien Stadt Leverkusen soll der im ökologisch verarmten Verdichtungsgebiet gelegene struktureiche Biotopkomplex aus verschiedenen Waldformen, ehemaligen Kiesgruben und Grünlandbereichen, dem ausgetrockneten Mühlengraben und kleinen temporären Tümpeln erhalten, gepflegt und gesichert werden. Die Reuschenberger Mühle und ihre wasserbautechnischen Anlagen sind zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	140	Im BSN „Leppetal zwischen Wilhelmstal und Niederkotthausen“ (74024- 3009) in der Gemeinde Marienheide (Oberbergischer Kreis) soll der Talabschnitt mit abschnittsweise naturnahem Fluss, Feuchtwiesen und -brachen erhalten und entwickelt werden. Ausgebaute Flussabschnitte und Fischteiche sollen renaturiert und andere auentypische Biotope wiederhergestellt werden. Dieses Ziel gilt für den Talsperrenbereich bis zum positiven Abschluss der wasserwirtschaftlichen Planungen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	115	Z	141	Im BSN „Brölbachau am Kalkofen bei Winterborn mit Nebenbächen“ - 2 Teile - (74032/74044- 3010) in der Gemeinde Nümbrecht und in der Stadt Waldbröl (Oberbergischer Kreis) sollen die mehrere Kilometer langen Talabschnitte mit teilweise naturnahen Fließgewässern, Ufergehölzen und Auenwaldresten, Feuchtgrünland und mit Felsaufschlüssen an den Hängen als wichtige Biotopvernetzungsachse erhalten und entwickelt werden. Ausgebaute Gewässerabschnitte sollen renaturiert werden. Auentypische Wälder sollen neu begründet werden. Wegen der geschichtlichen Bedeutung von Teilen des BSN und der Bedeutung des historischen Kulturlandschaftsbereiches (§ 2 DSchG) Birkenbacher Bachtal ist die landschaftsökologische Entwicklung mit den Belangen des Denkmalschutzes abzustimmen.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	142	Im BSN „Hipperichsiefen“ (74008/74048- 3011) in der Gemeinde Engelskirchen und in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll ein Mittelgebirgstal mit abschnittsweise naturnahem Bach, Feucht- und Nasswäldern und Relikten der ehemaligen Bergbautätigkeit (Halden, Spül- und Klärteiche) erhalten und entwickelt werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	143	Im BSN „Große Dhünntalsperre“ (78012/78020/78032- 3012) in den Gemeinden Kürten und Odenthal und in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die kleinflächig auftretenden bereits naturschutzwürdigen Bestände im Uferbereich und die naturnahen Nebenbäche und Quellen erhalten und gesichert sowie die übrigen Flächen zu höherer ökologischer Wertigkeit entwickelt werden. (Die Wasserfläche ist nicht Gegenstand der Bereichsdarstellung; die zeichnerische Darstellung enthält nur die äußere Abgrenzung.)	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	144	Im BSN „Königsforst“ (15000/78004/78028- 3013) in der Kreisfreien Stadt Köln sowie in den Städten Bergisch Gladbach und Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die typischen, ökologisch wertvollen Standorte und Lebensgemeinschaften insbesondere an den Gewässern erhalten und entwickelt sowie die für die Region typischen, überwiegend naturnahen Waldgesellschaften erhalten, gepflegt und naturnah bewirtschaftet werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	145	Im BSN „Chorbusch/Knechtstedener Wald“ (15000- 3014) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die großflächig verbreiteten, für die Region typischen Eichen- Hainbuchenwälder erhalten und naturnah bewirtschaftet werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	146	Im BSN „Nördliche Schluchter Heide“ (78004- 3016) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die Wälder zu naturnahem Aufbau entwickelt sowie die Bachläufe mit ihren unterschiedlichen Biotopstrukturen erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	116	Z	147	Im BSN „Königsdorfer Wald“ (62008/62024/62036-3017) in den Städten Bergheim, Frechen und Pulheim (Rhein-Erft-Kreis) sollen die regional typischen Waldgesellschaften der Buchen-Eichen- und Eichen-Hainbuchenwälder in den unterschiedlichsten Ausprägungen erhalten und geschützt sowie die übrigen kleinräumig verbreiteten Biotoptypen, insbesondere die Quellbereiche, als Lebensräume für Vögel und Amphibien entwickelt und erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	148	Im BSN „Wald bei Burg Hemmersbach“ (62032- 3018) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) sollen der artenreiche Eschen-Buchen-Wald sowie die kulturhistorisch bedeutende Burg- und Parkanlage erhalten und geschützt werden. Dabei ist die naturzugewandte Erholung mit den Belangen des Naturschutzes und der Denkmalpflege in Einklang zu bringen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	149	Im BSN „Wupper bei Hämmern“ (74016/74052- 3048) in den Städten Wipperfürth und Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) sollen die verschiedenen Lebensräume, wie der naturnahe Wupperabschnitt, der naturnahe Erlen-Pappel- Auwald, die charakteristischen Pflanzengesellschaften der Weichholzaue sowie die Feuchtwiesen mit Hochstaudenflora in ihrer strukturellen Vielfalt erhalten, geschützt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	150	Im BSN „Kalkbuchenwald bei Lindlar-Linde“ (74020- 3049) in der Gemeinde Lindlar (Oberbergischer Kreis) soll der floristisch artenreiche Wald erhalten, die naturnahe Entwicklung gefördert sowie eine entsprechende Waldbewirtschaftung betrieben werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	151	Im BSN „Rotbachau“ (62020- 3050) in der Stadt Erftstadt (Rhein-Erft-Kreis) sollen die vorhandenen alten Obstwiesen, die Ufergehölzbestände und übrige schützenswerte Elemente der Bachau erhalten und gepflegt werden. Das Fließgewässer und die Aue sollen im Hinblick auf die besondere Eignung des Bereiches für die Biotopvernetzung entwickelt werden. Die Umsetzung soll vorrangig durch auf Vertragsbasis gestützte Kooperation zwischen den Flächennutzern und den Vertretern der Naturschutzbelange erfolgen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	152	Im BSN „Swistbachau“ (62020- 3051) in der Stadt Erftstadt (Rhein-Erft-Kreis) sollen vorhandene naturnahe Strukturen wie Erlenbruchwälder, Röhrichte, Uferabbrüche, Kolke und Sand-Schlamm- und Kiesbänke erhalten sowie die Aue und das Fließgewässer im Hinblick auf die besondere Eignung des Bereiches für die Biotopvernetzung entwickelt werden. Die Umsetzung soll vorrangig durch auf Vertragsbasis gestützte Kooperation zwischen den Flächennutzern und den Vertretern der Naturschutzbelange erfolgen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	153	Im BSN „Volbachtal und Hangwälder zwischen Volbach und Immekeppel“ (78004- 3052) in der Stadt Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen die schützenswerten alten Buchen- und Buchenmischwälder sowie die vegetationskundlich bedeutsamen Feuchtbiotope und Gewässer des naturnahen Bachauenbereichs erhalten, geschützt und mit dem Ziel einer naturnahen Entwicklung bewirtschaftet bzw. gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	117	Z	154	Im BSN „Orrer Wald und Große Laache“ (62036- 3057) in der Stadt Pulheim (Rhein-Erft-Kreis) sollen der artenreiche naturnahe Laubmischwald und das Feuchtgebiet der Großen Laache mit Auenwald, Tümpeln, Gräben und Röhrichten erhalten und geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	155	Im BSN „Gremberger Wäldchen“ (15000- 3058) in der Kreisfreien Stadt Köln sollen die naturnahen Waldflächen, z.T. Altholzstadien erhalten, geschützt und entsprechend gepflegt werden. Der Bereich hat besondere Bedeutung als Restvorkommen des Maiglöckchen-Perigras-Buchenwaldes.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	156	Im BSN „Linnefe-Bachtal und Hangwälder“ (78032- 3059) in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) sollen das strukturreiche Bachtal mit Erlenauwäldern, Feucht- und Nassgrünland und Quellbereichen sowie die schutzwürdigen Hangwälder erhalten, gepflegt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	157	Im BSN „Fuelsiefen westlich Spurkenbach“ (74044- 3060) in der Stadt Waldbröl (Oberbergischer Kreis) soll ein bewaldetes Kerbsohlenal mit naturnahem Bachlauf, Quellen und Feuchtwäldern als Standort gefährdeter Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden. Die Erhöhung des Laubwaldanteils soll angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	158	Im BSN „Nörvenicher Wald“ (62032- 3061) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft- Kreis) soll das großflächige Laubwaldgebiet mit Resten des Maiglöckchen- Stieleichen-Hainbuchenwaldes erhalten und geschützt werden. In die mit der bestimmungsgemäßen Nutzung des dargestellten Militärflugplatzes verbundenen Rechte und Erfordernisse wird durch die BSN-Darstellung nicht eingegriffen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	159	Im BSN „Siepen und Laubwälder an der Wuppertalsperre“ - 3 Teile - (74016- 3062) in der Stadt Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) sollen die gut ausgeprägten naturnahen Wälder in Hanglage geschützt werden sowie schutzwürdige Siepenbereiche mit Feuchtgrünland erhalten und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	160	Im BSN „Leverbachtal mit Nebenbächen“ (74016- 3063) in der Stadt Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) soll das naturnahe Bachsystem mit artenreichem Feuchtgrünland und Feuchtbrachen, Hochstaudenfluren und naturnahen Wäldern erhalten, geschützt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	161	Im BSN „Quellsiefen des Borbachs“ (74036- 3064) in der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis) soll das naturnahe und kaum beeinträchtigte Bachtal mit den gut ausgeprägten Quellbereichen, mit Feucht- und Nassgrünland und alten Laubwäldern erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	162	Im BSN „Spreeler Bach und Brebachtal“ (74036- 3065) in der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis) sollen die strukturreichen Bachtäler mit Auwaldresten, Feucht- und Nassgrünland sowie naturnahen Laubwäldern erhalten, gepflegt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	118	Z	163	Im BSN „Quellbäche der Hartmecke“ (74036- 3066) in der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis) sollen strukturreiche Talauen mit Quellbereichen, Nassund Feuchtgrünland erhalten, gepflegt und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	164	Im BSN „Kleine Dhünn mit Siepen und Hangbereichen“ (78032/74016- 3067) in der Stadt Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) und in der Stadt Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) sollen die Bachtäler und Siefen mit Feuchtund Nassgrünland und Quellfluren und die z.T. alten naturnahen Laubwaldbestände erhalten, gepflegt und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	165	Im BSN „Rübenbusch“ (62004- 3069) in der Stadt Bedburg (Rhein-Erft-Kreis) soll naturnaher Wald erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	166	Im BSN „Erftaue bei Sindorf“ (62032- 3070) in der Stadt Kerpen (Rhein-Erft- Kreis) sollen auentypische Biotopstrukturen wie Feuchtgrünland, Hochstaudenfluren, Ufergehölze, Auen- und Bruchwälder sowie naturnahe Gewässer erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	167	Im BSN „Wald und Kulturlandschaft bei Hömel“ (74008/74048/74012- 3071) in der Gemeinde Engelskirchen und in den Städten Wiehl und Gummersbach (Oberbergischer Kreis) sollen die strukturreichen Wälder mit naturnahen Siefen sowie die Magerwiesen und aufgelassenen Steinbrüche erhalten und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	168	Im BSN „Scherbusch“ (74048- 3072) in der Stadt Wiehl (Oberbergischer Kreis) soll der ausgedehnte, gut strukturierte Laubwaldkomplex mit im Wald verlaufenden Siefen als zusammenhängendes und unzerschnittenes Waldbiotop erhalten und geschützt werden.	Nein	-	-	-	-	Nicht maßgeblich, da eindeutig nicht in einer vom Vorhaben betroffenen Region/einem vom Vorhaben betroffenen Landkreis liegend.	-	-	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	169	Im BSN „Heider Bergsee und Schluchtsee in der Ville-Seenkette“ (beides Tagebau-Restseen) (62012.3073) in der Stadt Brühl (Rhein-Erft-Kreis) sollen die Gewässerbereiche mit Röhrichtzonen und Ufergehölzen geschützt werden. Insbesondere sollen der Biototyp nährstoffärmerer (mesotropher) kalkhaltiger Stillgewässer und die regional bedeutsamen Characeen-Rasen erhalten, gepflegt und entwickelt werden. Darüber hinaus sollen die besondere Funktion des Seenbereiches als Lebensraum und seine Bedeutung für den Biotopverbund (Tritsteinbiotop, Rastplatz für ziehende Vogelarten) erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	119	Z	170	Im BSN „Altwald Ville/Villewälder bei Bornheim“ (62012/62020-3074) in den Städten Brühl und Erftstadt (Rhein-Erft-Kreis) soll der zusammenhängende schützenswerte Laubwaldbiotopkomplex mit naturnahen, z.T. alten Beständen des Waldmeister-Buchenwaldes mit Maiglöckchen und des Stieleichen- Hainbuchenwaldes geschützt werden. Aufgrund der hohen Bedeutung des Bereiches für die Erhaltung und Wiederentwicklung naturnaher, landschaftstypischer Waldbestände in der Ville soll eine Umwandlung nicht bodenständiger in bodenständige Gehölzbestände angestrebt werden. Die Funktion des Waldgebietes als Lebensraum für gefährdete Vogelarten, z.B. Schwarzspecht soll erhalten und gefördert werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmungebende Forderung für die nachfolgende Planung.	Ja	Nein	
D.3.2	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz	Naturschutz	120	Z	171	In den als BSN Nr. 3075 bis 3085 dargestellten Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB) sollen Schutz, Erhalt und Entwicklung der für den Arten- und Biotopschutz wertvollen Flächen angestrebt werden und vor sonstigen Rekultivierungszielen Vorrang haben. Von besonderer Bedeutung sind in diesen Bereichen die Extremstandorte mit ihren charakteristischen Lebensräumen für die Spezialisten der Fauna und Flora, die aufgrund ihrer speziellen Ansprüche an diese Sekundärstandorte gebunden sind. Maßnahmen zur landschaftsgerechten Wiedereingliederung der Steinbrüche sowie zur Wiedereinbringung von Aushubmaterial können zugelassen werden, wenn dies mit den vorrangigen Naturschutzzielen vereinbar ist.	Nein	-	-	-	-	Das Ziel betrifft zeitlich nachgeordnet die BSAB. Somit ist es bereits berücksichtigt, in dem die Zielvorgabe des BSAB als relevant in die RVS aufgenommen ist.	-	-	

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung	
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6			
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	112	Z	1	In den Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind die Bodennutzungen und ihre Verteilung auf eine nachhaltige Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sowie der Erholungseignung auszurichten. Im Einzelnen haben die BSLE der Sicherung bzw. Wiederherstellung oder Entwicklung - des wesentlichen Charakters der Landschaft, typischer Landschaftsstrukturen und Landschaftsbestandteile einschließlich der Bodendenkmale, denkmalwerter Gehöfte und Weiler sowie charakteristischer Nutzungsformen, - des Landschaftsbildes, - der landschaftsgebundenen Erholung, - der Eingliederung der Siedlungen (Ortsrandgestaltung) in die freie Landschaft, - landschaftstypischer Lebensräume und Aufbau eines Biotopverbundsystems, - der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, des Erosions- und Deflationsschutzes sowie der natürlichen Vielfalt an unterschiedlichen Böden als Standortvoraussetzungen für Flora und Fauna und als Lebensgrundlage des Menschen, - des natürlichen Wasserdargebots, der Grundwasserneubildung und Reinhaltung des Grundwassers, - naturnaher Gewässer und von Retentionsräumen, - des geländeklimatischen Ausgleichsvermögens, - der Immissionsschutzfunktion zu dienen.	Ja	Ja	Ja	Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorien tierte Erholung (BSLE)	-	-	Ja	Ja		
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	123	Z	2	Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung haben auch der funktionalen Einbindung der Bereiche für den Schutz der Natur und der Sicherung der notwendigen Pufferzonen zu dienen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-		
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	123	Z	3	Schutzwürdige Landschaftsteile sind von der Fachplanung unter Wahrung von Biotop- und Artenschutz so zu sichern, dass die Freizeitnutzung die sich daraus ergebenden Einschränkungen beachtet.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-		
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	123	Z	4	Wenn sich BSLE mit sonstigen Zweckbindungen im Freiraum überlagern, gelten die Ziele für BSLE nur insoweit, als dadurch die zweckgebundene Nutzung nicht beeinträchtigt wird (vgl. Kap. D.2.8). Die Darstellung der BSLE innerhalb des Abbaugesbietes Hambach auf der Seite der Zeitlinie, auf der noch kein Braunkohlenabbau erfolgt ist, ist zeitlich befristet bis zur Inanspruchnahme der Flächen durch den Tagebau Hambach.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	Änderung JK	
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	123	Z	5	In den BSLE sind - außerhalb der dargestellten Abgrabungsbereiche - neue Abgrabungen auszuschließen. Arrondierungen vorhandener Abgrabungen, Erstaufforstungen, Waldumwandlungen und andere Einzelmaßnahmen sind möglich, wenn sie bzw. die Folgenutzung nicht zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Sinne der Ziele 1 und 2 sowie zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, der Erholungsfunktion oder ökologisch wertvoller Biotope führen – z.B. durch Aufforstung in landschaftlich reizvollen Wiesentälern. Bei unvermeidbaren Beeinträchtigungen ist durch Ausgleich bzw. Ersatz im Sinne von §§ 4 und 5 Landschaftsgesetz NRW die Beeinträchtigung bzw. das Funktionsdefizit nach Art, Umfang, Ort und Zeitrahmen zu kompensieren.	Nein	-	-	-	-	Vorgabe für die Fachplanung ohne Vorhabensbezug	Nein	-		
D.3.3	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Landschaftsschut z	123	Z	6	In den BSLE ist im Rahmen der dargestellten Grundnutzung und der Zielsetzungen für Sicherung, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung der Landschaft die Zugänglichkeit der Landschaft für Erholungssuchende zu sichern. Vermeidbare Störungen durch Immissionen und durch Zerschneidung zusammenhängender Erholungsräume sind auszuschließen.	Ja	Ja	Ja	BSLE	-	-	Ja	Ja		
D.3.4	Generelle Entwicklung des Freiraumes	Freiraumschutz / Erholung	Freiraumgestützt e Erholung / Kulturlandschaft	127	Z	1	In den wertvollen Kulturlandschaften gemäß LEP NRW sollen die nachhaltigen Nutzungen sowie naturnahe oder extensiv genutzte Bereiche vorbildlich erhalten und die charakteristische Eigenart sowie die für den Naturraum typischen Biotope und Landschaftsstrukturen besonders gepflegt und entwickelt werden (vgl. LEP NRW, Kap. B.III., Ziel 2.26). Insbesondere in den als Naturpark anerkannten Teilen sind der landschaftsorientierten Erholung sowie der sportlich orientierten Freizeitgestaltung und einem umwelt- und sozialverträglichen Tourismus geeignete Nutzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Einklang mit den Natur und Kulturraumpotenzialen einzuräumen.	Ja	Ja	Ja	wertvolle Kulturlandschaf ten	-	Die wertvollen Kulturlandschaften entsprechen gem. Zielformulierung den landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen des LEP NRW (Entwurf) und werden dort berücksichtigt.	Ja	Nein		
E.2.1	Schienen- und Linienverkehr	Verkehr	Schienenverkehr	132	Z	1	Die Linien und Netze des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind - bedarfsorientiert - so zu entwickeln, dass die Siedlungsbereiche und die sonstigen Schwerpunkte des Verkehrsaufkommens innerhalb der Region Köln und der benachbarten Regionen schnell, zuverlässig, sicher und bequem erreicht werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-		
E.2.1	Schienen- und Linienverkehr	Verkehr	Schienenverkehr	132	Z	2	Innerhalb der Siedlungsbereiche sollen neue Baugebiete vorrangig dort entwickelt bzw. erschlossen werden, wo sich in fußläufiger Entfernung Haltepunkte des schienengebundenen Nahverkehrs oder eines anderen leistungsfähigen ÖPNVMittels befinden oder konkret geplant sind. Soweit Siedlungsbereiche über ein geeignetes Potenzial für die Auslastung, Verbesserung oder Neueinrichtung einer ÖPNV-Linie verfügen, soll geprüft werden, ob eine bauliche Entwicklung initiiert werden kann, mit der eine ausreichende Tragfähigkeit für die Sicherung des Bestandes oder für die Entwicklung einer neuen SPNV/ÖPNV-Linie oder die Anordnung einer neuen Haltestelle erreicht werden kann. Dabei ist auf eine zweckmäßige Netzeinbindung zu achten.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-		
E.2.1	Schienen- und Linienverkehr	Verkehr	Schienenverkehr	133	Z	3	Die ÖPNV-Netze benachbarter Verbundräume sind bedarfsgerecht miteinander zu verzahnen. Insbesondere zwischen den Verkehrsverbünden VRR und VRS ist eine enge Zusammenarbeit notwendig, um innerhalb der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr die erforderliche Durchgängigkeit des ÖPNVAngebotes sicherzustellen. Hierbei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Koordination des ÖPNV-Angebotes in den Grenzbereichen der Verbünde nicht durch tarifliche Benachteiligungen erschwert wird. Da der Einzugsbereich der Metropolregion Rhein-Ruhr u.a. auch weit in die Region Aachen sowie in die nördlichen Bereiche von Rheinland-Pfalz ausstrahlt, ergibt sich gleichermaßen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz-Nord.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-		
E.2.1	Schienen- und Linienverkehr	Verkehr	Schienenverkehr	133	Z	4	Die Erfordernisse und Planungen zwischen dem ÖPNV und dem öffentlichen Fernverkehr sind so miteinander abzustimmen, dass für beide eine bestmögliche Attraktivität erreicht bzw. gesichert wird.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-		
E.2.2	Verkehr	Verkehr	Transport- und Logistikzentren	136	Z	1	In der Region sollen geeignete Standorte für Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs in funktionaler Ergänzung zum vorhandenen Güterverkehrszentrum (GVZ) Köln-Eifeltor bzw. als eigenständige regionale Umschlagplätze entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-		
E.2.2	Verkehr	Verkehr	Transport- und Logistikzentren	136	Z	2	Die Einbindung des GVZ Köln-Eifeltor in das Straßen- und Schienennetz soll verbessert werden. Für längerfristig notwendige weitere GVZ-Standorte im Kölner Norden und in Köln-Gremberghoven sind rechtzeitig die bauleitplanerischen und fachplanerischen Vorkehrungen zu treffen.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-		

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Kategorie	Seite	Status	Ziel-Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum	Anmerkungen zur Zielpfprüfung
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6				vgl. Kap. 6.1.4.6			
E.2.2	Verkehr	Verkehr	Transport- und Logistikzentren	137	Z	3	Die Häfen Köln-Niehl und Köln-Godorf sind zu leistungsfähigen Schnittstellen des Güterverkehrs auszubauen. Beim Ausbau der Infrastruktur zur Erschließung und Einbindung der Häfen hat die Schiene Vorrang. Gleichwohl müssen siedlungsverträgliche Zu- und Abläufe über die Straße ebenfalls gewährleistet sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.2.2	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	137	Z	4	Es ist anzustreben, weitere Anteile des Güternah- und -regionalverkehrs einschließlich des Transportaufkommens aus der Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft für die Schiene zu erschließen.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung, die zudem mangels Vorhabenbezug für das vorliegende Vorhaben nicht maßgeblich ist.	-	-	
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	139	Z	1	Die Funktionen des Kölner Hauptbahnhofs als Knotenpunkt des nationalen und internationalen Fernverkehrs und als Verknüpfungspunkt der Region Köln im Nah-, Regional- und Fernverkehr sind zu sichern. Längerfristig ist es erforderlich, den Bahnhof Köln-Deutz in diese Funktionen einzubeziehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	139	Z	2	Der Bahnhof am Flughafen Köln/Bonn dient als Luft-Schiene-Verkehrsknotenpunkt für die Regionen Köln und Bonn sowie als Teil der vom Land NRW angestrebten Direktverbindung zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn. Die unmittelbare Verknüpfung zwischen Luft- und Schienenverkehr ist zugleich als leistungsfähiger und umweltverträglicher Nah- und Regionalverkehrszugang zum Flughafen Köln/Bonn zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	139	Z	3	Die Schienenstrecken, auf denen parallel Nah-, Regional- und Fernverkehr abgewickelt werden, sind so zu unterhalten bzw. auszubauen, dass sie ihre Funktionen auch bei steigenden Anforderungen ohne Einschränkungen erfüllen können. Insbesondere die Nah- und Regionalverkehrsbedienung, die auf gemeinsamen Gleisen betriebsbedingt nachrangig gefahren wird, ist durch geeignete Maßnahmen in der gebotenen Qualität zu sichern bzw. weiterzuentwickeln, um das Ziel der Verlagerung weiterer Anteile des Verkehrsaufkommens von der Straße auf die Schiene nicht zu gefährden. Soweit auf diesen Strecken noch kein S-Bahn-Betrieb eingerichtet ist, soll die Nahverkehrsbedienung weiter verbessert und die Möglichkeit zum S-Bahnähnlichen Betrieb offengehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	140	Z	4	Die Strecke Köln – Euskirchen – Jünkerath – Trier (– Saarbrücken) soll so ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, dass die verbesserte Nah- und Regionalverkehrsbedienung nicht leidet, falls auf dieser Strecke wieder (Personen- und/oder Güter-)Fernverkehr aufgenommen wird. Die Verbindung Köln – Euskirchen soll nach Möglichkeit in den S-Bahn-Betrieb integriert werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung. Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja	Abs. E
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	14	Z	5	Die Strecken Köln – Overath – Gummersbach und Horrem – Bergheim – Neuss sollen so ausgebaut werden, dass dichtere Zugfolgen und schnellere Fahrzeiten ermöglicht werden. Die Verbindungen Köln – Overath und Horrem – Bedburg – Neuss bzw. Köln – Bergheim sollen nach Möglichkeit in den S-Bahn-Betrieb integriert werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3).	Ja	Ja	Abs. E
E.2.3	Verkehr	Verkehr	Schiennenverkehr	140	Z	6	Für die ehemalige Strecke Horrem – Kerpen bzw. – Ertstadt soll die Möglichkeit der Trassensicherung und des Wiederaufbaus geprüft werden; alternativ oder ergänzend ist die ÖPNV-Nutzung der Ville-Bahn in Betracht zu ziehen. Für eine intensivere ÖPNV Erschließung des Bergischen Landes sollen die Möglichkeiten von Verlängerungen der S-Bahn Köln – Bergisch Gladbach oder der Stadtbahn Köln – Bensberg geprüft werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung. Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3)	Ja	Ja	Abs. E
E.3.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	144	Z	1	Bei im Freiraum gelegenen Straßen, die - insbesondere nach erfolgtem Neubau - ihre ursprüngliche Funktion verloren haben, soll geprüft werden, ob im Hinblick auf ihre künftige Funktion ein Rückbau möglich ist.	Nein	-	-	-	-	Hierbei handelt es sich um eine Festlegung, die keine ausreichende Abwägung erfahren hat und damit im Rechtssinne kein verbindliches Ziel der Raumordnung darstellt.	-	-	
E.4.1	Luftverkehr	Luftverkehr	Luftverkehr und Flughäfen	147	Z	1	Die Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn, insbesondere der ggf. erforderliche Ausbau vorhandener Anlagen und Funktionen muss sozial- und umweltverträglich gestaltet werden. Eingriffe in die z.T. unter Naturschutz stehende Landschaft sind möglichst gering zu halten. Durch geeignete Maßnahmen ist darauf hinzuwirken, dass die vom Flugbetrieb verursachten Immissionen weiter gemindert werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Hierbei handelt es sich nicht um ein endabgewogenes Ziel, sondern um eine rahmengebende Forderung für die nachfolgende Planung. Die Prüfung der Verkehrsinfrastrukturen erfolgt verbal-argumentativ (vgl. Kapitel 6.3.3)	Ja	Nein	Abs. E
E.4.2	Luftverkehr	Lärmschutzgebiete gemäß LEP	Luftverkehr	148	Z	1	Aus dem LEP „Schutz vor Fluglärm“ zu übernehmendes Ziel: Zone A: In der Bauleitplanung dürfen reine, allgemeine und besondere Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete, Kerngebiete und Sondergebiete, soweit in ihnen nach ihrer Zweckbestimmung Wohnungen oder andere besonders lärmempfindliche Anlagen oder Einrichtungen zulässig sind, nicht in einer Weise neu dargestellt bzw. neu festgesetzt werden, die neue Baurechte entstehen lässt. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BauGB sind zulässig. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 und § 35 Abs. 6 BauGB sind unzulässig.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.4.2	Luftverkehr	Lärmschutzgebiete gemäß LEP	Luftverkehr	148	Z	2	Aus dem LEP „Schutz vor Fluglärm“ zu übernehmendes Ziel: Zone B: In der Bauleitplanung dürfen reine, allgemeine und besondere Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete, Kerngebiete und Sondergebiete, soweit in ihnen nach ihrer Zweckbestimmung Wohnungen oder andere besonders lärmempfindliche Anlagen oder Einrichtungen zulässig sind, nicht in einer Weise neu dargestellt bzw. neu festgesetzt werden, die neue Baurechte entstehen lässt. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BauGB sind zulässig. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 und § 35 Abs. 6 BauGB sind unzulässig. In der Bauleitplanung sind im Rahmen der Darstellungen des Gebietsentwicklungsplanes Ausnahmen zulässig, wenn es sich hierbei um die Abrundung einer Baufläche handelt. Hierbei können auch Festsetzungen für Einrichtungen der wohnungsnahen Infrastruktur getroffen werden. In diesen Ausnahmefällen sind in besonderem Maße Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu treffen. So sind bereits im Flächennutzungsplan entsprechende Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen darzustellen. Im Bebauungsplan sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB dementsprechend die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder zur Vermeidung oder Verminderung solcher Einwirkungen zu treffende Vorkehrungen festzusetzen. Außerdem müssen Bebauungspläne, die neues Baurecht begründen, Festsetzungen über Vorkehrungen für den erforderlichen baulichen Schallschutz enthalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
E.4.2	Luftverkehr	Lärmschutzgebiete gemäß LEP	Luftverkehr	149	Z	3	Aus dem LEP „Schutz vor Fluglärm“ zu übernehmendes Ziel: Zone C: In der Bauleitplanung ist im Rahmen der Abwägung zu beachten, dass langfristig von einer erheblichen Lärmbelastung auszugehen ist. Hierbei sind in besonderem Maße Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bzw. im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB für einen angemessenen Schallschutz zu treffen. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BauGB sind zulässig. Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 und § 35 Abs. 6 BauGB sind in der Regel unzulässig.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	

BGG-Tabelle

1. Bereiche mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen (BGG) auf der Basis von Schutzgebieten für Grundwasser

1.1 BGG auf der Basis von festgesetzten Schutzgebieten für Grundwasser

Regionalplan-Nr.	Bereich mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen	Stadt/Gemeinde
G 1.3	Dornagen-Chorbusch	Pulheim Köln
G 1.3	Weiler (UT)	Köln Pulheim
G 1.3	Tannenbusch/Hackenbroich	Köln Pulheim
G 1.4	Köln-Hochkirchen	Köln
G 1.4	Weißer Bogen (UT)	Köln
G 1.5	Wesseling-Urfeld (UT)	Wesseling
G 1.6	Leverkusen-Hitdorf (UT)	Leverkusen
G 1.6	Leverkusen-Rheindorf	Leverkusen
G 1.7	Köln-Werth (UT)	Köln
G 1.8	Höhenhaus (teilweise K)	Köln
G 1.8	Berg Gladbach-Refath (teilweise K)	Köln Bergisch Gladbach
G 1.8	Erker Mühle	Köln Bergisch Gladbach
G 1.8	Westhoven (UT)	Köln
G 1.8	Leidenhausen	Köln
G 1.9	Köln-Zündorf (UT)	Köln

1.2 BGG auf der Basis von geplanten Schutzgebieten für Grundwasser

Regionalplan-Nr.	Bereich mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen	Stadt/Gemeinde
G 1.2	Erftstadt-Dirmerzheim	Erftstadt Kerpen
G 1.4	Hürth-Efferen	Hürth Frechen Köln

2. BGG auf der Basis von Schutzgebieten für Trinkwassertalsperren

2.1 BGG auf der Basis von festgesetzten Schutzgebieten für Trinkwassertalsperren

Regionalplan-Nr.	Bereich mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen	Stadt/Gemeinde
T 1.1	Sengbachtalsperre	Wermelskirchen Burscheid Leichlingen
T 1.2	Eschbachtalsperre	Wermelskirchen
T 1.3	Große Dhünntalsperre und Süßrüberleitung	Wermelskirchen Kürten Odenthal Wipperfürth Hückeswagen Wipperfürth Lindlar Kürten
T 1.4	Walnbachtalsperre	Siegburg Hennef Much Neunkirchen-Seelscheid Lohmar Wiehl Engelskirchen
T 1.4	Naarbachtalsperre	Overath Much Neunkirchen-Seelscheid Lohmar
T 1.5	Ennepetalsperre	Radevormwald
T 1.7	Kerspitalsperre	Wipperfürth
T 1.9	Wiehltalsperre	Reichshof Morsbach

2.2 BGG auf der Basis von geplanten Schutzgebieten für Trinkwassertalsperren

Regionalplan-Nr.	Bereich mit Grundwasser- und Gewässerschutzfunktionen	Stadt/Gemeinde
T 1.5	Heilenbecktalsperre	Radevormwald
T 1.6	Neyetalsperre	Hückeswagen

C.1.2

ERFASSUNGSKRITERIEN

Erfassungskriterium	LEP NRW	Regionalplan Düsseldorf, 2018	Regionalplan Köln, 2017
Siedlungsfläche*	k.F.	ASB (Allgemeine Siedlungsbereiche); ASB für zweckgebundene Nutzungen; Sondierungsbereiche ASB	ASB (Allgemeine Siedlungsbereiche), ASB für zweckgebundene Nutzungen
Flächen für Industrie und Gewerbe*	k.F.	GIB (Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen); Sondierungsbereiche GIB; ASB für Gewerbe	GIB (Bereiche für Gewerbe und Industrie); GIB für zweckgebundene Nutzungen; GIB für flächenintensive Großvorhaben
Abstand zu Wohnbauflächen*	Abstand zu Wohnbauflächen	k.F.	k.F.
Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	k.F.	Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB); Sondierungsbereiche für künftige BSAB	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorranggebiet Grundwasserschutz	k.F.	Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	k.F.	Einzugsgebiet über BGG hinaus	k.F.
Landesweiter Biotopverbund	Gebiete für den Schutz der Natur	k.F.	k.F.
Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund	k.F.	regionaler Biotopverbund	k.F.
Vorranggebiet Natur und Landschaft	k.F.	Bereich für den Schutz der Natur (BSN)	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Regionaler Grünzüge	k.F.	Regionaler Grünzug	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Unzerschnittene verkehrsarme Räume	k.F.	UZVR	k.F.
Vorranggebiet Hochwasserschutz	Überschwemmungsbereiche	Überschwemmungsbereiche	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	k.F.	VB vorbeugender Hochwasserschutz (Potentielle Überflutungsbereiche und Extremhochwasserbereiche)	k.F.
Vorranggebiet Landwirtschaft	k.F.	k.F.	k.F.
Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	k.F.	Agrarstrukturell bedeutsame Flächen	Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche
Vorranggebiet Forstwirtschaft	k.F.	Waldbereiche	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorbehaltsgebiet Forstwirtschaft	k.F.	Kleinwaldflächen	k.F.
Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus	k.F.	Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)	Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)
bedeutsame Kulturlandschaften	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>	k.F.	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorranggebiet Militär	k.F.	k.F.	<i>(nicht im Untersuchungsraum)</i>
Vorranggebiet Windenergie*	k.F.	Windenergiebereiche	k.F.

k.F. - keine Festlegung

VR - Vorranggebiet

*Sonderfall, siehe Kapitel 6.2.7

VB - Vorbehaltsgebiet

k.F. Im entsprechenden Plan/Programm sind keine Festlegungen zum Erfassungskriterium getroffen

C.1.3

KONFORMITÄTBEWERTUNG TRASSENKORRIDOR

Übersicht der folgenden Konformitätstabellen:

Nr.	Thema	Seiten- anzahl
1.3.1	Siedlungsfläche	5
1.3.2	Flächen für Industrie und Gewerbe	3
1.3.3	Abstand zu Wohnbauflächen	9
1.3.4	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	2
1.3.5	Vorranggebiet Grundwasserschutz	4
1.3.6	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	4
1.3.7	Landesweiter Biotopverbund	2
1.3.8	Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund	8
1.3.9	Vorranggebiet für Natur und Landschaft	2
1.3.10	Regionale Grünzüge	6
1.3.11	Unzerschnittene verkehrsarme Räume	2
1.3.12	Vorranggebiet für Hochwasserschutz	2
1.3.13	Vorbehaltsgebiet für Hochwasserschutz	2
1.3.14	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	10
1.3.15	Vorranggebiet Forstwirtschaft	1
1.3.16	Vorbehaltsgebiet Forstwirtschaft	3
1.3.17	Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus	14
1.3.18	Vorranggebiet Windenergie	2
1.3.19	Bewertung nach Trassenkorridorsegmenten	35

Erläuterung zu den Konformitätstabellen

Die kartographische Darstellung erfolgt in den sachthemenbezogenen Karten C.2.1 - C.2.4.

Trassenkorridorsegment

Abs.: / km:

Es erfolgt eine Unterteilung des Trassenkorridors in Trassenkorridorabschnitte und Trassenkorridorkilometer, die in ihrer Kombination als Trassenkorridorsegment bezeichnet werden.

Beispiel: Trassenkorridorsegment 02-001 = Abschnitt 02, Kilometer 001

Restriktionsniveau:

Die Einstufung des Restriktionsniveaus erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.6.8 und 6.3.1 anhand der folgenden Matrix

Restriktionsniveau	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konfliktrisiko:

Die Einstufung des Konfliktrisikos erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.6.9 anhand der folgenden Matrix

Konfliktrisiko	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konformität/ Bewertung:

Die Bewertung der Konformität erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.6.10 anhand folgender Matrix:

Einstufung	Fall	Beschreibung
Konformität nicht gegeben	3	Betrifft die Querung von Flächen, die selbst unter Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen mit dem Erfordernis der Raumordnung nicht vereinbar sind. I.d.R. Ziele der RO mit klarem Verbot von baulichen Anlagen.
Konformität herstellbar	2 ^M	Betrifft Flächen, bei denen durch Querung vereinzelte Einschränkungen durch z.B. Flächenverlust aufgrund neuer Maststandorte oder Neuüber-spannung durch Schutzstreifenverbreiterung (ausschwingende Leiter-seile) entstehen können. Mittels konfliktvermeidender Maßnahmen (^M) ist die Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Erfordernis der RO jedoch herstellbar.
	2 ^{bA}	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung unter bestimmten Bedingungen (^{bA} = bedingte Ausnahme) Infrastrukturmaßnahmen zulässt und für die somit ohne die Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie eine Vereinbarkeit herstellbar ist.
Konformität gegeben	1	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung keine Festlegung zu Infrastrukturmaßnahmen trifft und die der Verwirklichung von Infrastrukturmaßnahmen nicht entgegenstehen. Somit ist die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
	1 ^G	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung Aussagen zu Infrastrukturmaßnahmen trifft, die aus gutachterlicher Sicht mit einer Verwirklichung des Vorhabens vereinbar sind oder einer Verwirklichung nicht entgegenstehen (^G = gutachterliche Einschätzung) und für die auch ohne Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben ist.

Abkürzungen:

LEP NRW: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen

RP Dü: Regionalplan Düsseldorf

RP Köln: Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln - Teilabschnitt Region Köln

C.1.3.1

SIEDLUNGSFLÄCHE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü (S.266): ASB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	005	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	008	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	009	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	010	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	011	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	012	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	013	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	015	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	016	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	017	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	023	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	024	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.2

FLÄCHEN FÜR INDUSTRIE UND GEWERBE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü (S. 267): GIB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	001	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	4	2	1 ^G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	010	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	011	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	012	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	015	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	020	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.3

ABSTAND ZU
WOHNBAUFLÄCHEN

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				

LEP NRW: Z 8.2-4 Neue Höchstspannungsfreileitungen auf neuen Trassen mit einer Nennspannung von 220 kV und mehr, die nicht unmittelbar neben einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung errichtet werden, sind so zu planen,

- dass ein Abstand von 400 m zu Wohngebäuden und Anlagen vergleichbarer Sensibilität – insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen – eingehalten wird, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder im unbeplanten Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB liegen und diese Gebiete dem Wohnen dienen,
- dass ein Abstand von 200 m zu Wohngebäuden eingehalten wird, die im Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB liegen.

Ausnahmsweise kann dieser Abstand unterschritten werden, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.

01	001	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	001	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	002	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	002	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	002	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	003	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	003	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	003	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	004	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	004	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	004	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	005	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	005	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	005	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	006	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	006	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	006	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	007	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	007	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	007	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	007	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	008	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	008	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	008	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	009	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	009	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	009	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	010	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	010	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	010	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	011	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	011	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	011	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	012	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	012	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	012	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	013	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	013	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	013	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	014	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	014	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	014	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	015	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	015	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	015	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	016	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	016	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	016	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	017	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	017	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	017	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	018	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	019	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	020	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	020	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	020	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	021	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	022	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	022	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	023	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	023	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	023	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	024	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	024	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	024	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	025	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	027	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	030	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	030	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
02	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
03	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
04	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
05	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
06	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
07	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.

C.1.3.4

VORRANGGEBIET
OBERFLÄCHENNAHE ROHSTOFFE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 154 Ziel 2 In den zeichnerisch dargestellten Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) ist deren Abbau zu gewährleisten; die Inanspruchnahme für andere Zwecke ist auszuschließen, soweit sie mit der Rohstoffgewinnung nicht vereinbar sind.					
01	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	002	4	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau in bestehender Trassenachse (LK 4) bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	020	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
03	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
05	001	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.5

VORRANGGEBIET
GRUNDWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 188 Z 1 In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ausgeschlossen, die eine Nutzung der Grundwasservorkommen für die öffentliche Trinkwasserversorgung nach Menge und/oder Güte beeinträchtigen oder gefährden können. Nutzungen, die standörtlich den sonstigen zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans entsprechen sowie bestehende verbindliche Bauleitpläne und Baurechte bleiben unberührt.					
01	001	2	2	2 ^M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet auch im Bereich eines WSG Zone II. Bei Ersatzneubau in bestehender Trasse (LK 4) kann das WSG Zone II aufgrund seiner geringen Größe überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Im verbleibenden Vorranggebiet steht eine Inanspruchnahme durch Mastneubauten der Nutzung der Grundwasservorkommen nicht entgegen. Beeinträchtigungen Im Bereich der WSG II können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich eines WSG II mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund seiner geringen Größe kann das WSG Zone II überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	006	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	009	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
06	001	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.6

VORBEHALTSGEBIET
GRUNDWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 188 G 2: Die über die dargestellten Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz hinausgehenden erweiterten Einzugsbereiche der öffentlichen Trinkwassergewinnung gemäß Beikarte 4G – Wasserwirtschaft – haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten. Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in den erweiterten Einzugsbereichen sollen der Grundwasser- und Gewässerschutz und die Grundwasserneubildung berücksichtigt werden. Hier sollen insbesondere keine Abfallverbrennungsanlagen, Deponien und Abgrabungen zugelassen werden. Bei der Bauleitplanung soll dort dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung getragen werden.					
01	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	017	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	018	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	019	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	020	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	020	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	023	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	1	1	1 ^G	Zur Anbindung der Konverterstandortfläche 5.2 (potenzielle Trassenachse A.5.2) muss das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.7

LANDESWEITER BIOTOPVERBUND

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
LEP NRW: Z 7.2-2 Gebiete für den Schutz der Natur - Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern ...					
01	012	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.8

VORRANGGEBIET REGIONALER BIOTOPVERBUND

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 95 G 2: In den BSN sollen die Kernbereiche des landesweiten und regionalen Biotopverbundes nach Maßgabe der im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) enthaltenen Festsetzungen und Maßnahmen gesichert, geschützt und entwickelt werden. Die BSLE sollen insbesondere in den für den Landschaftsschutz, den Naturhaushalt, die Entwicklung des Biotopverbundes und die landschaftsorientierte Erholung bedeutsamen Räumen zur Ergänzung der Kernbereiche des Biotopverbundes Vorbehaltig als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt werden.					
01	001	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	005	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	011	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	014	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	018	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	019	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	020	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	022	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	022	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	024	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	026	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	027	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	028	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	029	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	029	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	030	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
05	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.9

VORRANGGEBIET FÜR NATUR UND LANDSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
LEP NRW: S. 64 Z 7.2-3: Vermeidung von Beeinträchtigungen - Vorbehaltlich weitergehender naturschutzrechtlicher Regelungen darf ein Gebiet für den Schutz der Natur oder Teile davon für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen nur in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des betroffenen Gebietes dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.					
RP Dü: S. 95 Z 1: Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen innerhalb der BSN, welche insbesondere durch Versiegelungen und Zerschneidungen die besonderen Funktionen dieser Bereiche beeinträchtigen oder das naturräumliche Potential oder die angestrebte Entwicklung gefährden, sind unzulässig.					
01	012	3	2	2 ^M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) kann das Gebiet aufgrund der geringen Breite überspannt und somit Beeinträchtigungen durch einen Maststandort vermieden werden. Bzgl. der Zerschneidung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	3	2	2 ^M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) kann das Gebiet aufgrund der geringen Breite überspannt und somit Beeinträchtigungen durch einen Maststandort vermieden werden. Bzgl. der Zerschneidung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.10

REGIONALE GRÜNZÜGE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 88 Z 1: Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn hierfür keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt. Unberührt von Z1 bleiben Planungen und Vorhaben für privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB und die Bauleitplanung für Wohnen und Gewerbe in den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen („Eigenbedarfsortslagen“) im Rahmen der Eigenentwicklung (Kap. 3.1.1, Z1).					
01	001	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	3	3	2 ^{ba}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	3	3	2 ^{ba}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	003	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	006	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	011	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	021	3	3	2 ^{ba}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	022	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	3	3	2 ^{ba}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	3	3	2 ^{ba}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	001	3	3	2 ^{bA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	3	3	2 ^{bA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	3	3	2 ^{bA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	3	3	2 ^{bA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	3	3	2 ^{bA}	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.11

UNZERSCHNITTENE VERKEHRSARME RÄUME

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 85 G 3 Die Zerschneidung bislang unzerschnittener verkehrsarmer Freiräume soll vermieden werden. Insbesondere sollen die in der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume – dargestellten unzerschnittenen verkehrsarmen Räume oberhalb einer Größe von 20 km² bzw. von 10 km², soweit sie entlang der deutsch-niederländischen Grenze liegen, nicht durch linienhafte Verkehrsinfrastruktur zerschnitten werden.					
01	023	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	025	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	026	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	027	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.12

VORRANGGEBIET FÜR HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

LEP NRW: Z 7.4-6 Überschwemmungsbereiche

Die Überschwemmungsbereiche der Fließgewässer sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln.

Die Überschwemmungsbereiche sind von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. ...
Ausnahmen von den Festlegungen der Absätze 2 und 3 sind möglich für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, für die auch das Wasserhaushaltsgesetz oder das Landeswassergesetz entsprechende Ausnahmemöglichkeiten vorsehen.

Standorte von raumbedeutsamen Hochwasserrückhaltebecken sind in den Regionalplänen als Überschwemmungsbereiche zu sichern und vorsorglich von Nutzungen, welche die wasserwirtschaftliche Zweckbestimmung gefährden können, freizuhalten.

RP Dü: S. 269 Z Überschwemmungsbereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.

01	012	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Maste rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	013	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Maste rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Maste rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	022	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	023	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.

C.1.3.13

VORBEHALTSGEBIET
HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 120 Z 2 Potentielle Überflutungsbereiche und Extremhochwasserbereiche haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz (gemäß Beikarte 4H – Vorbeugender Hochwasserschutz). In ihnen soll bei der Festlegung der weiteren räumlichen Nutzung dem Risiko einer Überflutung ein besonderes Gewicht beigemessen werden.					
01	006	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	012	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	013	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.14

VORBEHALTSGEBIET
LANDWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 126 G 2 In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen sollen die folgenden Flächen, Bereiche bzw. Räume nicht für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden, sofern diese deren agrarwirtschaftliche Bedeutung beeinträchtigen: • agrarstrukturell bedeutsame Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität, die in Beikarte 4J – Landwirtschaft – dargestellt sind; ...					
01	001	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	008	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	009	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	010	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	011	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	012	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	013	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	018	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	019	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	020	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	021	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	021	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	022	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	023	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	025	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	026	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	027	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	028	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	028	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	029	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	030	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.15

VORRANGGEBIET
FORSTWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 268 Z Waldbereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	007	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.16

VORBEHALTSGEBIET
FORSTWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 106 G 2 In den waldarmen Gebieten gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP sollen					
• die Kleinwaldflächen gemäß Beikarte 4F – Wald – zur Sicherung und Entwicklung der Waldfunktionen im Hinblick auf ihre standörtlich vorhandenen Funktionen erhalten bzw. bestehenden Potentiale entwickelt werden;					
01	005	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	009	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	017	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	018	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.17

ERHOLUNGS- UND ERLEBNISRÄUME (Z)

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 102 G 1 In den BSLE sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Die für die Biotopvernetzung wesentlichen Landschaftsstrukturen, Verbindungselemente und Trittsteine sollen erhalten, untereinander verbunden sowie durch geeignete Maßnahmen auch im Rahmen der vorhandenen Nutzungen entwickelt und gesichert oder wiederhergestellt werden. Im Rahmen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft vermieden werden.					
01	001	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse des Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse des Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	003	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	006	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	010	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	012	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	014	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	014	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	018	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	019	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	020	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse des Vorbehaltsgebietes. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	021	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	022	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	023	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	024	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	025	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	026	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	027	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	027	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	028	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	029	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	029	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	030	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
05	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
<p>RP Köln: S. 122 Z 6 In den BSLE ist im Rahmen der dargestellten Grundnutzung und der Zielsetzungen für Sicherung, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung der Landschaft die Zugänglichkeit der Landschaft für Erholungssuchende zu sichern.</p> <p>Vermeidbare Störungen durch Immissionen und durch Zerschneidung zusammenhängender Erholungsräume sind auszuschließen.</p>					
01	026	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste der Erholungs- und Erlebnisraum mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Einschränkungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes (vgl. Erläuterung Nr. 7) können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.18

VORRANGGEBIET WINDENERGIE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 270 Z Windenergiebereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	015	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	016	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	024	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	025	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	026	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	027	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	028	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	029	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	030	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.19

BEWERTUNG NACH TRASSENKORRIDORSEGMENTEN

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	001	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	001	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Quierung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	2M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet auch im Bereich eines WSG Zone II. Bei Ersatzneubau in bestehender Trasse (LK 4) kann das WSG Zone II aufgrund seiner geringen Größe überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Im verbleibenden Vorranggebiet steht eine Inanspruchnahme durch Mastneubauten der Nutzung der Grundwasservorkommen nicht entgegen. Beeinträchtigungen im Bereich der WSG II können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich eines WSG II mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund seiner geringen Größe kann das WSG Zone II überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	002	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	002	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	002	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau in bestehender Trassenachse (LK 4) bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	002	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	002	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	003	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	004	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	004	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	004	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	004	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	005	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	005	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	005	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	005	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei einem Ersatzneubau (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	006	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	006	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	006	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	006	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	007	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	007	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	VR Forstwirtschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	008	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	008	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	008	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	008	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	008	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	009	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	009	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	009	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	009	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	009	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	009	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	009	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	010	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	010	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	010	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	010	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	010	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	010	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	011	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	011	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	011	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	011	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	011	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	011	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	011	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	011	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	012	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	012	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	012	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	012	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	012	Landesweiter Biotopverbund	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Landesweiter Biotopverbund	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	012	VR Natur- und Landschaft	3	2	2M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) kann das Gebiet aufgrund der geringen Breite überspannt und somit Beeinträchtigungen durch einen Maststandort vermieden werden. Bzgl. der Zerschneidung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	VR Natur- und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultramet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Maste rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	012	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	012	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	012	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	012	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	012	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	013	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	013	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querrung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	013	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	013	Landesweiter Biotopverbund	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Landesweiter Biotopverbund	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VR Natur- und Landschaft	3	2	2M	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) kann das Gebiet aufgrund der geringen Breite überspannt und somit Beeinträchtigungen durch einen Maststandort vermieden werden. Bzgl. der Zerschneidung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VR Natur- und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	013	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Maste rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	013	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	013	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	013	VR Forstwirtschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	013	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	014	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	014	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	014	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	014	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	014	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG III B (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	014	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt auch im Fall von Mastneubauten die Situation unverändert, da im gleichen Zug Masten rückgebaut werden. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	014	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	014	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	015	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	015	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	015	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	015	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	015	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	015	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	015	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	016	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	016	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	016	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	016	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	016	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	017	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	017	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	017	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste im Rahmen eines Ersatzneubaus (LK 4) erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	017	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	018	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	018	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	018	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	018	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	018	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	018	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	018	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	019	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	019	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	019	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	019	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	019	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	020	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	020	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	020	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	020	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	020	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	020	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	020	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	020	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	020	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	021	Siedlungsfläche	4	2	1G	Eine bestehende Trassenachse quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen erfolgt, müsste diese Industrie- und Gewerbefläche mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	021	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	021	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	021	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	021	VR Forstwirtschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	021	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	021	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	022	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querrung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	022	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	022	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	022	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	022	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	022	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	022	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	022	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste diese Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	023	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	023	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	023	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	023	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	023	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	Regionaler Grünzug	3	2	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorranggebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	UZVR	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	UZVR	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	023	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Für das Vorhaben ist somit die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung herstellbar.
01	023	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	023	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	023	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	024	Siedlungsfläche	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen, müsste dieses Siedlungsfläche mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	024	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	024	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	024	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	024	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	024	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	024	UZVR	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	UZVR	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	024	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	024	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	025	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	025	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	UZVR	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	UZVR	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	025	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	025	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	025	VR Forstwirtschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landchaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	025	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	026	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	026	UZVR	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	UZVR	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	026	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	026	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	026	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	026	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste der Erholungs- und Erlebnisraum mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Einschränkungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes (vgl. Erläuterung Nr. 7) können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	026	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	027	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	027	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	027	UZVR	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	UZVR	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser UZVR mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Vermeidung linienhafter Verkehrsinfrastruktur wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	027	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	027	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	027	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	028	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	028	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	028	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	028	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	029	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	029	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	029	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	029	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	030	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die Querrung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	030	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	030	VB Biotopverbund	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trassenachse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	030	VB Landwirtschaft	1	1	1	Eine bestehende Trassenachse quert das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	030	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Eine bestehende Trassenachse das Vorbehaltsgebiet. Bei einem Ersatzneubau unter Nutzung der bestehenden Trasse (LK 4) bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	030	VR Windenergie	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel des Vorranggebiets entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
02	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	001	Landesweiter Biotopverbund	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
02	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
03	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
03	001	Landesweiter Biotopverbund	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
03	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
04	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	VR Natur- und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
05	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund der Inanspruchnahme der Flächen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
05	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	VR Natur- und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, derhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
06	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem (Parallel-)Neubau (LK 5/6) gequert werden. Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
06	001	VB Forstwirtschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.5) können erhebliche Waldbeanspruchungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
07	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
07	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstabbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Zur Anbindung der Konverterstandortfläche 5.2 (potenzielle Trassenachse A.5.2) muss das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung bestehender Trassenachsen (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.4

KONFORMITÄTBEWERTUNG POTENZIELLE TRASSENACHSE

Übersicht der folgenden Konformitätstabellen:

Nr.	Thema	Seiten- anzahl
1.4.1	Siedlungsfläche	2
1.4.2	Flächen für Industrie und Gewerbe	1
1.4.3	Abstand zu Wohnbauflächen	4
1.4.4	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	1
1.4.5	Vorranggebiet Grundwasserschutz	3
1.4.6	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	2
1.4.7	Landesweiter Biotopverbund	1
1.4.8	Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund	3
1.4.9	Vorranggebiet für Natur und Landschaft	1
1.4.10	Regionale Grünzüge	4
1.4.11	Unzerschnittene verkehrsarme Räume	1
1.4.12	Vorranggebiet für Hochwasserschutz	1
1.4.13	Vorbehaltsgebiet für Hochwasserschutz	1
1.4.14	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	5
1.4.15	Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus	5
1.4.16	Bewertung nach Trassenkorridorsegmenten	12

Erläuterung zu den Konformitätstabellen

Die kartographische Darstellung erfolgt in den sachthemenbezogenen Karten C.2.1 - C.2.4.

Trassenkorridorsegment

Abs.: / km:

Es erfolgt eine Unterteilung des Trassenkorridors in Trassenkorridorabschnitte und Trassenkorridorkilometer, die in ihrer Kombination als Trassenkorridorsegment bezeichnet werden.

Beispiel: Trassenkorridorsegment 02-001 = Abschnitt 02, Kilometer 001

Restriktionsniveau:

Die Einstufung des Restriktionsniveaus erfolgt gem. Methode Kap. 6.3.3.8 und 6.6.1 anhand der folgenden Matrix

Restriktionsniveau	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konfliktrisiko:

Die Einstufung des Konfliktrisikos erfolgt gem. Methode Kap. 6.3.3.9 anhand der folgenden Matrix

Konfliktrisiko	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konformität/ Bewertung:

Die Bewertung der Konformität erfolgt gem. Methode Kap. 6.3.3.10 anhand folgender Matrix:

Einstufung	Fall	Beschreibung
Konformität nicht gegeben	3	Betrifft die Querung von Flächen, die selbst unter Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen mit dem Erfordernis der Raumordnung nicht vereinbar sind. I.d.R. Ziele der RO mit klarem Verbot von baulichen Anlagen.
Konformität herstellbar	2 ^M	Betrifft Flächen, bei denen durch Querung vereinzelte Einschränkungen durch z.B. Flächenverlust aufgrund neuer Maststandorte oder Neuüber-spannung durch Schutzstreifenverbreiterung (ausschwingende Leiter-seile) entstehen können. Mittels konfliktvermeidender Maßnahmen (^M) ist die Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Erfordernis der RO jedoch herstellbar.
	2 ^{bA}	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung unter bestimmten Bedingungen (^{bA} = bedingte Ausnahme) Infrastrukturmaßnahmen zulässt und für die somit ohne die Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie eine Vereinbarkeit herstellbar ist.
Konformität gegeben	1	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung keine Festlegung zu Infrastrukturmaßnahmen trifft und die der Verwirklichung von Infrastrukturmaßnahmen nicht entgegenstehen. Somit ist die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
	1 ^G	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung Aussagen zu Infrastrukturmaßnahmen trifft, die aus gutachterlicher Sicht mit einer Verwirklichung des Vorhabens vereinbar sind oder einer Verwirklichung nicht entgegenstehen (^G = gutachterliche Einschätzung) und für die auch ohne Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben ist.

Abkürzungen:

LEP NRW: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen

RP Dü: Regionalplan Düsseldorf

RP Köln: Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln - Teilabschnitt Region Köln

C.1.4.1

SIEDLUNGSFLÄCHE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü (S.266): ASB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	004	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	012	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.2

FLÄCHEN FÜR INDUSTRIE UND GEWERBE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ (S. 267): GIB sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.					
01	001	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche, ein bestehendes Umpannwerk (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	4	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.6). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.3

ABSTAND ZU WOHNBAUFLÄCHEN

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				

LEP NRW: Z 8.2-4 Neue Höchstspannungsfreileitungen auf neuen Trassen mit einer Nennspannung von 220 kV und mehr, die nicht unmittelbar neben einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung errichtet werden, sind so zu planen,

- dass ein Abstand von 400 m zu Wohngebäuden und Anlagen vergleichbarer Sensibilität – insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen – eingehalten wird, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder im unbeplanten Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB liegen und diese Gebiete dem Wohnen dienen,
- dass ein Abstand von 200 m zu Wohngebäuden eingehalten wird, die im Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB liegen.

Ausnahmsweise kann dieser Abstand unterschritten werden, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.

01	001	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	001	4	4	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den 200 m Abstandsbereich eines einzelstehenden Wohnhauses. Nach derzeitigem Stand der Planung ist die vollständige Aufgabe der Nutzung dieses Hauses vorgesehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	003	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	003	4	4	1	Die potenzielle Trassenachse A20S muss diesen Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	003	4	4	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse AI muss dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Für die Berechnung dieser Abstände wurden in einem konservativen Ansatz (vgl. Kapitel 6.2.6) Flächen gepuffert und nicht nur, wie im LEP gefordert, Gebäude. Die Mindestabstände sind zudem, so die Begründung zu dem Ziel 8.2-4 des Regionalplans Düsseldorf, von der Trassenmitte aus zu berechnen. Für die Führung der potenziellen Trassenachse zur Anbindung der Konverterstandortfläche I ergibt die präzisere Ermittlung des Abstandes anhand des Luftbildes (vgl. Kapitel 6.4.5), dass die eigentlichen Wohngebäude weiter als 200m (da Außenbereich) von der Trassenmitte entfernt ist.
01	004	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	005	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	006	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	008	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	009	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	010	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	011	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	012	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	013	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	014	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	015	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	016	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	017	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	017	4	1	1	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Parallelneubau (LK 5), d.h. in einem Abstand von weniger als 200m zu einer bestehenden Leitung gequert werden. Sie würde somit unmittelbar neben einer bestehenden Leitung gebaut werden und dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	017	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	018	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs.	km				
01	023	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	024	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
04	001	4	4	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den 200 m Abstandsbereich eines einzelstehenden Wohnhauses. Nach derzeitigem Stand der Planung ist die vollständige Aufgabe der Nutzung dieses Hauses vorgesehen. Somit besteht das Erfordernis in diesem Bereich nicht mehr.

C.1.4.4

VORRANGGEBIET
OBERFLÄCHENNAHE ROHSTOFFE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 154 Ziel 2 In den zeichnerisch dargestellten Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) ist deren Abbau zu gewährleisten; die Inanspruchnahme für andere Zwecke ist auszuschließen, soweit sie mit der Rohstoffgewinnung nicht vereinbar sind.					
01	002	4	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	4	4	3	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). Die Querungslänge beträgt mehr als 400 m. Eine Inanspruchnahme des Vorranggebietes kann somit nicht vermieden werden. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
05	001	4	4	3	Die potenzielle Trassenachse A20S quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). Die Querungslänge beträgt mehr als 400 m. Eine Inanspruchnahme des Vorranggebietes kann somit nicht vermieden werden. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.4.5

VORRANGGEBIET
GRUNDWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
<i>RP DÜ: S. 188 Z 1 In den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ausgeschlossen, die eine Nutzung der Grundwasservorkommen für die öffentliche Trinkwasserversorgung nach Menge und/oder Güte beeinträchtigen oder gefährden können. Nutzungen, die standörtlich den sonstigen zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans entsprechen sowie bestehende verbindliche Bauleitpläne und Baurechte bleiben unberührt.</i>					
01	001	2	2	2 ^M	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet auch im Bereich eines WSG Zone II. Bei einem vereinzelt Mastneubau kann das WSG Zone II aufgrund seiner geringen Größe überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Beeinträchtigungen im Bereich der WSG Zone II können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar. Im verbleibenden Vorranggebiet (WSG Zone III) erfolgt durch den Bau der Maste keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AII quert dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A2 quert dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	002	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	015	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	2	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzeltten Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	2	2	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.4.6

VORBEHALTSGEBIET
GRUNDWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

RP Dü: S. 188 G 2: Die über die dargestellten Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz hinausgehenden erweiterten Einzugsbereiche der öffentlichen Trinkwassergewinnung gemäß Beikarte 4G – Wasserwirtschaft – haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten. Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in den erweiterten Einzugsbereichen sollen der Grundwasser- und Gewässerschutz und die Grundwasserneubildung berücksichtigt werden. Hier sollen insbesondere keine Abfallverbrennungsanlagen, Deponien und Abgrabungen zugelassen werden. Bei der Bauleitplanung soll dort dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung getragen werden.

01	014	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
06	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A.5.2 quert Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.4.7

LANDESWEITER BIOTOPVERBUND

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
LEP NRW: Z 7.2-2 Gebiete für den Schutz der Natur - Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern ...					
01	012	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.8

VORRANGGEBIET REGIONALER BIOTOPVERBUND

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 95 G 2: In den BSN sollen die Kernbereiche des landesweiten und regionalen Biotopverbundes nach Maßgabe der im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) enthaltenen Festsetzungen und Maßnahmen gesichert, geschützt und entwickelt werden. Die BSLE sollen insbesondere in den für den Landschaftsschutz, den Naturhaushalt, die Entwicklung des Biotopverbundes und die landschaftsorientierte Erholung bedeutsamen Räumen zur Ergänzung der Kernbereiche des Biotopverbundes Vorbehaltig als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt werden.					
01	001	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	013	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	028	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20S quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.4.9

VORRANGGEBIET FÜR NATUR UND LANDSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
<i>RP DÜ: S. 95 Z 1: Raumbedeutende Planungen und Maßnahmen innerhalb der BSN, welche insbesondere durch Versiegelungen und Zerschneidungen die besonderen Funktionen dieser Bereiche beeinträchtigen oder das naturräumliche Potential oder die angestrebte Entwicklung gefährden, sind unzulässig.</i>					
01	012	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.10

REGIONALE GRÜNZÜGE

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 88 Z 1: Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn hierfür keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt. Unberührt von Z1 bleiben Planungen und Vorhaben für privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB und die Bauleitplanung für Wohnen und Gewerbe in den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen („Eigenbedarfsortslagen“) im Rahmen der Eigenentwicklung (Kap. 3.1.1, Z1).					
01	001	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	3	3	2 ^{ba}	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	3	3	2 ^{ba}	Die potenzielle Trassenachse AI quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	3	3	2 ^{ba}	Die potenzielle Trassenachse AI quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	003	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	3	3	2 ^{bA}	Die potenzielle Trassenachse A20S quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	012	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	3	3	2 ^{bA}	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	3	3	2 ^{bA}	Die potenzielle Trassenachse A20S quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
06	001	3	3	2 ^{ba}	Die potenzielle Trassenachse AI quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultranet vor und damit ein Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.4.11

UNZERSCHNITTENE VERKEHRSARME RÄUME

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 85 G 3 Die Zerschneidung bislang unzerschnittener verkehrsarmer Freiräume soll vermieden werden. Insbesondere sollen die in der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume – dargestellten unzerschnittenen verkehrsarmen Räume oberhalb einer Größe von 20 km² bzw. von 10 km², soweit sie entlang der deutsch-niederländischen Grenze liegen, nicht durch linienhafte Verkehrsinfrastruktur zerschnitten werden.					
01	023	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.12

VORRANGGEBIET FÜR HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

LEP NRW: Z 7.4-6 Überschwemmungsbereiche

Die Überschwemmungsbereiche der Fließgewässer sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln.

Die Überschwemmungsbereiche sind von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. ...
Ausnahmen von den Festlegungen der Absätze 2 und 3 sind möglich für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, für die auch das Wasserhaushaltsgesetz oder das Landeswassergesetz entsprechende Ausnahmemöglichkeiten vorsehen.

Standorte von raumbedeutsamen Hochwasserrückhaltebecken sind in den Regionalplänen als Überschwemmungsbereiche zu sichern und vorsorglich von Nutzungen, welche die wasserwirtschaftliche Zweckbestimmung gefährden können, freizuhalten.

RP Dü: S. 269 Z Überschwemmungsbereiche sind Vorranggebiete gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG, für die andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind.

01	012	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.13

VORBEHALTSGEBIET
HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dii: S. 120 Z 2 Potentielle Überflutungsbereiche und Extremhochwasserbereiche haben die Wirkung von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz (gemäß Beikarte 4H – Vorbeugender Hochwasserschutz). In ihnen soll bei der Festlegung der weiteren räumlichen Nutzung dem Risiko einer Überflutung ein besonderes Gewicht beigemessen werden.					
01	014	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.4.14

VORBEHALTSGEBIET
LANDWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP Dü: S. 126 G 2 In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen sollen die folgenden Flächen, Bereiche bzw. Räume nicht für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden, sofern diese deren agrarwirtschaftliche Bedeutung beeinträchtigen: • agrarstrukturell bedeutsame Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität, die in Beikarte 4J – Landwirtschaft – dargestellt sind; ...					
01	001	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A2 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AII quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	002	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	008	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	008	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	018	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	028	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	1	1	1 ^G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.4.15

VORBEHALTSGEBIET ERHOLUNG UND TOURISMUS

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP DÜ: S. 102 G 1 In den BSLE sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Die für die Biotopvernetzung wesentlichen Landschaftsstrukturen, Verbindungselemente und Trittsteine sollen erhalten, untereinander verbunden sowie durch geeignete Maßnahmen auch im Rahmen der vorhandenen Nutzungen entwickelt und gesichert oder wiederhergestellt werden. Im Rahmen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft vermieden werden.					
01	001	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	003	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	010	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	018	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	027	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenen Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
05	001	2	2	2 ^M	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.4.16

BEWERTUNG NACH TRASSENKORRIDORSEGMENTEN

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	001	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche, ein bestehendes Umpannwerk (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	2M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den 200 m Abstandsbereich eines einzelstehenden Wohnhauses. Nach derzeitigem Stand der Planung ist die vollständige Aufgabe der Nutzung dieses Hauses vorgesehen. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	2M	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet auch im Bereich eines WSG Zone II. Bei einem vereinzelt Mastneubau kann das WSG Zone II aufgrund seiner geringen Größe überspannt und damit das Auslösen von Verbotstatbeständen vermieden werden (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Beeinträchtigungen im Bereich der WSG Zone II können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar. Im verbleibenden Vorranggebiet (WSG Zone III) erfolgt durch den Bau der Maste keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse A2 quert dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A2 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse AII quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, derhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	002	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) im Bereich WSG Zone III. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	002	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Biotopverbund	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse AI quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	002	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	1	Die potenzielle Trassenachse A20S muss dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Querung dieses Abstandsbereiches erfüllt die Anforderungen des LEP NRW zur Bündelung (vgl. Kap. 6.2.7). Sie steht somit dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	003	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	2M	Die potenzielle Trassenachse AI muss dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Für die Berechnung dieser Abstände wurden in einem konservativen Ansatz (vgl. Kapitel 6.2.6) Flächen gepuffert und nicht nur, wie im LEP gefordert, Gebäude. Die Mindestabstände sind zudem, so die Begründung zu dem Ziel 8.2-4 des Regionalplans Düsseldorf, von der Trassenmitte aus zu berechnen. Für die Führung der potenziellen Trassenachse zur Anbindung der Konverterstandortfläche I ergibt die präzisere Ermittlung des Abstandes anhand des Luftbildes (vgl. Kapitel 6.4.5), dass die eigentlichen Wohngebäude weiter als 200m (da Außenbereich) von der Trassenmitte entfernt ist.
01	003	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse A20S quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratnet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	003	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	003	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste das Gebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	004	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	004	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	005	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	005	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	006	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	006	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	006	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	007	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	007	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	008	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	008	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	008	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	009	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	009	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	010	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	010	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	011	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	011	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	012	Landesweiter Biotopverbund	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	012	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VR Natur- und Landschaft	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	012	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	013	Landesweiter Biotopverbund	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VR Natur- und Landschaft	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	013	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	014	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VR für vorbeugenden Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB für vorbeugenden Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	014	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	014	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	014	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	015	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	015	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	015	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	016	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	016	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III. Durch den vereinzelt Neubau von Masten erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	016	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	Siedlungsfläche	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Siedlungsfläche (vgl. Kap. 6.2.7). Die Zielausweisung an dieser stellt ein Abwägungsergebnis dar. Der Regionalplan enthält keine Hinweise auf zu lösende Konflikte. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Parallelneubau (LK 5), d.h. in einem Abstand von weniger als 200m zu einer bestehenden Leitung gequert werden. Sie würde somit unmittelbar neben einer bestehenden Leitung gebaut werden und dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist daher gegeben.
01	017	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 3) erfolgt, müsste dieser Abstandsbereich mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde jedoch dem Erfordernis der Raumordnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit nicht gegeben.
01	017	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	017	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	018	VB Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	018	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	VB Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	019	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	VB Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	020	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	021	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	022	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	023	VB Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	023	UZVR	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	023	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Abstandsbereich. Die Nutzung der Bestandsstrasse steht dem Erfordernis der Raumordnung nicht entgegen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit gegeben.
01	024	VB Grund- wasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	UZVR	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	024	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	UZVR	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	025	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	UZVR	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	026	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	UZVR	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den UZVR. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	027	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
01	028	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	028	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Landwirtschaft	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	029	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	Fläche für Industrie und Gewerbe	4	2	1G	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert die Industrie- und Gewerbefläche (vgl. Kap. 6.2.6). Die Ausweisung der raumordnerischen Flächen stellt ein Abwägungsergebnis dar. Es bestehen somit keine Konflikte aus raumordnerischer Sicht. Bei Nutzung der Bestandsleitung durch LK 3 kommt es aus raumordnerischer Sicht zu keiner nennenswerten Veränderung, es werden folglich keine neuen Konflikte ausgelöst. Somit bleibt aus gutachterlicher Sicht die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	VB Biotopverbund	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
01	030	VB Erholung/ Tourismus	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 3) quert den Erholungsraum. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall ggf. notwendiger einzelner Mastneubauten die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	Abstand zu Wohnbauflächen (Z)	4	4	2M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den 200 m Abstandsbereich eines einzelstehenden Wohnhauses. Nach derzeitigem Stand der Planung ist die vollständige Aufgabe der Nutzung dieses Hauses vorgesehen. Somit besteht das Erfordernis in diesem Bereich nicht mehr.
04	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). Die Querungslänge beträgt mehr als 400 m. Eine Inanspruchnahme des Vorranggebietes kann somit nicht vermieden werden. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse A20N quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse A20N quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	VR oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Die potenzielle Trassenachse A20S quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). Die Querungslänge beträgt mehr als 400 m. Eine Inanspruchnahme des Vorranggebietes kann somit nicht vermieden werden. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abschnitt	km					
05	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse A20S quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse A20S quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
05	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	VB Erholung/ Tourismus	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse A20S quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Gem. Begründung sollen die mit natürlichen Landschaftsbestandteilen landschaftstypisch ausgestatteten Räume erhalten werden. Planungen und Maßnahmen, die die Erholungsfunktion beeinträchtigen können, sollen vermieden werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, der erhaltenswerten Kulturlandschaft oder der Erholungseignung der Landschaft können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	VB Grund- wasserschutz	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A.5.2 quert Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung im Sinne von WSG IIIB (vgl. Begründung des Regionalplans zu G2) ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
06	001	VB Biotopverbund	2	2	2M	Die potenzielle Trassenachse AI quert dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Eine nachhaltige Störung der Tier- und Pflanzenwelt kann mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.5) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Die potenzielle Trassenachse AI quert den regionale Grünzug mit einem Neubau (LK 6). Die Zielformulierung lässt in begründeten Ausnahmefällen die Einrichtung von Infrastruktur zu. Gemäß § 1 NABEG liegt ein überragendes öffentliches Interesse für das Projekt Ultratet vor und damit eine Möglichkeit zur Ausnahme. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
06	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse AI quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	VR Grund- wasserschutz	2	2	1G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6). müsste dieses Vorranggebiet im Bereich WSG Zone III mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Durch den Bau der Maste erfolgt keine dauerhafte Minderung der Grundwasserüberdeckung. Somit wird kein Verbotstatbestand gem. Schutzgebietsverordnung ausgelöst (vgl. dazu Regionalplan Düsseldorf Kapitel 4.3.3, Erläuterung 1, S. 118). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
07	001	VB Landwirtschaft	1	1	1G	Die potenzielle Trassenachse A5 quert das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6). Die mit diesem Grundsatz angestrebte dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.5

KONFLIKTVERMEIDENDE MAßNAHMEN

Tabelle C.1-5

Mögliche konfliktvermeidende Maßnahmen

Erfassungskriterium	Beschreibung
VR Grundwasserschutz Landesw. Biotopverbund VB reg. Biotopverbund VR Natur und Landschaft VR / VB Forstwirtschaft Erholungs- u. Erlebnisräume (Z) VB Erholung und Tourismus	Optimierung der bestehenden/zukünftigen Maststandorte sowie Anpassung der Arbeitsflächen an die örtlichen Gegebenheiten (soweit technisch möglich) im Rahmen der technischen Detailplanung zur Vermeidung anlage- und baubedingter Flächeninanspruchnahme.
VR / VB Forstwirtschaft	„Ökologisches Schneisenmanagement“ (Entwicklung eines standortgerechten, niederwaldartigen Gehölzes zur Wahrnehmung entsprechender Waldfunktionen) im Bereich des mit Wald bzw. Feldgehölzen bestockten Schutzstreifens.
	Überspannung zur Vermeidung von Wuchshöhenbegrenzung und anlagebedingter Zerschneidungswirkungen
VB – Vorbehaltsgebiet VR – Vorranggebiet	

C.2

KARTEN

Übersicht über die Karten zur Raumverträglichkeitsstudie

Karten-Nr.	Thema	
C.2.1.1	Siedlung, Wasser & Rohstoffe	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.1.2	Siedlung, Wasser & Rohstoffe	Konfliktrisiko & Konformität
C.2.2.1	Land- & Forstwirtschaft	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.2.2	Land- & Forstwirtschaft	Konfliktrisiko & Konformität
C.2.3.1.1	Freiraumschutz – Teil 1 ¹	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.3.1.2	Freiraumschutz – Teil 1	Konfliktrisiko & Konformität
C.2.3.2.1	Freiraumschutz – Teil 2 ²	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.3.2.2	Freiraumschutz – Teil 2	Konfliktrisiko & Konformität
C.2.4	Themenübergreifend	Konfliktrisiko & Konformitätsbewertung

¹ Freiraumschutz Teil 1 umfasst die Erfordernisse Erholungs- und Erlebnisräume, Vorbehaltsgebiet Erholung und Tourismus, Vorranggebiet/Vorbehaltsgebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz, Vorranggebiet Windenergie.

² Freiraumschutz Teil 2 umfasst die Erfordernisse Vorranggebiet/Vorbehaltsgebiet für Natur & Landschaft, Regionaler Grünzug, Unzerschnittene verkehrsarme Räume, Landesweiter Biotopverbund, Vorbehaltsgebiet regionaler Biotopverbund.

C.2.1

SIEDLUNG, WASSER, ROHSTOFFE

C.2.2

LAND- & FORSTWIRTSCHAFT

C.2.3

FREIRAUMSCHUTZ

C.2.4

KONFORMITÄTSEBWERUNG

C.2.5

VERZEICHNIS DER DATENQUELLEN

Verzeichnis der in den Karten verwendeten und dargestellten Daten

Kartennummer B.2.1.1, B.2.2.1

Thema: Schutzgut Mensch

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprium GmbH

Bebauungspläne

Siehe Tabelle D.1-1; Anhang D

Kartennummer B.2.1.2, B.2.1.3, B.2.1.4, B.2.1.5, B.2.2.2, B.2.2.3, B.2.2.4, B.2.2.5

Thema: Schutzgut Mensch

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.2.1.1

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprium GmbH

Gesetzlich geschützte Biotope

Daten des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Geschützte Landschaftsbestandteile

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise in NRW

Stand der Datenabfrage April 2019

Gewässerrandstreifen nach BNatSchG

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura 2000

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise in NRW

Daten des OpenNRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.2.1.2, B.2.2.1.3, B.2.2.1.4, B.2.2.1.5

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.2.2.1

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Ampriion GmbH

Alleen

Open.NRW Dienst Nordrhein-Westfalen; Stand der Datenabfrage März 2019

Biotopverbund

Daten des Bundesamtes für Naturschutz;

Stand der Datenabfrage April 2019

Daten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV); Stand der Datenabfrage April 2019

Schutzwürdige Biotope

Daten des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Wald

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.2.2.2, B.2.2.2.3, B.2.2.2.4, B.2.2.2.5

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.3.1

Thema: Schutzgut Boden

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprium GmbH

Bodendaten

Geologischer Dienst NRW, Stand der Datenabfrage April 2019

Geotope

Geologischer Dienst NRW, Stand der Datenabfrage April 2019

Waldböden

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.3.2, B.2.3.3, B.2.3.4, B.2.3.5

Thema: Schutzgut Boden

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.4.1

Thema: Schutzgut Wasser

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprium GmbH

Wasser- & Heilquellenschutzgebiete

Bezirksregierung Köln; Stand der Datenabfrage April 2019

Bezirksregierung Düsseldorf; Stand der Datenabfrage April 2019

Gewässer

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen; Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.4.2, B.2.4.3, B.2.4.4, B.2.4.5

Thema: Schutzgut Wasser

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.5.1.1

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprium GmbH

Geschützte Landschaftsbestandteile

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise in NRW:

Stand der Datenabfrage April 2019

Naturdenkmale

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise in NRW;

Stand der Datenabfrage April 2019

Natur- & Landschaftsschutzgebiete, Naturparke

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise in NRW

Daten des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.5.1.2, B.2.5.1.3, B.2.5.1.4, B.2.5.1.5

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.5.2.1

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprion GmbH

Alleen

Daten des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen;

Stand der Datenabfrage April 2019

Historische Kulturlandschaften

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL),

Stand der Datenabfrage April 2019

Schutzwürdige Landschaften

Bund für Naturschutz (BfN); Stand der Datenabfrage April 2019

Mindestens regional bedeutsame Gebiete zur landschaftsgebundenen Erholung

Regional bedeutsame Erholungsgebiete aus dem Regionalplan Düsseldorf (2019)

Regional bedeutsame Erholungsgebiete aus dem Regionalplan Köln (2000)

Kartennummer B.2.5.2.2, B.2.5.2.3, B.2.5.2.4, B.2.5.2.5

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.6.1

Thema: Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung): © GeoBasis-DE, Open.NRW

Dienst Nordrhein-Westfalen, Amprion GmbH

Boden-, Kultur- & Baudenkmale

LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland;

Stand der Datenabfrage April 2019

Daten und Auskünfte der Unteren Denkmalschutzbehörden in Nordrhein-Westfalen; Stand der Datenabfrage April 2019

Daten und Auskünfte des Regierungsbezirks Düsseldorf und Köln;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer B.2.6.2, B.2.6.3, B.2.6.4, B.2.6.5

Thema: Schutzgut Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.7

Thema: Konfliktrisiko Trassenkorridor (schutzgutübergreifend)

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.8

Thema: Konfliktrisiko Trassenachse (schutzgutübergreifend)

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.9

Thema: Konfliktschwerpunkte bei Nutzung Trassenachse (schutzgutübergreifend)

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer B.2.10

Thema: Konfliktschwerpunkte bei Nutzung Trassenachse (schutzgutübergreifend)

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Flächenmutzungspläne

Siehe Tabelle D.1-1; Anhang D

Wasser- & Heilquellenschutzgebiete (in Aufstellung)

Bezirksregierung Köln; Stand der Datenabfrage April 2019

Bezirksregierung Düsseldorf; Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer C.2.1

Thema: Siedlung, Wasser & Rohstoffe

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Bebauungs- & Flächennutzungspläne

Siehe Tabelle D.1-1; Anhang D

Raumordnungspläne

Regionalplan Düsseldorf (2019)

Regionalplan Köln (2012)

Landesentwicklungspläne

LEP NRW (2019)

Kartennummer C.2.2

Thema: Land- und Forstwirtschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Raumordnungspläne

Regionalplan Düsseldorf (2019)

Regionalplan Köln (2000)

Kartennummer C.2.3.1

Thema: Freiraumschutz

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Raumordnungspläne

Regionalplan Düsseldorf (2019)

Regionalplan Köln (2000)

Kartennummer C.2.3.2

Thema: Freiraumschutz

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Raumordnungspläne

Regionalplan Düsseldorf (2019)

Regionalplan Köln (2000)

Landesentwicklungspläne

LEP NRW (2019)

Kartennummer C.2.4

Thema: Konformitätsbewertung

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Kartennummer I.2.1, I.2.2

Thema: Übersichtskarte Natura 2000

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE

ATKIS Basis-DLM des Open.NRW Dienstes Nordrhein-Westfalen 2019

Natura 2000-Gebiete

Daten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV), Open.NRW, Land NRW;

Stand der Datenabfrage April 2019

Kartennummer II

*Thema: Blattschnitte der Topographischen Karten auf Grundlage der Untersuchungs-
räume*

Digitale Topographische Karte 1:50.000: © GeoBasis-DE